



Rolf Sukowski (Hrsg.)

KLEINUNTERNEHME- RINNEN UND LINKE

**PLÄDOYER FÜR EINE
GEMEINSAME SUCHE NACH
ALTERNATIVEN**

INHALT

Dagmar Enkelmann	
20 Jahre OWUS – 20 Jahre gemeinsame Suche nach Alternativen	3
Rolf Sukowski	
Über 20 Jahre mit wirtschaftlicher Vernunft und aus sozialer Verantwortung	5
Robert Gadegast	
Verbündete oder notwendiges Übel? Die SED und Privatunternehmen in der DDR	19
Kerstin Kassner und Felix Ehrenberg	
Linke Wirtschaftspolitik in den Kommunen	28
Gerd Beck	
Rahmenbedingungen für das Wirken kleiner und mittlerer Unternehmen	37
Robert Gadegast	
Eine Sozialcharta für Selbstständige	42
Rolf Sukowski	
Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative im bestehenden Wirtschaftssystem	47
Robert Gadegast	
Interview mit dem verstorbenen Großindustriellen Henry Ford	58
Angaben zu den Autorinnen und Autoren	62

Dagmar Enkelmann

20 JAHRE OWUS - 20 JAHRE GEMEINSAME SUCHE NACH ALTERNATIVEN

Zum 20-jährigen Jubiläum von OWUS (Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen) und zum 15-jährigen Jubiläum des Dachverbandes möchte ich namens des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung herzlich gratulieren. In einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* hat Christa Luft gesagt: «Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass der Verband 20 Jahre und mehr bestehen wird.» Da gebe ich ihr recht. Seit seiner Gründung stellte OWUS tatsächlich etwas Besonderes dar. Zunächst war er ein PDS-naher Verband für kleinere und mittlere Unternehmer in der Region Berlin-Brandenburg. Rasch kamen weitere ostdeutsche Unternehmen dazu. Meistens waren das Neugründungen mit hohen Risiken und einem offenem Ausgang. Schnell kamen da die Wertungen: Das sind alles alte Seilschaften in dem Verband. Und was, wenn es tatsächlich so gewesen wäre? Heute nennt man das Networking oder auf Deutsch: Netzwerke bilden. Dass das funktioniert, ist für kleinere und mittlere Unternehmen zumeist überlebenswichtig. Allerdings war der Verband auch unter Linken am Anfang sehr umstritten. Linke UnternehmerInnen, die sich in einem kapitalistischen System bewegen? Das war suspekt. Da machte schnell mal das Wort vom Ausbeuter die Runde. Ich erinnere mich an heftige Programmdiskussionen zum Thema Unternehmensgewinne. Dürfen sich Linke da zu bekennen?

Ganz konfliktfrei ist das Thema bis heute nicht. Dank OWUS stellt sich aber die Sicht auf linke UnternehmerInnen, auf deren sozialen Anspruch und den Fakt, dass sie sich vielfach vor allem selbst ausbeuten, ganz anders dar. Nach wie vor ist die Forderung von OWUS gegen-

über der LINKEN berechtigt, die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu vergessen.

Zu den Forderungen gehören unter anderem:

- steuerliche Unterstützung für kleine Unternehmen bei der Einführung des Mindestlohnes;
- eine gezielte Förderpolitik für diese Unternehmen;
- eine Entlastung von bürokratischen Auflagen;
- die soziale Absicherung von KleinunternehmerInnen;
- die Förderung regionaler Kreisläufe und einer entsprechenden Vergabepraxis sowie
- die Verbesserung der Zahlungsmoral und der Schutz der Unternehmen vor Zahlungsausfällen.

Die heutige Jubiläumskonferenz widmet sich einem wichtigen Thema. Ich bin zudem froh, dass die Gemeinwohl-Konferenz ein Gemeinschaftswerk von OWUS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist. Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen schließt letztlich auch die nach alternativen Wirtschaftsformen ein. Und das ist eine wesentliche Komponente der Arbeit der Stiftung. Die Frage stellt sich jeden Tag: Wozu und wem dient die Wirtschaft? Ist die im Grundgesetz festgeschriebene Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums noch aktuell? Wie sieht es damit konkret aus, und welche Rahmenbedingungen sind zu setzen, damit diese Verpflichtung nicht nur auf dem Papier steht?

Zu betrachten sind auch unterschiedliche Eigentumsformen. Gerade wenn wir auf die Gemeinwohlorientierung Wert legen, ist die Förderung von genossenschaftlichem und kommunalem Eigentum sinnvoll. Damit verbunden sind auch Fragen von Beteiligungs-

rechten am Eigentum und von politischem Engagement. Das alles sind interessante Fragen, ich bin gespannt auf die Antworten. Ich wünsche der Konferenz daher gute Ergebnisse und dem OWUS weitere erfolgreiche Jahre.

Rolf Sukowski

ÜBER 20 JAHRE MIT WIRTSCHAFTLICHER VERNUNFT UND AUS SOZIALER VERANTWORTUNG¹

Am 1. Oktober 1994, also vier Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, trafen sich im Speisesaal des Technologie- und Innovationszentrums Strausberg um die 80 Personen aus Berlin und dem Land Brandenburg, in der Mehrzahl ehemalige SED-Mitglieder – damals Mitglieder der PDS –, darunter frühere aktive FunktionsträgerInnen in der SED und anderen Parteien, in Wirtschaft oder staatlicher Verwaltung der DDR, ehemalige Betriebs- oder AbteilungsleiterInnen volkseigener Betriebe, Funktionäre der Massenorganisationen wie FDJ und FDGB, LehrerInnen, Kulturschaffende, Angehörige der bewaffneten Organe und WissenschaftlerInnen. Gemeinsam war ihnen, dass sie sich nach dem, was die Politik damals als «Wende» bezeichnete, mit ihrer Situation nicht abfinden wollten. Deshalb haben sie sich, mehrheitlich ohne marktwirtschaftliche Erfahrungen und ohne umfangreiches Eigenkapital (dafür mit dem «Kapital» von Karl Marx ausgestattet), ohne moderne technische Ausrüstung und häufig auch ohne sachbezogenes Know-how in die unternehmerische Selbstständigkeit gestürzt. Dazu gehörte bei fast allen nicht nur Mut, sondern auch die Erkenntnis, dass die veränderte politische und ökonomische Situation neues Denken und Handeln außerhalb der bisher gewohnten Strukturen und Schemata notwendig machte. Kaum einem Mitglied des «Offenen Wirtschaftsverbands von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen e.V.» (OWUS) aus den ostdeutschen Bundesländern war es in die Wiege gelegt, als Unternehmer tätig zu werden. Die wenigsten hatten bis 1990 in ihrer Lebensplanung das Ziel einer unternehmerischen Tätigkeit. Die konkreten

Lebensumstände brachten die meisten unserer Mitglieder dazu, diese Richtung einzuschlagen oder einschlagen zu müssen. Und so fanden sich Linksdenkende und -handelnde plötzlich auf der Seite derer wieder, die gemeinhin als «Kapitalisten» bezeichnet wurden. Das Wort Kapitalist war bisher untrennbar verbunden mit Ausbeutung, dies war das Credo in vielen Veranstaltungen und Seminaren vor 1990. Aber gab es neben dem Philosophen Karl Marx nicht auch den Unternehmer Friedrich Engels, den selbstständigen Handwerker August Bebel und den Freiberufler Karl Liebknecht? Warum sollte den Linken nur das «Elend der Philosophie» gehören und den anderen «Das Kapital»? Zu der Gruppe der ausbeutenden Kapitalisten wollten die Teilnehmer der Veranstaltung in Strausberg jedoch nicht gehören, das war der Gründungskonsens von OWUS. Es wurde der Beschluss gefasst, einen Verein mit dem Namen «Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen in Berlin und Brandenburg e.V.» zu gründen. Ein Arbeitsvorstand mit der ehemaligen Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung und Bundestagsabgeordneten, Frau Prof. Dr. Christa Luft, als Vorsitzender wurde gewählt. Protokoll und Satzung des Verbandes wurden von 26 Gründungsmitgliedern unterzeichnet. Das Anliegen des Verbandes erklärten die TeilnehmerInnen in einem Gründungsauftrag mit der Notwendigkeit, «eine andere Politik für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige zu fordern und dabei gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten». In diesem Sinne formulierten sie für die Tätigkeit des Verbandes drei Ziele:

1. Aufbau eines wirksamen Informations- und Beziehungssystems auf UnternehmerInnenbasis, welches mit dem Ziel der aktiven Marktbeeinflussung auf vielfältige Weise die Entwicklung der einzelnen Unternehmen befördert (Kontaktbörse, Verbreitung von zur Kenntnis gelangten Auftragsvergaben, gemeinsame Präsentationen);
2. Einbringung von Forderungen in die Politik, zum Beispiel durch Diskussion und Beratung mit politischen VerantwortungsträgerInnen;
3. Beratung und gegenseitige Hilfe, zum Beispiel bei der Beantragung und Inanspruchnahme von Fördermitteln und beim Aufbau von effektiven Betriebsstrukturen.

Das mit dem Gründungsaufruf beschlossene Motto des Verbandes «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung» gilt bis heute und ist Leitbild von OWUS, seit 20 Jahren auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie bei Einzelmitgliedern außerhalb dieser Landesverbände.

Man sollte meinen, dass ein solches vergleichsweise winziges Ereignis kaum öffentliche mediale Beachtung fand. Dem war aber gar nicht so. Die *Junge Welt* stellte dem damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der PDS in einem Interview die Frage: «Wird die PDS jetzt zur Unternehmerpartei?» Das ostdeutsche Unternehmermagazin *Wirtschaft+Markt* stellte die Vorsitzende in ihrer neuen Funktion unter dem Titel «Ein Tanz auf dem Seil» und einige Gründungsmitglieder mit der Behauptung «Markt statt Marx» vor. Die westdeutsche *Wirtschaftswoche* titelte gar «Pflege der Rebellion» und meinte dazu: «Die SED-Erben haben eine neue Wählerklientel entdeckt: ostdeutsche Mittelständler.» Das *Neue Deutschland* war da etwas vorsichtiger. Unter der Überschrift «Unternehmungslust und/oder Unternehmerlust?» stellte die sozialistische Tageszeitung wertfrei fest: «In Brandenburg wirkt die PDS bei Gründung eines Unternehmerverbandes mit und findet das in

Ordnung.» Die *Berliner Morgenpost* dagegen zeigte sich irritiert und fragte «Seilschaften oder (linke Kapitalisten)?» und meinte erklären zu müssen, «warum sich Unternehmer an die Seite der PDS begeben». Die inzwischen vom Markt verschwundene *Wochenpost* zeigte mit Bild den Unternehmensberater Klaus-Dieter A. als «Kapitalist und PDS-Genossen» mit einer PDS-Fahne in der Hand. Die *Berliner Zeitung* hatte mit der Überschrift «Postsozialistische Selfmade-Kapitalisten» gleich eine Wertung bei der Hand, die von der bürgerlichen Presse noch mit solchen Titeln übertroffen wurden wie «Linke Kapitalisten» (Die Zeit), «Die linken Bosse» (Süddeutsche Zeitung) und «PDS-Unternehmerverband – Hinter einer Mauer des Schweigens verstecken sich die Firmenchefs mit SED-Vergangenheit – Ellbogeneinsatz selbstverständlich» (Rheinischer Merkur).

Wie ein roter Faden zog sich durch alle Berichte und Kommentare die Frage nach dem Verhältnis der PDS zu UnternehmerInnen und zu einer Organisation von Unternehmen in und mithilfe einer linken Partei. Eine Frage, die an Aktualität nichts verloren hat. In der Tat hatte diese Frage nicht erst auf der Gründungsversammlung, sondern bereits in der Vorbereitung der Vereinsgründung eine Schlüsselrolle gespielt. Sie stellte sich für beide Seiten in der angespannten ökonomischen Situation zu Beginn der 1990er Jahre auf sehr unterschiedliche Weise. Für die PDS – einer Partei, die traditionsgemäß in der Arbeiterbewegung verwurzelt war, aber als SED durch den politischen Bankrott der DDR eine Niederlage von historischen Dimensionen ertragen musste – ging es im Kern um die Klärung ihres Umgangs mit UnternehmerInnen und Selbstständigen: Kann die Partei, die den Sozialismus als Ziel weiterhin programmatisch verfolgt und in ihrem Parteinamen festgeschrieben hat, mit UnternehmerInnen gemeinsame Sache machen, sie womöglich organisiert in die Strukturen der Partei einbinden? Für die Mitglieder

des neuen Verbandes – in der Mehrzahl in dieser sozialistischen Partei organisiert – stellte sich die Frage umgekehrt, ob unternehmerische Tätigkeit mit der Theorie und Praxis ihrer Partei vereinbar sei und ob sich dann eine solche Unternehmerorganisation innerhalb oder außerhalb der Strukturen der Partei formieren sollte. Eine Grundfrage, die sich Mitglieder beziehungsweise SympathisantInnen der Partei DIE LINKE mit unternehmerischer Haupt- oder Nebentätigkeit wohl noch heute stellen, lautet: Sehe ich mich bewusst als UnternehmerIn beziehungsweise FreiberuflerIn in einer linken Partei oder bin ich primär Parteimitglied beziehungsweise SympathisantIn mit der (eher zufälligen) Eigenschaft, dass ich als UnternehmerIn mein Geld verdiene? Von der Antwort hängt ab, wie die Prioritäten gesellschaftlicher Arbeit gesetzt werden – parteipolitisch oder zum Beispiel in einem Unternehmerverband. Die Entscheidung der Gründungsversammlung 1994 war eindeutig. Einer der Gründerväter des OWUS-Verbandes, der damalige PDS-Vorsitzende des Landes Brandenburg und heutige Justizminister in Brandenburg, Dr. Helmuth Markov (damals selbst Leiter eines mittelständischen Unternehmens), fasste das Ergebnis in der Formel, «Die PDS war Hebamme von OWUS, nicht Erzeuger», zusammen. Die Mitglieder konstituierten sich als «Offener Wirtschaftsverband», offen für UnternehmerInnen, FreiberuflerInnen und andere Selbstständige, unabhängig von ihrer politischen oder weltanschaulichen Bindung. Durch die Selbstbezeichnung als linke UnternehmerInnen leugneten sie nicht ihre Nähe zur PDS.

Diese noch heute gültige Einordnung in das politische Spektrum der Bundesrepublik hatte allerdings auch die Verbandstätigkeit be-

hindernde Wirkungen. OWUS wird häufig von außen in erster Linie als parteipolitisch wirkender Verband gesehen. Das hatte sicherlich auch Einfluss auf die Mitgliedererwerbung. Diese Festlegung der Gründungsversammlung hat sich jedoch als prinzipiell richtig erwiesen und gilt deshalb bis heute. Die GründerInnen von OWUS erkannten die Bedeutung der PDS für die Wahrnehmung der spezifischen Wirtschaftsinteressen des sich in den neuen Bundesländern entwickelnden Mittelstandes unter den Bedingungen der faktischen Zerstörung der DDR-Wirtschaft und des Überstülpens einer kapitalistischen Ordnung. Sie hofften zugleich, mit ihrer Verbandsarbeit die Wirtschaftskompetenz der Partei positiv beeinflussen zu können. Der Verband betonte aber seine Unabhängigkeit von jeglichen Parteistrukturen und damit seine Offen-

Wie ein roter Faden zog sich durch alle Berichte und Kommentare die Frage nach dem Verhältnis der PDS zu UnternehmerInnen und zu einer Organisation von Unternehmen in und mithilfe einer linken Partei. Eine Frage, die an Aktualität nichts verloren hat.

heit in allen Entscheidungen.

2005 titelte SPIEGEL ONLINE: «Mittelstandsverband Owus: Nah dran an der PDS», und stellte fest, dass das Erfolgsgeheimnis von OWUS in den neuen Bundesländern darin bestünde, dass er sich nicht als verlängerter Arm der PDS betrachte. Der Artikel zitiert einen OWUS-Unternehmer mit den Worten: «Die PDS hat nie auf uns Einfluss genommen – im Gegenteil, wir wollen ja selber Einfluss nehmen und Verständnis für unsere Belange wecken.» Diese Aussage trifft auch noch heute zu – branchenweit und offen, das ist das Merkmal von OWUS, zum Vorteil des Verbandes, manchmal eben auch zu seinem Nachteil. Inwieweit die Wirtschaftskompetenz der PDS

und heute der LINKEN tatsächlich positiv beeinflusst werden konnte, dazu gibt es von beiden Seiten sicherlich sehr unterschiedliche Einschätzungen. Im Plenum des Deutschen Bundestages fiel zumindest vor einigen Jahren die Bemerkung eines führenden Mitgliedes der Fraktion, dass die Partei sogar einen eigenen Unternehmerverband hätte, nämlich OWUS.

Wenn man von den Anfangsschwierigkeiten, die eine solche ungewöhnliche Neugründung mit sich bringt, absieht, entwickelte sich die praktische Verbandsarbeit relativ schnell. Zu Hauptformen dieser Arbeit wurden regelmäßig stattfindende Unternehmerstammtische an verschiedenen Standorten (Berlin, Potsdam und in den ersten Jahren auch in Rathenow), die Bildung von Arbeitsgruppen (politische Arbeit, Kontakte und Kooperationen) und die Rundbriefe beziehungsweise Newsletter an alle Mitglieder und an Interessenten außerhalb des Verbandes. Dabei zeigte sich bald, dass die im Gründungsaufwurf formulierte Programmatik des Verbandes weiter präzisiert werden musste. Das geschah insbesondere in Form eines Diskussionspapiers mit dem Titel «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung – Sicherung der existenziellen Bedingungen der KMU». Ausgehend von der Forderung, «Rahmenbedingungen zu schaffen, die das wirtschaftliche Potenzial der KMU [kleine und mittlere Unternehmen] entwickeln lassen und langfristige Perspektiven bieten», wurde bei der Politik «dringender Handlungsbedarf» angemahnt, insbesondere für

1. Sofortmaßnahmen zum Erhalt und zur Stabilisierung bestehender KMU und industrieller Kerne vor allem in den fünf neuen Bundesländern,
2. Stärkung der Innovationskraft der Regionen und regionaler Kreisläufe,
3. Verbesserung des Zugangs zu Kapitalquellen für KMU und vor allem ExistenzgründerInnen,

4. Maßnahmen zur Überwindung der Hürden für ostdeutsche KMU beim Zugang zum gesamtdeutschen und internationalen Markt,
5. Entlastung produktiver wirtschaftlicher Tätigkeit von Bürokratie,
6. Reformierung des deutschen Stände- und Kammerwesens,
7. beschäftigungspolitische Initiativen, Sicherung der Massenkaukraft, Lohnsubvention zur Ost-West-Angleichung der Tarife sowie
8. Sicherung der Ausbildungsmöglichkeiten für die junge Generation.

Dazu wurden von OWUS konkrete Vorschläge für wirtschaftspolitische Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unterbreitet.² In einem Beschluss der Mitgliederversammlung bekannte sich OWUS bereits 2006 zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, also lange bevor die Gewerkschaften und andere ProtagonistInnen sich dieses Themas annahmen, von anderen Unternehmerverbänden ganz zu schweigen. Diese und andere Themen (z. B. Aufbau einer Verbandsstruktur, Fördermittel in Theorie und Praxis, PDS und Mittelstandspolitik, Tarif- und Gewerkschaftspolitik der KMU) waren auch Gegenstand von lebhaften Diskussionen auf den Unternehmerstammtischen. Der in Berlin-Brandenburg gegründete Verband versuchte auch, in den übrigen Bundesländern Fuß zu fassen und mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. 1994/95 wurden in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eigene OWUS-Landesverbände gegründet. Es folgten OWUS Bayern und kleinere Regionalgruppen in Hessen und Niedersachsen, Einzelmitglieder gibt es inzwischen auch in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Zur Koordinierung der Arbeit der Landesverbände wurde Ende der 1990er Jahre der «OWUS Dachverband e.V.» gegründet.

Auch bedingt durch die personellen Ressourcen des Verbandes gab und gibt es nur spora-

dische Kontakte zu anderen Interessenverbänden, zum Beispiel zur Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, zu den Kommunalpolitischen Foren und dem «bffc Bundesverband Freier Kammern e.V.». Seit 2013 ist der Landesverband Berlin-Brandenburg offiziell im Lobbyregister des Landtages in Brandenburg aufgeführt. Zur Zeit der rot-roten Landesregierung in Berlin war OWUS auch im Mittelstandsbeirat beim Senator für Wirtschaft vertreten. Eng arbeitet OWUS seit 2013 mit dem Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg zusammen. Der OWUS-Dachverband ist seit dieser Zeit offizieller Unterstützer der internationalen Gemeinwohl-Ökonomie-Vereinigung in Wien und war im September Kooperationspartner des SOLIKON-Kongresses für Solidarische Ökonomie in Berlin. Angeregt durch ein Treffen mit dem Begründer der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung Christian Felber anlässlich der traditionellen OWUS-Unternehmerfahrt nach Wien 2011 hat der Verband dieses Thema aufgegriffen. Es kann als das «Visionäre» in der Arbeit des Unternehmerverbandes bezeichnet werden. Aber auch dieses Visionäre hat aus Sicht des Vorstands und vieler Mitglieder etwas «Irdisches». In der täglichen Arbeit gemeinwohlorientiert zu handeln, verlangt bereits das Gründungsmotto «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung». Aber gesamtgesellschaftlich ist es (noch) eine Vision. 2013 gab es ein Treffen mit VertreterInnen der Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie in Salzburg und 2014 in Barcelona. Auf mehreren Veranstaltungen hat OWUS inzwischen den Gedanken der Gemeinwohl-Ökonomie propagiert, so bei einem Unternehmerfrühstück in Marzahn-Hellersdorf und bei einer Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums in Potsdam. Höhepunkt war zweifellos die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober 2014 durchgeführte Konferenz zu diesem Thema. Sechs Mitgliedsunternehmen und auch der Landesverband

Berlin-Brandenburg von OWUS haben inzwischen eine evaluierte beziehungsweise auditierte Gemeinwohlbilanz vorgelegt.

In der täglichen Arbeit gemeinwohlorientiert zu handeln, verlangt bereits das Gründungsmotto «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung».

Größere Schwierigkeiten zeichneten sich beim Aufbau eines «wirksamen Informations- und Beziehungssystems» ab. Außer dem OWUS-Rundbrief beziehungsweise Newsletter, der zunehmend an inhaltlicher Qualität gewann, war hier besonders die Entwicklung von geschäftlichen Kontakten und Kooperationen zwischen Mitgliedsunternehmen und zu Unternehmen außerhalb des Verbandes auf der Grundlage einer gezielten Auftragsrecherche ins Auge gefasst worden. Diese Schwierigkeiten hatten objektive und subjektive Gründe. Die Bandbreite der Mitgliedsunternehmen und ihre kommerziellen Interessen ist außerordentlich groß, weshalb nur selten (wie z. B. bei den SteuerberaterInnen, RechtsanwältInnen und Versicherungskaufleuten) mehrere Unternehmen beziehungsweise Selbstständige der gleichen Branche miteinander auf dem Markt agieren und damit auch kooperieren können. Etwas einfacher ist die Entwicklung gegenseitiger Liefer- und Leistungsbeziehungen bei Beratungs- und Versicherungsdienstleistungen, bei der Beschaffung von Büroaustattung und -material oder bei der Organisation von Dienst- und Urlaubsreisen. Die Erwartung, dass sich ein größeres Auftragsvolumen aus der Parteinähe aquirieren ließe, wurde nur bedingt und in wenigen Einzelfällen erfüllt. Die Bemühungen von OWUS, aufgrund von Anfragen aus Venezuela und Bolivien Ende der 2000er Jahre kommerzielle Beziehungen mit KMU aus die-

sen Ländern aufzunehmen, scheiterten. Die Ursachen dafür waren vielschichtig, vor allem auch aufseiten der Partner in Lateinamerika. Das Thema innerverbandlicher Unternehmenskooperation steht noch immer auf der Tagesordnung, jedoch aus den oben genannten Gründen aktuell nicht im Vordergrund.

Ein praktisches Beispiel eigenen unternehmerischen Handelns war dagegen 2012 die Gründung der «Solidarischen Energiegenossenschaft Thüringen» mit Sitz in Erfurt. Energiewende – da könnte man auf den ersten Blick meinen, das wäre ein Thema vor allem für AnhängerInnen und ParteigängerInnen der Grünen. Dass dem nicht so ist, beweist die Energiegenossenschaft SOLide. Sie wurde auf Initiative von OWUS Bayern und OWUS Thüringen gegründet. Ihre Mitglieder betreiben mehrere kleinere Solaranlagen und liefern den Solarstrom zu wirtschaftlich vernünftigen Preisen an kommunale Einrichtungen oder Sportstätten. Dabei werden viele Ansätze linker Wirtschaftspolitik praktisch gelebt. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet die größten Mitwirkungsmöglichkeiten und ist ein Stück gelebte Wirtschaftsdemokratie. Die Einbeziehung regionaler Unternehmen in die Planung, Ausführung und Wartung der Anlagen und die Lieferung des erzeugten Stroms an VerbraucherInnen direkt am Erzeugungsort sind Beispiele für regionale Wirtschaftskreisläufe. Und letztlich ermöglicht die Beteiligung an der Genossenschaft den Mitgliedern eine solide Geldanlage, deren Geschicke sie selbst mitgestalten können. Mit der Genossenschaft SOLide wollen die InitiatorInnen auch den lebendigen Beweis dafür antreten, dass Linke nicht nur über die Energiewende diskutieren, sondern in der Lage sind, Unternehmen wirtschaftlich zu führen und die Energiewende auch praktisch mit Leben zu füllen.

Ein wichtiges Instrument der Verbandsarbeit sind die regelmäßigen Unternehmerstammtische, zum Beispiel in Berlin, Chemnitz, Leipzig und Potsdam. Gemeinsam mit prominenten

Gästen aus Politik und Wirtschaft diskutieren die Mitglieder und SympathisantInnen hier aktuelle gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen. So gab es mehrere Treffen mit Bundes- und LandespolitikerInnen der LINKEN, mit ehemaligen DDR-Generaldirektoren, VertreterInnen von *Neues Deutschland* und *Junge Welt*, IHK-KritikerInnen, aber auch mit VertreterInnen anderer Parteien und Vereine. Auch für die eigene Weiterbildung werden die Stammtische genutzt, so zum Beispiel mit Veranstaltungen zu steuerlichen sowie versicherungs- und arbeitsrechtlichen Fragen.

Große Bedeutung erlangten die Bemühungen, öffentlichkeitswirksame Kontakte zur Politik herzustellen. Hier seien besonders die Treffen mit Wirtschaftsministern beziehungsweise -senatoren aus Berlin und dem Land Brandenburg zu nennen, die Kontakte zu den Fraktionen der PDS beziehungsweise der LINKEN im Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten sowie zu Vorständen und Fraktionen der Linkspartei auf kommunaler Ebene. Auf Mitgliederversammlungen und bei anderen Veranstaltungen von OWUS sprachen die ehemaligen Vorsitzenden der PDS beziehungsweise der LINKEN Dr. Gregor Gysi, Lothar Bisky und Oskar Lafontaine. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der PDS Rolf Kutzmutz war einige Jahre Vorsitzender von OWUS. Bei den Koordinationsberatungen der Wirtschaftspolitischen SprecherInnen der Linksfractionen im Bundestag und in den Ländern ist der Vorstandsvorsitzende von OWUS ständiger Gast und gestaltete eigene Tagesordnungspunkte, so zu Genossenschaften oder etwa der sozialen Situation von UnternehmerInnen. In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung werden gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Auf Initiative des damals direkt gewählten ehemaligen Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, wurde Ende der 1990er Jahre zusammen mit dem Bezirksverband der PDS das «Linke Wirtschaftsforum Marzahn-Hellersdorf» gegrün-

det. Bis heute (jetzt unter Leitung der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau) trifft sich das Forum mit UnternehmerInnen des Bezirks regelmäßig zu einem politischen Frühstück und diskutiert aktuelle Themen. 1998 und erneut zu den Bundestagswahlen 2013 wurden die Forderungen von OWUS zusammengefasst den wichtigsten politischen Parteien als Wahlprüfsteine vorgelegt.

Im Mittelpunkt all dieser Diskussionen und der Wahlprüfsteine standen existenzielle Probleme der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Allgemeinen und in den neuen Bundesländern im Besonderen. Dabei ging es vor allem um die ökonomischen Beziehungen zwischen industriellen Großbetrieben und KMU, um die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand in Bezug auf die KMU, um steuer- und lohnpolitische Probleme, um Fragen der sozialen Absicherung der kleinen und mittelständischen UnternehmerInnen und Selbstständigen, um die Qualifizierung der Fördermittelpraxis und um die Verbesserung der Marktchancen für KMU. Aber auch an zuständige Bundesminister wandte sich OWUS: beispielsweise 2014 im ausgerufenen Dialog zum Mindestlohn, als der Verband seine Meinung übermittelte und insbesondere Unterstützung für kleine Unternehmen bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes einforderte.

Im Mittelpunkt all dieser Diskussionen und der Wahlprüfsteine standen existenzielle Probleme der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Allgemeinen und in den neuen Bundesländern im Besonderen.

Auch die Forderung nach Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung von kleinen UnternehmerInnen und Solo-Selbstständigen wurde an die Bundesregierung herangetragen. Im Oktober 2010 hat der OWUS-Stammtisch in Marktleeburg eine Initi-

ative zur sozialen Absicherung von kleinen Unternehmen angestoßen. Mit der Feststellung, «Auch viele Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler sind schutzbedürftig. Sie dürfen nicht außerhalb der Solidargemeinschaft stehen», hat die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE sich im Januar 2013 diese Forderung zu eigen gemacht.³ Die bisher erreichten Verbesserungen sind jedoch marginal. Die Einbeziehung in die Sozialsysteme ist zwar teilweise bereits heute gewährleistet, jedoch zu deutlich schlechteren Bedingungen als dies bei ArbeitnehmerInnen der Fall ist. So entsprechen die Mindestbeiträge nicht der realen Einkommenssituation vieler KleinunternehmerInnen. Über ein Drittel der bundesdeutschen Einzelunternehmen (Solo-Selbstständige) haben ein monatliches Einkommen von unter 1.000 Euro. Mit hohen Mindest- oder Pauschalbeiträgen in der gesetzlichen Sozialversicherung ist ihnen nicht geholfen, da sie damit wirtschaftlich überfordert sind. OWUS fordert die Möglichkeit einer zeitnahen Beitragszahlung entsprechend der tatsächlichen Gewinnsituation. Auch UnternehmerInnen sind nicht vor Arbeitslosigkeit gefeit, deshalb muss auch in diesem Bereich ein Schutz gewährleistet sein. Dass es bei entsprechendem politischen Willen praktikable Lösungen geben kann, zeigen die gesetzlichen Regelungen in Österreich. Auf

Druck der österreichischen Wirtschaftskammer sind dort eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die eine soziale Mindestabsicherung von UnternehmerInnen gewährleisten. Dies sollte auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein.

Der OWUS-Verband hat es mit der Zeit zunehmend verstanden, die Aufmerksamkeit der Politik auf die wirtschaftspolitischen Potenzen und die Bedürfnisse der KMU zu lenken und damit auch als Organisation ein an seiner Größe gemessen bemerkenswertes politisches

Gewicht zu erlangen. Mitglieder von OWUS kandidierten in den vergangenen 20 Jahren bei Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen und erhielten von ihren WählerInnen das Mandat, so für das Europaparlament, den Deutschen Bundestag, die Landesparlamente in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie mehrere Kommunalvertretungen. In erster Linie kandidierten sie jedoch als Parteimitglieder, nicht unbedingt als UnternehmerInnen in der Partei.

Höhepunkte im Verbandsleben waren zwei große Konferenzen, die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurden. Im Mai 2009 fand in Berlin mit internationaler Beteiligung die erste «Europäische Konferenz zur Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen» statt.⁴ Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutierten die fast 100 TeilnehmerInnen zwei Tage über die Möglichkeiten für KMU, diese Krise zu meistern. Die Konferenz verfolgte zwei Ziele: Zum einen ging es um das Knüpfen eines praxisnahen Netzwerks sozialverantwortlicher und arbeitnehmerfreundlicher KMU. Es sollten alternative, soziale Wirtschaftsweisen als linke Antwort auf den neoliberalen Ungeist unserer Zeit gefördert werden. Zum anderen sollte die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Bedeutung gerade von Kleinst- und Kleinunternehmen im Sinne der allgemein gültigen EU-Definition unterstrichen und sollten am Beispiel fortschrittlicher Unternehmensformen konkrete Möglichkeiten linker Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden.

In einer Resolution und in einem Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister forderten die TeilnehmerInnen, auch einen «Schutzschirm» für kleine und mittlere Unternehmen gegen die Auswirkungen der Krise zu schaffen. Das Auftreten und die Rede des damaligen Kovorsitzenden der Partei DIE LINKE, Lothar Bisky, und sein Bekenntnis zu einem positiven Verhältnis der Partei zu den kleinen UnternehmerInnen wurden als Anerkennung der Arbeit

von OWUS seit der Gründung 1994 gewertet. «Die Zusammenarbeit zwischen Linken und Unternehmerinnen und Unternehmern überrascht – bis auf wenige intensive Berührungspunkte – bis heute. Ich bekenne unumwunden, wir sollten diesen Zustand schleunigst beenden. [...] Es war immer Ziel linker Politik, ein Bündnis zwischen abhängigen Beschäftigten auf der einen Seite und fortschrittlichen Unternehmern und Unternehmerinnen herzustellen. Ich kenne keinen anderen Weg, um die Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, den nackten Wettbewerb zu überwinden,» so Lothar Bisky in seinem Grußwort.

Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung von OWUS wurde im Oktober 2014 in Berlin eine Konferenz unter dem Thema «Erste Erfahrungen und Perspektiven der Gemeinwohl-Ökonomie in kleinen und mittleren Unternehmen» durchgeführt. Der Vorstand von OWUS schätzte anschließend ein, dass dies die bisher erfolgreichste Veranstaltung seit Bestehen des Unternehmerverbandes war. In enger Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden neue Maßstäbe zur Verbreitung des Gemeinwohlgedenkens im Wirkungsumfeld von OWUS gesetzt. Das unterstreicht auch die Tatsache, dass eine breite Mitwirkung von Netzwerken, insbesondere der Gemeinwohl-Ökonomie, bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Konferenz zu verzeichnen war. Insgesamt über 90 Gäste nahmen an der Tagung teil, davon mehr als die Hälfte TeilnehmerInnen, die nicht im Verband organisiert sind. Auch das große Interesse der teilnehmenden KommunalpolitikerInnen und Abgeordneten an diesem Thema machte deutlich, dass alternative Denkansätze in der Wirtschaftspolitik gefragt sind. Die Verbindung Gemeinwohl-Ökonomie und Kommunen erhielt dadurch ebenfalls neue Impulse.

OWUS hat nach über 20 Jahren seine Daseinsberechtigung als linker Wirtschaftsverband nicht verloren und wird sie auch künftig nicht verlieren, vor allem wenn es gelingt,

neue junge politisch denkende UnternehmerInnen für den Verband zu gewinnen. Sozial verantwortliche und sozial denkende UnternehmerInnen aus den ost- und zunehmend auch aus den westdeutschen Bundesländern

- müssen sich offensiv eine politische Lobby schaffen, indem sie sich in die Diskussion und Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungen einmischen und dabei linke und solidarische Positionen vertreten;
- brauchen wirtschaftlich berechenbare Perspektiven in einer europäischen und globalen Welt und müssen deshalb ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen für ihr Wirken in der Region formulieren;
- treten solidarisch für die Entwicklung und Förderung vor allem der kleinsten und kleinsten Unternehmen ein und kämpfen für stabile Arbeits- und Ausbildungsplätze, indem sie an einer gezielten sozialen Wirtschafts- und Förderpolitik in den Regionen mitwirken;
- stellen das Gemeinwohl im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, Demokratisierung, Freiheit und Umweltverträglichkeit, Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter vor das Streben nach Profit;
- übernehmen Verantwortung für menschenwürdige und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze in einer freien, sozialen und demokratischen Marktwirtschaft, die Pluralismus an Eigentum sichert und staatliches Eigentum nicht zugunsten der Monopole verscherbelt;
- verbinden unternehmerische und politische Aktivitäten zum Erhalt gesunder regionaler und überregionaler Strukturen, unter anderem durch gezielte Kooperation der Mitglieder und durch Übernahme politischer Verantwortung in unterschiedlichen Bereichen und Gremien.

OWUS hat nach über 20 Jahren seine Daseinsberechtigung als linker Wirtschaftsverband nicht verloren und wird sie auch künftig nicht verlieren, vor allem wenn es gelingt, neue junge politisch denkende UnternehmerInnen für den Verband zu gewinnen.

In dieser Hinsicht ist OWUS ein Lobbyverband, jedoch nicht zur Durchsetzung von Partikularinteressen einzelner Branchen oder vorrangig spezifischer Unternehmensinteressen, sondern vor allem zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Vorstellungen. OWUS ist ein politischer Unternehmerverband, und dies soll auch so bleiben. Die statistische Auswertung zurückliegender Wahlen zeigt, dass die Partei DIE LINKE auch unter UnternehmerInnen vor allem in den ostdeutschen Bundesländern ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotenzial hat. Ein führender Linkspolitiker sagte vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Fusion von PDS und WASG: Wenn sich die Linke nicht um die Gewerkschaften kümmere, laufe sie Gefahr, zur Sekte zu werden. Der Vorsitzende von OWUS erwiderte ihm, dass das gleiche Schickal drohe, wenn sie sich nicht auch um die kleinen UnternehmerInnen kümmere. Diesen muss OWUS Angebote machen, um wirtschaftspolitische Alternativen zu diskutieren und Vorschläge unterbreiten zu können. Gemeinsam mit den «Landesarbeitsgemeinschaften linke UnternehmerInnen» in der Partei DIE LINKE will OWUS dabei auch auf die Programmatik der Partei Einfluss nehmen und ihr Wirken in- und außerhalb der Parlamente beeinflussen. Bisher fehlt unserer Meinung nach für DIE LINKE noch eine in sich geschlossene KMU-Konzeption, sodass mitunter widersprüchliche oder zum Teil schwammige Aussagen zu finden sind. Beispielsweise wird noch in der «Frankfurter Erklärung» der Bundestagsfraktion «Gerechtigkeit durchsetzen – mit einem neuen

Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie raus aus der Krise» vom Januar 2009 festgestellt, dass im Ergebnis der Regierungen Schröder und Merkel «den Unternehmen, Versicherungen und Mega-Reichen viel Geld in die Taschen gespült [wurde] – für Spekulation, Paläste und Luxusjachten». ⁵ Im Bereich der kleinsten und kleinen Unternehmen dürfte sich die Zahl der Paläste und Luxusjachten in Grenzen halten. Und das sind im Sinne der EU-Definition für KMU über 90 Prozent der Unternehmen in den 28 EU-Ländern.

Für welche konkreten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Forderungen steht OWUS?

Regionale Wirtschaftsstrukturen

OWUS tritt für den weiteren Ausbau starker regionaler Wirtschaftsstrukturen ein. Zahlreiche Mitglieder engagieren sich in lokalen und regionalen Initiativen. Diese regionalen Wirtschaftskreisläufe haben zahlreiche Vorteile: Das Geld bleibt in der Region und damit entstehen Arbeitsplätze vor Ort oder bleiben erhalten. Diese Einkommen sorgen zugleich für Nachfrage bei anderen Unternehmen in der Region. Es gibt eine stärkere Kundenbindung an das Produkt beziehungsweise an die Dienstleistung, wie man das bei der Entwicklung der Ostprodukte oder verschiedener Agrarprodukte sehen kann. Und der Apfel aus Werder hat geringere Transportwege als der aus Südtirol oder gar aus Neuseeland.

Die Volkswirtschaft braucht eine Offensive für nachhaltige Produkte und nicht für Wegwerfprodukte. Mehr Reparaturmöglichkeiten schaffen zusätzliche Arbeitsplätze in infrastrukturschwachen Regionen, stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe, führen zu Materialeinsparung, Müllvermeidung und durch weniger Transport auch zu geringerem CO₂-Ausstoß. Wir sind uns im Klaren, dass eine Abwägung wirtschaftspolitischer und klimapolitischer Ziele erfolgen muss. Wenn ein

neues technisches Gerät eine bessere Energieeffizienz aufweist als das bisherige, wäre eine Reparatur der Reparatur volkswirtschaftlicher Unsinn. Das richtige Augenmaß ist hier gefragt. Steuerliche Anreize durch Verbesserung der Abzugsfähigkeit von Handwerkerleistungen, zum Beispiel auch durch eine international durchaus praktizierte «negative» Einkommensteuer beziehungsweise durch die Möglichkeit eines Vortrages und Rücktrages für Jahre mit geringer Steuerlast, würden das Handwerk fördern. Auch die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Reparaturleistungen gehört in diesen Katalog zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Mindestlohn

In vielen Presseverlautbarungen konnte und kann man noch immer lesen, dass die Unternehmerverbände den gesetzlichen Mindestlohn ablehnen. Für viele Verbände trifft dies auch zu, und manche haben den Kampf gegen den Mindestlohn bis heute nicht aufgegeben. So manche in der Ministerialbürokratie ausgeheckte bürokratische Regelung gibt ihnen dabei noch die Argumente an die Hand. OWUS tritt seit fast zehn Jahren klar und eindeutig aus sozialer Verantwortung für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Allerdings hat sich OWUS nie am Wettlauf um die Forderung nach dem höchsten Mindestlohn beteiligt. Ob 8,50 Euro oder altersarmutsverhindernde 12,00 Euro – es geht hier in Deutschland zunächst einmal um das Prinzip.

Aus wirtschaftlicher Vernunft heraus ergänzen wir dieses Bekenntnis zum Mindestlohn aber mit der Forderung an dessen BefürworterInnen, dabei nicht die kleinsten und kleinen UnternehmerInnen zu vergessen, die ihn ihren Beschäftigten zahlen müssen und auch meist wollen. Ein hoher gesetzlicher Mindestlohn ohne flankierende Maßnahmen führt zu einer weiteren Erhöhung der ohnehin schon vorhandenen Selbstausbeutung der vielen kleinsten und kleinen UnternehmerInnen, deren

Lebensbedingungen teilweise ebenfalls mit dem Begriff prekär richtig beschrieben sind. In manchen Branchen kann dies nicht so ohne Weiteres über steigende Erlöse oder vorhandene finanzielle Reserven abgefangen werden. Mit Genugtuung hatten wir zur Kenntnis genommen, dass sich führende VertreterInnen der Partei DIE LINKE zum Beispiel in Beantwortung der OWUS-Wahlprüfsteine vor der letzten Bundestagswahl ebenfalls für solche Maßnahmen ausgesprochen haben. In der parlamentarischen Debatte wurde dies dann leider nicht aufgegriffen. Und im 25. Jahr des Beitritts der DDR, der als nationales Fest zelebriert wurde, sind wir strikt gegen unterschiedliche Löhne in Ost und West. Wären niedrigere Ostlöhne ein Standortvorteil, gäbe es blühende Landschaften nicht nur bei der Bundesgartenschau. OWUS ist gern bereit, die Überlegungen unserer Mitglieder dazu auf Grundlage eigener betriebswirtschaftlicher Erfahrungen in die Diskussion einzubringen. Mit Interesse hat OWUS die von der Kovorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping sowie dem Kovorsitzenden der Bundestagsfraktion Dr. Dietmar Bartsch unterbreitete Idee eines Mindesthonorars auch für Selbstständige aufgenommen und wird sich an der Diskussion dazu beteiligen.

Schutz von KleinunternehmerInnen

Dringend notwendig sind eine bessere rechtliche Absicherung der KMU gegen Zahlungsausfälle und mehr Schutz vor ungerechtfertigter Zahlungsverweigerung. Die beste rechtliche Regelung nutzt aber nichts, wenn ein Unternehmer Monate benötigt, um einen Gerichtstermin und dann vielleicht einen vollstreckbaren Titel zu bekommen. Notwendig ist ein Forderungssicherungsgesetz, dass schnell pfändbare Titel gewährleistet, denn oft erfolgt die Kündigung der Kreditlinie durch die Bank schneller als der Zahlungseingang des Kunden. Dazu müssen die Gutachtertätigkeit

verbessert und gegebenenfalls vergaberechtliche Regelungen angepasst werden. Unter bestimmten Voraussetzungen sollten zum Beispiel Treuhandkonten (Anderkonto) verbindlich verwendet werden. Dies wäre ein gutes Betätigungsfeld für die IHK und die Handwerkskammern.

Eine wichtige Forderung von OWUS besteht in der Stärkung der Liquidität der kleinsten und kleinen Unternehmen. Die Banken und insbesondere die Hausbanken spielen dabei eine gewichtige Rolle. Jeder Unternehmer hat spezifischen Erfahrungen gemacht. Manche verbinden positive Erfahrungen mit einer Hausbank, andere mit der gleichen Bank eher negative Erfahrungen. Das Thema Kreditklemme ist aus der Presse bekannt. Wir treten unter anderem für die Möglichkeit einer unbürokratischen Nutzung von Mikrokrediten ein.

Zum Schutz kleiner UnternehmerInnen gehört auch die Verbesserung der sozialen Absicherung für sie und ihre Familien. Dazu zählen die Verbesserung sowohl der Einnahmeseite des Unternehmens als auch der Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Einbeziehung in die gesetzlichen Sozialversicherungen, wie es im § 4 des Sozialgesetzbuches I postuliert ist: «Jeder hat im Rahmen dieses Gesetzbuchs ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung.» Doch Rechte zu haben, ist das eine, es müssen auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, um diese Rechte nutzen zu können. Und dies ist derzeit unserer Auffassung nach nicht gegeben. Die Diskussion für eine «Sozialcharta für Selbstständige», die 2012 von der Linksfraktion im Deutschen Bundestag angestoßen, jedoch bisher nicht weitergeführt wurde, wäre hilfreich, um diese Problematik stärker in den Fokus der Sozialpolitik zu bringen.⁶

Die zu demokratisierenden Kammern sollten sich ähnlich wie viele Kammern der freien Berufe auch den sozialen Sicherungssystemen für Kleinst- und Kleinunternehmer widmen, zum Beispiel, um durch den Aufbau von Ver-

sorgungswerken eine vernünftige Altersvorsorge der UnternehmerInnen zu organisieren. Im Ausbau finanzierbarer sozialer Sicherungssysteme sehen wir eine der Aufgaben von IHK und den Handwerkskammern. Dies wäre ein echter Beitrag zur Interessenvertretung der Mitglieder in diesen öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

IHK und Handwerkskammern

Ein Schwerpunkt der Diskussionen, nicht nur unter den Mitgliedern von OWUS, ist die Mitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer beziehungsweise den Handwerkskammern, die von vielen als Zwangsmitgliedschaft verstanden wird. Die FreiberuflerInnen unter den OWUS-Mitgliedern verstehen die Mitgliedschaft in ihren Kammern jedoch nicht als Zwang. Es liegt offensichtlich am Inhalt der Kammertätigkeit und an dem jeweiligen politischen Umfeld. Vertritt die Kammer tatsächlich die Interessen aller Mitglieder oder nur der Großen unter ihnen? Ist die Kammer parteipolitisch neutral oder nimmt sie auch in-

nen und deren Strukturen wie IHK und Handwerkskammern ein. Diese Auffassung hat OWUS 2014 auch dem Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer öffentlichen Anhörung übermittelt.

Berufsausbildung

Die Bundeskanzlerin rief vor einigen Jahren die Bildungsrepublik aus, mit einem Konjunkturprogramm sollte aber im Bereich der Bildung offensichtlich vorrangig in Beton investiert werden. Die OWUS-Unternehmen haben sicherlich nicht die Kraft, im Bereich der frühkindlichen Erziehung die wieder neu erfundenen Betriebskindergärten zu finanzieren. Aber viele ihrer Mitgliedsunternehmen haben in den letzten Jahren zahlreiche Lehrlinge ausgebildet, zum Beispiel im Reisebüro tuk international oder bei Corona Bürotechnik. Die Nutznießer dieser Fachkräfte sind dann häufig die großen Unternehmen, im Beispiel der Tourismusbranche das Großunternehmen TUI. Die Ausbildungsbetriebe tragen die Kosten für die Ausbildung (und bringen die Nerven auf, sich mit dem Ergebnis kleinstaatlich organisierter Schulbildung zu befassen), und andere greifen dann auf das ausgebildete Personal zurück. Es wäre maßlos übertrieben, Ablösesummen wie im bezahlten Fußball zu verlangen. Aber warum müssen diese kleinen Ausbildungsbetriebe die Kosten für die Ausbildungsvergütungen und die Prüfung allein tragen (trotz vorheriger Zwangsbeiträge zu den prüfungsbestätigenden Kammern)? Die Großkonzerne haben vor Jahren der damaligen rot-grünen Bundesregierung die bereits beschlossene Ausbildungsplatzabgabe durch einen pompösen nationalen Ausbildungspakt wieder abgerungen. Hat sich deshalb die Ausbildung verbessert?

Es ist natürlich preiswerter und einfacher, nach ausgebildeten Fachkräften zu rufen und

Zum Schutz kleiner UnternehmerInnen gehört auch die Verbesserung der sozialen Absicherung für sie und ihre Familien. Dazu zählt eine gleichberechtigte Einbeziehung in die gesetzlichen Sozialversicherungen.

direkt parteipolitische Positionen ein? Ist die Kammer Dienstleister für den beitragszahlenden (oder beitragsbefreiten) Unternehmer oder ist sie eventuell sogar Konkurrent wie im Bildungsmarkt? Verlangt sie für ihre Dienstleistungen noch Sondergebühren – siehe Berufsbildung? Wir sind dagegen, dass Unternehmen mit gemischter gewerblicher Tätigkeit sowohl Mitglied der IHK als auch der Handwerkskammern sein müssen. Deshalb treten wir für grundlegende Reformen bezüglich staatlicher und autonomer Organisatio-

nen und deren Strukturen wie IHK und Handwerkskammern ein. Diese Auffassung hat OWUS 2014 auch dem Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer öffentlichen Anhörung übermittelt.

dabei auf in Kleinunternehmen ausgebildete ArbeitnehmerInnen zu schauen oder eine gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland zu verlangen, statt selber auszubilden. Letzteres und aktuell das Schielen auf gut ausgebildete Flüchtlinge und AsylbewerberInnen ist eine pervertierte Form der Globalisierung: Die einen bezahlen die Ausbildung ihrer Bevölkerung und die anderen ziehen daraus den Nutzen und versuchen, damit ein zum Teil hausgemachtes demografisches Problem (Geburtenrückgang und unzureichende Familienförderung) zu lösen. Deshalb bleibt unsere Forderung nach einer umlagefinanzierten Berufsausbildung bestehen. Dass dies funktionieren kann, zeigen seit Jahren die tarifvertraglichen Regelungen zur Berufsbildung im Baugewerbe.

Entwicklung von nationalen und internationalen Wirtschaftskontakten

Eine Aufgabe von OWUS ist gemäß Satzung die Entwicklung von Wirtschaftskontakten untereinander und mit anderen Unternehmen im In- und Ausland. Dies ist übrigens mit einer der Gründe, warum OWUS auch nach Gründung der «Landesarbeitsgemeinschaften linker UnternehmerInnen» als eigenständiger Unternehmerverband bestehen geblieben ist. Beim Ausbau der kommerziellen Kontakte von OWUS-Unternehmen zu ausländischen Partnern hatten wir eine grundsätzliche Diskussion mit VertreterInnen der Partei DIE LINKE. Delegationen anderer Parteien, auch parlamentarische Delegationen, verbinden ihre Reisen häufig mit der Wahrnehmung auch wirtschaftlicher Interessen ihres Wählerklientels, sei es parteipolitischer oder regionaler Art. Warum reisen Delegationen der Partei DIE LINKE – egal ob von Vorständen oder von Fraktionen – in der Welt umher, ohne VertreterInnen der (linken) Wirtschaft in die Vorbereitung oder Durchführung einzubeziehen? Der Vorstand von OWUS bemühte sich vor

einigen Jahren um Wirtschaftskontakte zu linksorientierten Regierungen zum Beispiel in Lateinamerika. Hier hätten wir uns eine stärkere Unterstützung von den verschiedenen Parteigremien, die Delegationen entsenden, gewünscht. Das Studium der Revolution in anderen Teilen der Welt ist zwar sehr interessant, aber das Entscheidende ist und bleibt die Wirtschaft – hier und in den Gastländern. OWUS tritt deshalb dafür ein, dass Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil geknüpft und nachhaltig entwickelt werden. Das betrifft auch Wirtschaftskontakte zu Ländern, in denen frühere «Bruderparteien» noch immer in der Regierungsverantwortung stehen. Bei guten Parteibeziehungen sollten doch auch Wirtschaftskontakte linker UnternehmerInnen möglich sein.

Mit Sorge betrachten die Mitglieder von OWUS die hinter verschlossenen Türen stattfindenden Verhandlungen zu TTIP & Co. Es gibt ernste Zweifel daran, dass die Vereinbarungen, die ausgehandelt werden sollen, auch der Mehrzahl der kleinen und mittleren Unternehmen in den EU-Staaten, aber auch in den USA und Kanada nutzen werden. Die (Des-) Informationspolitik der EU-Kommission sowie der Bundesregierung war bisher nicht geeignet, diese Zweifel auszuräumen. Deshalb beteiligen sich auch UnternehmerInnen aus OWUS am Protest gegen die Verhandlungen zu diesem Freihandelsabkommen.

Alternative Wirtschaftsformen und die solidarische Ökonomie

In den Versammlungen und Unternehmertreffs von OWUS wird nicht nur über aktuelle Wirtschaftspolitik und Betriebswirtschaft diskutiert. Auch grundsätzliche gesellschaftspolitische Debatten finden statt. Wir gehen von einem Gesellschaftsmodell aus, bei dem alle Eigentumsformen ihren gebührenden Platz finden. Staatliche Rahmenbedingungen und Reglementierungen sind dabei unerlässlich,

nicht nur am Finanz- und Kapitalmarkt. Der Staat muss wirksame Kontrollfunktionen ausüben, Marktversagen darf nicht durch Staatsversagen ergänzt werden. Mit dieser Forderung befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1954 festgestellt, dass das Grundgesetz weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde «soziale Marktwirtschaft» garantiert.⁷ Mit dem Grundgesetz hat sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden. Daher spricht das Bundesverfassungsgericht von der «wirtschaftspolitischen Neutralität» des Grundgesetzes. Es ist also alles möglich – «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung». Von Interesse nicht nur für OWUS-Unternehmen sind daher auch alternative Wirtschaftsformen, alternativ zu dem typischen kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystem. Das TINA-Prinzip (There Is No Alternative) wird zugunsten des TATA-Prinzips (There Are Thousands of Alternatives) abgelehnt. Wir sehen die Bedeutung von Genossenschaften und Kollektivbetrieben im Zusammenschluss von wirtschaftlich Schwachen zur Selbsthilfe im Wettbewerb mit Großunternehmen. Interessant sind auch die Erfahrungen mit Arbeitgeberzusammenschlüssen zur gemeinsamen Beschäftigung von MitarbeiterInnen, um dem Unwesen der Leiharbeit eine Alternative gegenüberzustellen. OWUS unterstützt Diskussionen zu allen Formen solidarischer Ökonomie, insbesondere der Gemeinwohl-Ökonomie. Aber letztendlich entscheidet die Betriebswirtschaft darüber, ob solche Modelle zukunfts- und überlebensfähig sind. Theoretische Abhandlungen über neue Formen eines utopischen Sozialismus und von abstrakten Transformationsmodellen sind nicht unbedingt im wirtschaftlichen Interesse unserer UnternehmerInnen.

Solidarische Ökonomie muss auch im politischen Kontext gesehen werden. Zahlreiche VertreterInnen der solidarischen Ökonomie sind zwar untereinander im Projekt solidarisch, bringen dieses Solidarische aber nur bedingt in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Veränderungen ein. Geht es um eine solidarische Ökonomie innerhalb der bestehenden Herrschaftsstrukturen oder um eine solidarische Ökonomie in Auseinandersetzung mit diesen Strukturen? Wir sind der Meinung, es muss auch um eine Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem gehen.

Dies sind nur einige (wirtschafts-)politische Aspekte, für die OWUS eintritt. Es könnte noch weitere Aspekte wie das Vergaberecht oder das Steuersystem angesprochen werden. Fazit ist: «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung» ist keine Floskel, sondern seit 21 Jahren gelebte Realität in unserem Unternehmerverband. Und das ist nun tatsächlich alternativlos!

1 Unter Verwendung einer Ausarbeitung des 2012 verstorbenen Gründungsmitgliedes von OWUS Georg Dorn 2 Vgl. hierzu www.owus.de. 3 Vgl. hierzu www.linksfraktion.de/positionspapiere/sozialstaat-selbststaendige-freiberuflerinnen-freiberufler-grundsatz/. 4 Vgl. Sonderausgabe OWUS-aktuell April 2009/14. Ausgabe, unter: www.owus.de/newsletter/OWUSaktuell_04_09.pdf, und www.neues-deutschland.de/artikel/147594.sind-linke-bessere-unternehmer.html. 5 Vgl. www.linksfraktion.de/positionspapiere/frankfurter-erklaerung/. 6 In einem Antrag zum 50. Jahrestag der Europäischen Sozialcharta verweist die Linksfraktion auf die Kritik an Deutschland seitens der EU. Vgl. hierzu BT-Drucksache 18/4092 vom 24.2.2015, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804092.pdf>. 7 «Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierung und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde «soziale Marktwirtschaft». Die «wirtschaftspolitische Neutralität» des Grundgesetzes besteht lediglich darin, daß sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat. Dies ermöglicht dem Gesetzgeber die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachtet. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann.» (BVerfG: Urteil vom 20.7.1954 1 BvR 459/52, so auch in den aktuellen Kommentaren, etwa dem von Jarass & Pieroth 2012: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar: Beck, S. 330, 12/2).

Robert Gadegast

VERBÜNDETE ODER NOTWENDIGES ÜBEL? DIE SED UND PRIVATUNTERNEHMEN IN DER DDR

Der Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, Thomas Strohschneider, stellte im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise den Linken unter anderem folgende Fragen:

- Wie groß sind die realen Spielräume für den Einstieg in Veränderungen?
- Wie groß sind die Potenziale für einen linken Politikwechsel innerhalb bestehender institutioneller Rahmen?
- Wer sind Bündnispartner für linke Politik?¹

Sehr entscheidende Fragen, bringen sie doch zum Ausdruck, dass die Linke in Deutschland dieser gravierenden Thematik in ihrer Politik bisher zu wenig Raum gab. Nun ist Syriza keine in meinem Verständnis klassische Linkspartei, aber sie hat eindrucksvoll bewiesen, wie man unter Beachtung der nationalen Besonderheiten, durch das Zusammenwirken und die Bündelung fortschrittlichster Kräfte des Landes, durch Ablegen von Ressentiments gegenüber unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Auffassungen zu einer großen politischen Bewegung werden kann.

Die Linkspartei in Deutschland ist davon meines Erachtens noch weit entfernt, und es bedarf enormer Anstrengungen, einen völlig neuen Ansatz in ihrer Bündnispolitik gegenüber nicht gerade linkstypischen Schichten der Gesellschaft, zum Beispiel den kleinen und mittleren UnternehmerInnen sowie Selbstständigen, zu finden. Die Erfahrungen von Syriza in der Bündnispolitik sollten genauer analysiert und mögliche Konsequenzen für ein bündnispolitisches Handeln der Linkspartei gezogen werden. Es geht um gesellschaftliche Akzeptanz für linke Politik in breiteren Schichten der Bevölkerung und damit auch um die Erschließung neuer Wählerpotenziale.

Das erfordert neue qualitative Schritte im Umgang der Partei mit dem Kleinunternehmertum und mit den Selbstständigen. Nun wird mancher sagen, dass die Linkspartei «doch schon immer die Interessen der kleinen Unternehmen vertreten hat». Aber besonders glaubwürdig ist diese Aussage nicht. Natürlich darf man nicht übersehen, dass die Linkspartei und vor allem die Masse ihrer Mitglieder in den ostdeutschen Ländern ihr weltanschauliches Gerüst in der marxistisch-leninistischen Ideologie erwarben. Darin wurden und werden ja die Eigentumsfrage, die kapitalistische Produktionsweise und Mehrwertschöpfung, also die Ausbeutung der ProduzentInnen als Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft betont. Das ist auch nicht zu bestreiten. Auch die Beurteilung der heutigen Welt mit ihren sozialen Verwerfungen und Krisen gehört dazu. So gesehen, ist es nicht unnatürlich, dass UnternehmerInnen, egal in welcher Form sie auch immer ihre Tätigkeit ausüben, zunächst als «Feinde» gesehen werden. Diese Sichtweise war lange in der Linkspartei vorherrschend, und eine differenzierte Betrachtung des Unternehmertums wurde bisher zu selten vorgenommen.

Es bietet sich hier an, kurz in die Geschichte der KPD/SED zurückzugehen und der Frage ihrer Politik nach 1945 gegenüber Unternehmertum und Selbstständigen in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR näher zu beleuchten. Wie war die Ausgangslage in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)? In der SBZ gab es 1947 etwa 36.000 vorwiegend mittlere und kleine privatkapitalistische Unternehmen, in denen etwa 25 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten tätig waren, des Wei-

teren 303.821 Handwerks- und Gewerbebetriebe mit um die 850.000 Beschäftigten. Viele kleine UnternehmerInnen stellten sich nach dem Krieg die Frage nach den Chancen ihrer weiteren Existenz in der SBZ unter den sich abzeichnenden Entwicklungen eines sozialistischen Gesellschaftsmodells. Dennoch blieben viele, auch in der Hoffnung auf ihr Überleben und auf ihr «Gebrauchtwerden» in der neuen Gesellschaft. 1945 machte ihnen die KPD auch Mut für ihre Überlegungen.

«Nie wieder Krieg von deutschem Boden» war der Ausgangspunkt aller fortschrittlich, humanistisch und politisch handelnden Akteure in der SBZ. Die konsequente Umsetzung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte und die Schaffung von Voraussetzungen für ein besseres Leben in Deutschland waren Maxime. Alle gesellschaftlichen Kräfte, darunter Humanisten, Demokraten, Gewerkschafter, die fortschrittliche bürgerliche Mitte und die Bauern, waren aufgerufen, dieses Land neu aufzubauen. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 war dazu die Grundlage, beginnend mit der Schaffung der lebensnotwendigsten Bedingungen und Infrastrukturen (Wasser, Strom, Lebensmittel, Wohnungen, Kleidung etc.). All das und vieles mehr stand auf der Agenda der KPD und anderer in der SBZ zugelassenen Parteien. Im Aufruf der KPD wurden unter anderem «die ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative» und auch «der Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung» als Aufgaben formuliert.² Die Privatindustrie, der private Einzelhandel und die Handwerksbetriebe hatten großen Anteil an der Wiederherstellung erträglicher Lebensverhältnisse für die Menschen in der SBZ nach dem Krieg. Ohne ihren Mut und ihre Initiativen, ohne ihren betrieblichen Erfahrungsschatz und unternehmerischen Stolz, aber auch ohne ihren Willen zum eigenen Überleben und dem der eigenen Familie wäre das nicht möglich gewesen.

Gemäß den Festlegungen des Potsdamer Abkommens und für den Aufbau einer für die Zukunft notwendigen sozialistischen Industrie waren die Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Nr. 124 und 126 vom Oktober 1945 unter anderem über die vorläufige Beschlagnahmung des Eigentums beziehungsweise von Betrieben von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern von Bedeutung. Denn das war eine wesentliche Voraussetzung, «die revolutionäre Umwälzung konsequent fortzusetzen und eine stabile ökonomische Basis für die neuen demokratischen und künftig sozialistischen Verhältnisse zu schaffen».³ Die KPD/SED forcierte ihre Arbeit in den Sequesterkommissionen in den Länderverwaltungen, die über Enteignung oder Rückgabe der Betriebe an die Eigentümer entschieden. Insgesamt 9.281 Betriebe und Unternehmen⁴ wurden bis zur Beendigung der Enteignungswelle 1949 in Volkseigentum überführt. Zweifelsohne gab es eine Reihe von Enteignungen, die nicht den Vorgaben der SMAD entsprachen und willkürlich aus unterschiedlichen Motiven, etwa aufgrund von Denunziantentum, Neid und Übereifer der Mitarbeiter in den damaligen Verwaltungen, erfolgten. Die hohe Anzahl an Rehabilitierungen ab Mitte der 1980er Jahre durch die damalige Regierung der Sowjetunion verdeutlichte das. Eine weitere Basis für die Entstehung volkseigener Betriebe waren Übersiedlungen der Betriebseigentümer in die westlichen Zonen Deutschlands oder Betriebsaufgaben aus den unterschiedlichsten Gründen.

Von 1945 bis 1950 fiel der Anteil des Privatsektors in der SBZ auf 44,7 Prozent, der des volkseigenen Sektors stieg auf 49,2 Prozent.⁵ Der Anteil der Privatbetriebe an der industriellen Bruttoproduktion sank von 43,7 Prozent im Jahr 1947 auf 25,0 Prozent im Jahr 1950.⁶ Die 1950 noch bestehenden 17.500 kapitalistischen Industriebetriebe in der DDR leisteten aber mit einem Anteil von 28 Prozent an der Konsumgüterproduktion, 48 Prozent in der

holzverarbeitenden Industrie, 73 Prozent in der Textil- und Konfektionsindustrie, Leder- und Schuhproduktion sowie der Rauchwarenindustrie und 30 Prozent in der Lebensmittelindustrie einen unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung.⁷

Der Druck auf die Privatindustrie wurde 1952/53 weiter verstärkt. So erhielten deren Eigentümer 1953 keine Lebensmittelkarten mehr, hatten keinen Anspruch auf Mitgliedschaft in der Kranken- und Sozialversicherung und wurden noch schärferen Kontrollen durch die Verwaltungsorgane unterzogen, verbunden mit einer öffentlichen Kriminalisierung des privaten Unternehmertums. Etwa 3.200 Privatbetriebe gaben in den beiden Jahren 1952 und 1953 auf. Der Anteil des Privateigentums an der Nettoproduktion betrug 1960 nur noch 22,7 Prozent, halbierte sich also im Laufe der 1950er Jahre.⁸

Es war wohl die restriktivste Phase des Kampfes der SED gegen die Privatindustrie nach Gründung der DDR. Sie hatte ihre wesentliche Ursache unter anderem in den Beschlüssen der SED auf der 1952 stattgefundenen 10. Tagung des ZK über «Lehren des XIX. Parteitagess der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der DDR». Walter Ulbricht hatte hier dazu aufgefordert, das Tempo des «erfolgreichen Aufbau[s] des Sozialismus in der DDR [...] mit unserer Partei an der Spitze [...] zu beschleunigen».⁹ Dahinter stand eine völlig falsche Beurteilung der gesellschaftlichen Realitäten. Von Bedeutung war ebenfalls die von Stalin auf dem XIX. Parteitag der KPdSU getroffene Feststellung über eine «gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes» in der Welt. Walter Ulbricht nahm diese These zum Anlass und stellte fest: «Es ist zu beachten, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen

Die kapitalistischen Industriebetriebe in der DDR leisteten einen unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung.

müssen.»¹⁰ Er sprach dann von einer «Beschränkung der kapitalistischen Elemente»¹¹ und meinte damit die privatkapitalistischen Betriebe und kleinen Warenproduzenten. Die Konsequenz waren neue Steuergesetze und andere einengende Maßnahmen für diese Unternehmen. Die Folgen dieser Herangehensweise der SED ließen nicht lange auf sich warten und mündeten auch in den Unruhen des 17. Juni 1953. Eine Abkehr von dieser Politik war unumgänglich. Besonders deutlich wurde das in einem Beschluss des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953 «Über die Lage in der DDR». Hier wird vornehmlich die Ursache der Situation in der DDR im «falschen Kurs auf den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR» zurückgeführt. Kritisiert werden «die Verdrängung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land durch direkten oder indirekten ökonomischen, administrativen oder anderen Druck».¹² Ganze Abschnitte im Beschluss betreffen Empfehlungen an die SED, Beschlüsse zurückzuziehen, die Einschränkungen der Produktionsfähigkeit der Privatindustrie und des Handwerks nach sich zu ziehen drohten, um die Versorgung der Bevölkerung wieder zu stabilisieren. Generell stellt sich die Frage, ob überhaupt eine, auch theoretisch untermauerte Bündnispolitik der KPD/SED mit Privatunternehmen gewollt war. In den offiziellen Dokumenten der KPD und später SED sind solche Ansätze nicht zu finden. Für sie waren die kleinen privaten industriellen und Handwerksbetriebe «Muttermale der alten Gesellschaft», die in den Entwicklungsphasen der neuen sozialistischen Gesellschaft noch notgedrungen existierten. Das strategische Ziel bestand aber von Beginn an ihrer Überwindung.

Das Ausbleiben einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Privatindustrie in der DDR geht meines Erachtens auf verschiedene objektive und subjektive Faktoren zurück. Ausschlaggebend waren folgende:

1. Einer bestimmten Interpretation der marxistisch-leninistischen Theorie folgend, war die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ein Kern des Handelns der SED. Zwar war sie sich im Klaren darüber, dass es dazu noch Zeit brauchte, denn der Aufbau einer eigenen sozialistischen Produktion benötigte ebenfalls Zeit und war mit vielen Problemen sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur verbunden. Gleichzeitig herrschte «revolutionäre Ungeduld» und auch eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich vieler theoretischer und praktischer Fragen, was den Aufbau des Sozialismus nach Gründung der DDR und die Beendigung der «antifaschistisch-demokratischen Umwälzung» in der SBZ angeht. Der Beginn des Kalten Krieges und damit auch der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung, insbesondere mit der BRD, aber auch die feste politische und ökonomische Bindung an die Sowjetunion stellten die SED vor schwierige Herausforderungen. Theoretisch war klar, dass sozialistische und kapitalistische Warenproduktion in dieser Phase der Entwicklung der DDR nebeneinander existieren würden. Der marxistisch-leninistischen Theorie zufolge bedeutete das auch die Festigung kleinbürgerlicher Denkweisen, die man als dem Sozialismus wesensfremd betrachtete. Das galt es zu minimieren. Auch Befürchtungen einer möglichen Rekapitalisierung der Gesellschaft musste man entgegenwirken. Die noch vorhandene Privatindustrie hätte aber einer solchen Rekapitalisierung bei gleichzeitiger weiterer Festigung der Macht der Partei in der Gesellschaft gar keine Grundlage bieten können.

Gewinnstreben gab es bei beiden Produktionsformen, jedoch mit Unterschieden bei der Gewinnentstehung und -verteilung. Gewinnstreben und Konkurrenz als Triebkräfte der Entwicklung des Kapitalismus sollten jedoch eliminiert werden, ohne sich mit der Geschichte dieser gesellschaftlichen Produktivkräfte auseinanderzusetzen beziehungsweise zu erkennen, welche enormen technischen Entwicklungen sie bisher hervorgebracht hatten. Viele Privatunternehmen erwiesen sich als wirtschaftlich effizient und innovationsfähig. Die betriebswirtschaftlichen Erfahrungen der Unternehmer, aber auch ihre Willenskraft und Einsatzbereitschaft ermöglichten es ihnen, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die staatlich eingeschränkten Belegschaftsgrößen verliehen ihnen mehr Beweglichkeit und Flexibilität. Sie erreichten dies trotz Benachteiligungen bei den Materialzulieferungen, strenger steuerlicher Auflagen und Kreditbeschränkungen. Erfahrungen aus den kleinen oder auch mittelständischen Unternehmen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Kostennutzenrechnung oder der Arbeitsorganisation, für die volkseigenen Betriebe zu nutzen, war nicht gewollt und hätte Fragen bezüglich der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise, was das auch immer sein sollte, aufgeworfen.

2. Die SED war «Gefangene» ihrer marxistisch-leninistischen Theorie, der darin dargestellten Gesetzmäßigkeiten des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus und deren dogmatischer Umsetzung. Das Modell der Sowjetunion, entstanden aus einer kriegskommunistisch geprägten leninistischen Theorie, welches auf die damaligen sozialistischen Länder übertragen wurde, scheiterte. Einen eigenen Weg, neue theoretische Ansätze zu suchen und anzuwenden, war in dieser spezifischen historischen Situation jedoch kaum mög-

lich beziehungsweise die KPdSU hätte dies nicht zugelassen. Immer wieder traten erkennbare theoretische Unsicherheiten in Bezug auf die einzelnen Phasen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR auf. Die Suche nach Antworten in der marxistisch-leninistischen Theorie, ihre Anwendung auf die konkreten damaligen Bedingungen in der DDR, brachten einen Zickzackkurs beim sozialistischen Aufbau hervor, sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht. Davon zeugen unter anderem der oben kurz geschilderte Umgang mit der bestehenden kapitalistischen Privatindustrie bis 1953, ihre dann wieder erfolgte Förderung, die Schaffung der halbstaatlichen Betriebe in den 1960er Jahren, deren endgültigen Enteignungen 1972 und der Versuch, mit dem «Neuen Ökonomischen System des Sozialismus» (NÖS) ab Mitte der 1960er Jahre neue Wege zu gehen und Sozialismus und Markt sowie Preispolitik und planwirtschaftliche Elemente zu verbinden (die aber mit dem VIII. Parteitag der SED dann wieder beendet wurden). Der Weiterbestand der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und der Handwerksbetriebe in der DDR bis zur Wende zeigt aber auch, dass es der SED möglich war, bestimmte Organisationsformen und soziale Schichten in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft einzubeziehen und zu integrieren.

3. Die Entscheidung, die SED zu einer Partei neuen Typus nach dem leninistischen Vorbild zu entwickeln, und damit die Errichtung der Diktatur des Proletariats, gehört zu den einschneidendsten Beschlüssen der 1. und 2. Parteikonferenz der SED. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurde der Einfluss der SED auf die konsequente Umsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Vorgaben verstärkt, mit dem Ziel des «beschleunigten Aufbaus

des Sozialismus in der DDR». Innerparteiliche Kampagnen gegen Revisionisten und Parteifeinde, demokratischer Zentralismus und unbedingte Parteidisziplin als Konsequenz aus der «gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes» waren an die Stelle einer pluralistischen demokratischen Debatte über Wege und Ziele im Sozialismus getreten. Die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie aber war ohne innerparteiliche Demokratie überhaupt nicht denkbar. Die «geistige Vorherrschaft» einer kleinen Führungsgruppe in der Partei, gestützt durch einen entsprechenden Parteiapparat, ließ neue Gedanken oder Alternativen für eine neue Gesellschaft nicht zu.

Es gab notgedrungen «Bündnisse» mit den Bauern oder mit anderen Parteien des sogenannten Demokratischen Blocks, aber diese erlaubten keine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und keinen Interessenausgleich der einzelnen sozialen Gruppen in der Gesellschaft. Für die SED war die Bündnisfrage eine Frage der Macht und geprägt von ihrem monopolisierten und administrativen Führungsanspruch.

Welche möglichen Lehren lassen sich für die heutige Linke nun aus dem damaligen Umgang der SED mit kleinen Unternehmern, Selbstständigen und Handwerkern ziehen?

Sind heute konstruktive Bündnisse denkbar? 99,6 Prozent aller Unternehmen in Deutschland, das heißt 3,7 Millionen werden dem Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugeordnet.¹³ In ihren Betrieben arbeiten 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die für 37 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschlands verantwortlich sind.¹⁴ Zu den etwa 3,7 Millionen KMU kommen weitere 4,4 Millionen Selbstständige und Solo-Selbstständige¹⁵ hinzu, deren Zahl sich auch weiterhin spürbar erhöhen wird, insbesondere im Dienstleistungsbereich, aber auch durch weiteres Outsourcing der großen Konzerne. Wir sprechen hier also

von einem erheblichen gesellschaftlichen Potenzial. So wie sich die Gesellschaft insgesamt immer stärker in Arm und Reich spaltet, vollzieht sich auch im Unternehmertum eine Polarisierung zwischen den großen Unternehmen und Konzernen auf der einen und den kleinen und Kleinstunternehmen (KKU) sowie einem großen Teil der Selbstständigen auf der anderen Seite. Der Spruch «Handwerk hat goldenen Boden», in dem das Versprechen von Wohlstand und Selbstbestimmung anklingt, wird immer mehr zu einer verklärten Rückbesinnung auf die Zeiten des «(west-)deutschen Wirtschaftswunders» in den 1960er Jahren. Diese Zeiten sind für viele Kleinunternehmen und Selbstständigen, egal wo sie geografisch angesiedelt sind, schon lange vorbei. Auswüchse der globalen Finanzkrise wie Investitionsstau, verschuldete Kommunen, verschärfte Kreditbedingungen und eine stärker werdende Prekarisierung treffen viele Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige genauso hart wie viele Arbeitnehmer. Das wird aber von der Öffentlichkeit nur beschränkt wahrgenommen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass die zur Mittelschicht gehörenden kleinen und mittleren Unternehmer sowie Selbstständigen nicht unbedingt auf einen demokratischen Sozialismus warten. Eine antikommunistische Einstellung unter ihnen ist aus den verschiedensten Gründen in Ostdeutschland wie in Westdeutschland gleichermaßen vorhanden. Einerseits geht es vielen der Unternehmer und Selbstständigen gut, und sie sehen keinen Grund für grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen im Land, andererseits herrschen auch hier Ängste vor einem sozialen Absturz. Das hat bisher nicht zu einer stärkeren Politisierung dieser Schicht geführt, zumindest nicht öffentlich erkennbar. Im Gegenteil: Vielfach ist Hilflosigkeit und Skepsis zu spüren, man sieht nicht die Möglichkeit, grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen durchzusetzen. In den traditionellen Unternehmerverbänden, von

OWUS abgesehen, sowie in den Kammern und Innungen wird weiterhin der Neoliberalismus «angebetet», was von vielen kleinen Unternehmern akzeptiert wird.

Das Programm der Partei DIE LINKE widmet den kleinen und mittleren Unternehmen einen kurzen Abschnitt unter der Überschrift «Demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts». Dort steht unter anderem: «Grundsätzlich gehört zur pluralen Eigentumsordnung des demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmen.» Ein nunmehr eindeutiges Bekenntnis in dieser wichtigen Frage ist, wie die Geschichte zeigt, aber verbunden mit einem zähen und widersprüchlichen Kampf in der Partei über die Position der Linken zum Unternehmertum. Zugleich haben sich Entwicklungen bei der Zusammenarbeit der Linkspartei mit kleinen und mittleren Unternehmen vollzogen, auf denen man aufbauen kann und die es weiterentwickeln gilt. Ich möchte hier einiges des bisher schon Erreichten nennen:

- Thematisierung wichtiger gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die KMU im Bundestag durch die Linksfraktion, wie die Mehrwertsteuer,¹⁶ verbesserte Kreditbedingungen, die Abflachung der Progression in der Einkommensteuer oder die Absenkung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienst- und Handwerkerleistungen.
- Gemeinsame internationale Tagung zur Lage der europäischen KMU.
- Aktion von Bundestagsabgeordneten der Linkspartei am Brandenburger Tor für unverschuldet von Insolvenz bedrohte, hungerstreikende Handwerker, die einen besseren Schutz gegenüber säumigen Auftraggebern forderten.
- Bildung von Arbeitsgruppen linker Unternehmer im Rahmen der Parteistruktur der Linkspartei.
- Gründung eines «Linkes Wirtschaftsforums Berlin Marzahn-Hellersdorf» und Durchführung regelmäßiger Treffen mit Unterneh-

mern des Bezirkes zum «Unternehmerfrühstück», nunmehr seit 17 Jahren.

- Auftreten von Vertretern des Unternehmerverbandes OWUS bei Beratungen der wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der Linkspartei.
- Beschluss der Bundestagsfraktion vom Januar 2013 über die Notwendigkeit der Verbesserung der sozialen Absicherung der KMU und Anregungen zu einer gesellschaftlichen Debatte zum «Mindesthonorar für Solo-Selbstständige» durch den Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, im Jahr 2015.¹⁷

Sicherlich wäre noch mehr zu nennen. All das ist auch der aktiven Unterstützung unserer Gründungsvorsitzenden und langjährigen Bundestagsabgeordneten, Frau Prof. Dr. Christa Luft, und dem heutigen Minister für Justiz in Brandenburg und ehemaligen Europaabgeordneten der Linkspartei, Dr. Helmuth Markov, zu verdanken, die sich in ihren Gremien immer vehement für die Interessen der KMU eingesetzt haben. Als gemeinwohlorientierter Unternehmerverband OWUS halten wir es für erforderlich, nach neuen Wegen und Ansätzen der Zusammenarbeit mit linken Kräften zu suchen, die den heutigen Erfordernissen politischen Handelns entsprechen. Die Linkspartei hat ein Manifest der beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger nach dem «Zukunftskongress 2015» veröffentlicht, dessen Inhalt meines Erachtens jedoch zu wenig realitätsbezogene Ansätze für die konkrete politische Arbeit der Partei für das Heute aufzeigt. Vielleicht war das auch nicht bezweckt, aber es gibt zu bedenken, wenn dort formuliert wird: «Die Entwicklung von Syriza und Podemos hat außerdem gezeigt, dass eine Partei in sozialen Bewegungen und Kämpfen wichtige Funktionen einnehmen kann, wenn sie diese unterstützt und nicht instrumentalisiert. Die Perspektive einer verbindenden Partei ermöglicht es, den Horizont der Organisationsform Partei zu weiten und eine emanzipatorische Politik zu

entwickeln, die darauf zielt, unterschiedliche Gruppen und Milieus mit der Perspektive auf eine Überwindung des neoliberalen Kapitalismus zu verbinden.»¹⁸ Kleine und mittleren Unternehmen sowie Selbstständige sind sicherlich Teil dieser «unterschiedlichen Gruppen und Milieus», die immerhin 99,7 Prozent der bestehenden Unternehmen in Deutschland ausmachen. Sie sollten einen gewichtigen Platz in der politischen Arbeit der Linkspartei einnehmen. Deshalb schlagen wir der Linkspartei vor, sich gemeinsam mit uns folgenden Fragen zu widmen:

1. Was bedeutet eigentlich alternative Wirtschaftspolitik in der heutigen Zeit? Wie plausibel kann ich sie so darstellen, dass sie die Interessen der KMU widerspiegeln und damit Chancen ihre Mitwirkung erlangen? Fragen der Wirtschaftsdemokratie, die die Belange der Führung eines Unternehmens substanziell berühren, haben zum Beispiel auf der «Linken Woche der Zukunft» am 23. bis 26. April 2015 in Berlin einen breiten Raum eingenommen. Ohne Vertreter von Unternehmen in die Diskussion über das Für und Wider und die konkrete Machbarkeit von bestimmten Vorschlägen einzubeziehen, kann der wirtschaftstheoretische Ansatz der LINKEN aber schnell im Bereich des Utopischen landen. Hier könnte eine Podiumsreihe zum Thema «Was bedeutet linke Ökonomie heute?» helfen, diesbezüglich mehr Klarheit und Realitätsbezogenheit in die politische Herangehensweise zu bringen. Gemeinsam mit weiteren fortschrittlichen Unternehmerverbänden, Stiftungen, Gewerkschaften, Kammern und Innungen, Gewerbevereinen, kommunalen Verbänden und KMU sowie Selbstständigen eine solche Veranstaltungsreihe durchzuführen, wäre ein für alle Beteiligten wichtiges und sicher auch öffentlichkeitswirksames Signal, mit dem die Linkspartei auch ihre wirtschaftspolitische Kompetenz unter Beweis stellen könnte.

2. Wie kann man gemeinsam gegen die sich weiter verschlechternden Arbeits- und Lebensverhältnisse vieler Klein- und Kleinstunternehmer sowie Solo-Selbstständigen vorgehen? Eine Strategie in dieser Hinsicht würde auch immer noch bestehende Ressentiments vieler Mitglieder und Funktionäre gegenüber den KMU abbauen helfen. Die Feststellung von Gregor Gysi auf einer Zusammenkunft mit Unternehmen in Berlin-Adlershof 2014, dass die kleinen Unternehmen keine Lobby hätten, trifft zu und sollte für die Partei zum Anlass genommen werden, sich dieser wirtschaftlich bedeutenden Schicht stärker zuzuwenden. Denkbar wäre, bei der Bundestagsfraktion beginnend und in den Landtagsfraktionen fortgeführt, eine Grundsatzdebatte über die wirtschaftliche und soziale Lage mit den kleinen und Kleinstunternehmen sowie Solo-Selbstständigen zu führen, also aus erster Hand zu erfahren, wie sich ihre Situation darstellt und was zur Verbesserung der Rahmenbedingungen getan werden könnte. Dementsprechende Anfragen an die derzeit gewählten Regierungen in den Landtagen könnten helfen, mehr öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erzielen. Zum Beispiel wurde in Thüringen unter Führung von Bodo Ramelow in den vergangenen Jahren stärker der Fokus auf einen Dialog mit den KMU gelegt. Bei den Thüringer Landtagswahlen zeigte das Handwerk auch entsprechende zustimmende Signale für einen Politikwechsel. Der Gedankenanstoß zu einem Mindesthonorar für Solo-Selbstständige wäre ebenfalls geeignet, eine breitere Debatte über die Machbarkeit alternativen Wirtschaftens zu führen.
3. Wie kommen wir zu mehr Kontinuität und Zuverlässigkeit der Linken im Umgang mit den KMU und Selbstständigen? Was die kleinen Unternehmen als Erstes brauchen, sind nicht unbedingt utopische Vorstellungen von einem «Morgen oder Übermorgen» eines angestrebten demokratischen Sozialismus. Sie wollen engagiert und kreativ in ihren kleinen Firmen arbeiten, ihre Selbstaussbeutung in Grenzen halten, ihre Familien von ihrer Arbeit ernähren können und im Alter nicht auf Almosen angewiesen sein. Ihr Beitrag für das «Hier und Heute» besteht im Angebot benötigter Dienstleistungen und Produkte, aber auch in der Schaffung von Arbeitsplätzen mit Löhnen, die ihren Möglichkeiten entsprechen. Politikverdrossenheit ist unter ihnen genauso verbreitet wie unter anderen Schichten und Gruppen der Gesellschaft. Insofern werden sie sich der Politik oder einer Partei wie der LINKEN nur annähern, wenn sie Ernsthaftigkeit, Ehrlichkeit, aber auch Sachverstand und Konsequenz erkennen, wenn es ihre Interessen berührt. Die Wirtschaft muss und wird nun einmal von den Unternehmern und ihren Unternehmen getragen. Sie sind wesentliche Akteure, und ihre soziale Lage sollte Ausgangspunkt des bündnispolitischen Handelns der LINKEN sein. Eine schrittweise Veränderung des gegenwärtig rücksichtslos agierenden Kapitalismus im «Hier und Heute» zu erreichen, die fortschreitende Ökonomisierung der Gesellschaft umzukehren, Grenzen der Kapitalverwertung zu ziehen, ist nicht ohne diese «wirtschaftliche Mitte», wie sie von den KMU repräsentiert wird, zu erreichen. Deshalb ist die Herangehensweise der LINKEN an dieses Potenzial von so großer Bedeutung.
4. Wie können wir die erforderliche erhöhte Aufmerksamkeit für die KMU erlangen und die Zusammenarbeit perspektivisch enger gestalten? DIE LINKE und ihre Fraktionen wären gut beraten, überall geeignete und kompetente Abgeordnete und Mitglieder auszuwählen, die sich um die Belange der KMU kümmern und als feste Ansprechpartner für sie und die Unternehmensverbände dienen sollen. Die derzeitige Situation ist diesbezüglich optimierungs-

fähig. Von einer abgestimmten Arbeit der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion in dieser Hinsicht kann nämlich nicht die Rede sein. In der Bundestagsfraktion gibt es dazu keine nachvollziehbaren Festlegungen, bei den Landtagsfraktionen sieht es gegenwärtig unterschiedlich aus. In Berlin und Brandenburg zum Beispiel haben wir gute Erfahrungen gesammelt, ebenso in Thüringen. Viele Kommunen und Gemeinden, die sich besonders für die Interessen von Kleinunternehmen einsetzen, haben mit der Initiierung regionaler Wirtschaftskreisläufe wichtige Voraussetzungen für stabile Arbeitsbedingungen geschaffen. Diese sollten ausgebaut und stärker öffentlich gemacht werden. Gerade in Flächenländern und in ländlichen Gebieten brauchen wir mehr gemeinsame Präsenz zur Unterstützung der kleinen Unternehmen und Selbstständigen. Es geht uns nicht um die Verkündung von Postulaten, sondern um ein direktes Zugehen auf die Unternehmen. «Offene Büros der Partei», wie im Manifest zum «Zukunftskongress 2015» formuliert, könnte unterstellen, dass die kleinen Unternehmern an die Partei herantreten sollen; aber das Zugehen auf Unternehmer ist genauso wichtig. Das erfordert einen veränderten Politikstil der Funktionäre und Mandatsträger, um erkennen zu lassen, dass die Linke eine «andere Partei» ist. Man könnte manchmal den Eindruck haben, die Partei sei mit ihrer gegenwärtigen Position in der deutschen Parteienlandschaft zufrieden. Wahlergebnisse auf Bundesebene zwischen acht und zehn Prozent scheinen für manche Funktionsträger ausreichend zur Gestaltung der eigenen Lebensplanung. Nun sind wir uns über den engen Gestaltungsspielraum einer Oppositionspartei im Klaren, aber gerade aus diesem Grund ist ihr Wirken vor Ort, das Erkennen der «tatsächlichen Betroffenheit» vieler kleiner Unternehmer und Selbstständigen

von Bedeutung. Ohne Frage wird von den Mandatsträgern der Linkspartei ein enormes Arbeitspensum abverlangt. Der bürgerliche Parlamentarismus bindet gewollt, aber vielleicht sollte man diese Art von Parlamentarismus (obwohl wir keinen besseren haben) nicht überbetonen und die kostbare Zeit noch intensiver für Kontakte zum «Souverän» nutzen. Er ist «Anstifter» von Bewegungen, die erst gesellschaftliche Veränderungen möglich machen. Steigende Politikverdrossenheit ist nicht gleichzusetzen mit politischem Unverstand in der Bevölkerung. Außerparlamentarische Arbeit, ein Begriff der bereits suggeriert, der bürgerliche Parlamentarismus sei die zentrale Säule der derzeitigen Demokratie, sollte wieder Flaggsschiff der politischen Arbeit einer linken Partei werden. Wenn Mittel- und Kleinunternehmer und Selbstständige erkennen, dass ihre Interessen gerade von linken Politikern verstanden und vertreten werden, könnten sie zu einem nicht zu unterschätzenden Verbündeten der LINKEN werden.

1 Vgl. hierzu Neues Deutschland vom 14.7.2015, S. 2, unter: <http://epaper.neues-deutschland.de/eweb/nd/2015/07/14/b/2/968552/>. 2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945–April 1946, Berlin 1959, S. 18 ff. 3 Geschichte der SED, Abriß, Berlin 1978, S. 133. 4 Ebd., S. 138. 5 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 105. 6 Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitag der SED, Berlin 1947, S. 545. 7 Statistisches Jahrbuch der DDR 1968, S. 123. 8 Statistische Jahrbuch der DDR 1990, S. 105. 9 Walter Ulbricht auf der 10. Tagung des ZK der SED, 20. bis 22. November 1952, Berlin 1952, S. 26. 10 Ebd., S. 48. 11 Ebd. 12 Scherstjanoi, Elke: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 46. Jg., Heft 3, München 1998, S. 543–546. 13 Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung der Unternehmensregister 2004 bis 2012, im Auftrag des IfM in Bonn, verschiedene Jahrgänge, Wiesbaden. 14 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Wirtschaftsmotor Mittelstand-Zahlen und Fakten zu den deutschen KMU, Berlin 2014. 15 Ebd. 16 Vgl. BT-Drucksache 14/1878 vom 27.10.99, Antrag der Fraktion der PDS «Bekämpfung der sinkenden Zahlungsmoral durch Änderung des Umsatzsteuerrechtes (§ 20 UStG)», unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/018/1401878.pdf>. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. 17 Vgl. www.neues-deutschland.de/artikel/985763.mindesthonorar-ein-vorschlag.html. 18 Kipping, Katja/Rixinger, Bernd: Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0, Berlin 2015, S. 13, unter: www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/die-kommende-demokratie-sozialismus-20/.

Kerstin Kassner und Felix Ehrenberg

LINKE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEN KOMMUNEN

Linke Wirtschaftspolitik ist sowohl in den Kommunen als auch im Bund und auf Landesebene häufig von einem schwierigen Abwägen zwischen hohen theoretischen und inhaltlichen Ansprüchen und realpolitischen Notwendigkeiten geprägt. Doch nirgendwo sind die Auswirkungen der Entscheidungen linker MandatsträgerInnen sowie hauptamtlicher VerwaltungsträgerInnen von so unmittelbarer Bedeutung im täglichen Leben der BürgerInnen wie in der Kommunalpolitik. Sie wirken sich unmittelbar auf Preise und Gebühren bei Leistungen der Daseinsvorsorge aus sowie auf die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten und die kommunale und regionale Wirtschaftsstruktur. Dabei müssen linke KommunalpolitikerInnen aufgrund bestehender Mehrheitsverhältnisse oftmals Kompromisse eingehen, in ihren Entscheidungen auf Haushaltslagen sowie problematische landes- und bundesgesetzliche Regelungen Rücksicht nehmen und zudem Ansprüche und Forderungen der Partei, ihrer Gliederungen und der Basis beachten. Mitunter gelingt es nicht, die realpolitisch notwendigen Entscheidungen in der kommunalen Wirtschaftspolitik mit Forderungen nach umfassender Vergesellschaftung, basierend auf eher theoretisch-abstrakten Überlegungen und Diskussionen, in Einklang zu bringen. In der konkreten kommunalpolitischen Arbeit vor Ort können jedoch wesentliche Kernpunkte linker wirtschaftspolitischer Vorstellungen

tatsächlich realisiert werden – wenn auch in kleinen Schritten. Dazu zählt nicht zuletzt der Vorrang des Öffentlichen vor dem Privaten. Auch sind Entscheidungen im Bereich der Daseinsvorsorge von erheblicher Bedeutung für die Bevölkerung. Aus diesen Gründen verdienen Überlegungen zu linker kommunaler Wirtschaftspolitik und damit auch zum unternehmerischen Handeln linker KommunalpolitikerInnen (auch kommunale Unternehmen sind Unternehmen) Raum und Aufmerksamkeit.

Im Folgenden soll unter anderem auch auf die besondere Verantwortung linker Kommunalpolitik bei öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen eingegangen werden. Dies ist ein wesentliches Instrument zur Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen. Des Weiteren werden regionale Wirtschaftskreisläufe Beachtung finden ebenso wie die Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmerverbänden. Eine zentrale Rolle in der linken Konzeption von Wirtschaftspolitik in Kommunen nimmt die Daseinsvorsorge ein. Dieser Punkt wird auch unter dem Aspekt des Trends zur Rekommunalisierung betrachtet. Zudem soll untersucht werden, welche Rolle die Wirtschaftspolitik der Linksfraktionen auf Landesebene für die Bemühungen linker MandatsträgerInnen auf der lokalen Ebene spielen. Abschließend soll der Versuch unternommen werden, Unterschiede zu anderen politischen Kräften im Feld der kommunalen Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten.

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen sind ein wesentliches und in Kommunen mit umfangreichen Privatisierungen in der Vergangenheit beinahe

Mitunter gelingt es nicht, realpolitisch notwendige Entscheidungen in der kommunalen Wirtschaftspolitik mit Forderungen nach umfassender Vergesellschaftung in Einklang zu bringen.

das einzige Mittel, um unmittelbar Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Kommune zu nehmen. Zugleich kommt insbesondere den Mitgliedern der Linksfraktionen in den kommunalen Vertretungen die besondere Verantwortung zu, hierbei wichtige Punkte linker wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Vorstellungen zu berücksichtigen. Konsens besteht in den kommunalpolitischen Vorstellungen von LINKEN in Bund und Ländern darüber, dass in den Kommunen die öffentlichen Ausschreibungen an bestimmte soziale Mindeststandards gebunden sein müssen. Teilweise werden Lohnuntergrenzen, die sich an den linken Mindestlohnforderungen orientieren, oder tarifliche Beschäftigungsverhältnisse in den Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, gefordert. Dies kann als allgemeine Grund- und Mindestforderung für linke kommunale Wirtschaftspolitik gelten. Darüber hinaus ist es natürlich wünschenswert und sinnvoll, Aufträge der Kommunen an Unternehmen innerhalb der Regionen zu vergeben. Auch dies stellt faktisch eine direkte Förderung der kommunalen Wirtschaft dar. Vor diesem Hintergrund bleibt die weitere Entwicklung der rechtlichen Situation mit Blick auf etwaige Freihandels- und Dienstleistungsabkommen abzuwarten. Für die Praxis der Auftragsvergabe an Unternehmen aus Kommune und Region stellen diese eine erhebliche Bedrohung dar. Insgesamt muss es Ziel linker Kommunalpolitik sein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen zu nutzen, um Unternehmen aus den jeweiligen Kommunen und Regionen, die sozial und ökologisch nachhaltig arbeiten und damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung vor Ort leisten, zu unterstützen. Natürlich sind dabei sämtliche vergaberechtlichen Vorgaben zu beachten. Die Verteidigung der Freiheit der Kommunen, Ausschreibungen regional vorzunehmen und gegebenenfalls Unternehmen aus den Regionen und Kommunen zu bevorzugen, findet dabei allerdings auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene statt.

Gestaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Die Schaffung beziehungsweise Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen ist das erklärte Ziel linker Kommunalpolitik. Dies findet sich so auch in den verschiedenen kommunalpolitischen Grundsätzen und Leitlinien der einzelnen Landesverbände der Partei. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass dieser Weg langfristig wesentlich besser dazu geeignet ist, Arbeitsplätze in der Region zu sichern als das Anwerben großer Unternehmen durch Subventionen der Länder. Gefordert wird also für die kommunale Wirtschaftspolitik eine Abkehr: weg von der einseitigen Förderung von Exportorientierung hin zu vernetzten Produktionsprozessen, die die Wertschöpfung in der ganzen Region stärken. Auffällig in der Argumentation der AutorInnen linker Konzepte zur Kommunalpolitik ist, dass die Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe zwar regelmäßig hervorgehoben, aber nicht weiter konkretisiert wird. Dies ist allerdings weniger mangelnden Vorstellungen von der Umsetzung solcher Vorhaben geschuldet als eher dem Umstand, dass KommunalpolitikerInnen in der Regel «lediglich» als NetzwerkerInnen auftreten. Sie können die regionalen Unternehmen auf entsprechende Möglichkeiten zur Abstimmung ihrer Produktionsprozesse hinweisen und eine Rolle in der Kommunikation zwischen ihnen und anderen Akteuren übernehmen. Dies gestaltet sich je nach Situation vor Ort völlig unterschiedlich. Einen «Fahrplan» für die administrative Umsetzung solcher Vorhaben – etwa über Verwaltungsvorschriften – kann es aus nachvollziehbaren Gründen nicht geben. Linke KommunalpolitikerInnen sind insbesondere bei der Schaffung und Anregung von regionalen Wirtschaftskreisläufen auf gute Kontakte zu regionalen Unternehmen und deren Leitungen angewiesen. Konkret geht es für linke KommunalpolitikerInnen – vor allem wenn sie als gewähltes Führungspersonal der Kommunalverwaltung

gen hauptamtlich tätig sind – darum, feste Netzwerke zu schaffen, die neben den kleinen und mittleren Unternehmen der Region und ihren Verbänden auch Hochschulen und Gewerkschaften miteinschließen sollten. Die Bildung solcher Netzwerke, die einen regelmäßigen Austausch und eine dauerhafte Zusammenarbeit ermöglichen, gilt es gezielt zu fördern und zu stärken. DIE LINKE. Sachsen bezeichnet dementsprechend in ihren Kommunalpolitischen Leitlinien die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Kommune als «eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Wirtschaftspolitik». ¹ Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass Kommunen in den gleichen Regionen nicht länger untereinander um die Ansiedlung von Unternehmen und Investoren konkurrieren, so nachvollziehbar die Gründe dafür sein mögen. Langfristig profitieren alle Kommunen einer Region von einem aufeinander abgestimmten Handeln in der Wirtschaftspolitik. Direkte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sollten auf Branchen konzentriert werden, die die gewachsene Wirtschaftsstruktur der Region ergänzen und vervollständigen. Natürlich gehört es auch zum Bereich wirtschaftspolitischer kommunaler Kompetenz, für eine Verbesserung «weicher Standortfaktoren» zu sorgen. Eine attraktive Infrastruktur wie gut erschlossene Gewerbegebiete und eine angemessene Versorgung mit leistungsstarkem Breitbandinternet sind häufig ebenso entscheidend für Unternehmensansiedlungen und -gründungen wie ein bezahlbares Angebot an Kinderbetreuung.

Werfen wir einen Blick auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wirtschaftskraft des Landes ist hier stärker durch die Landwirtschaft geprägt, als dies in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist. DIE LINKE. regt daher in ihren Kommunalpolitischen Leitlinien des Landesverbandes an, gezielt Unternehmen zu fördern, die vor Ort die landwirtschaftlichen Produkte weiterverarbeiten und veredeln. Die Wertschöpfung in den

Regionen soll auf diese Weise gesteigert werden, zudem beabsichtigt man damit, auch gut bezahlte Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten. Allgemeiner heißt es zur Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe: «Wir unterstützen im Besonderen die regionale Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Derartige Wirtschaftskreisläufe stellen die Grundlage eines soliden Wachstums dar.» ² Diese Ausführungen zur Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung oder Initiierung regionaler Wirtschaftskreisläufe führen erfahrungsgemäß bei Linken – unabhängig von der konkreten parteipolitischen Bindung – mitunter zu Widerspruch. Doch gerade dieser Bereich zeigt, dass kommunale Wirtschaftspolitik der falsche Ort für die Umsetzung von schematischen Klassenkampfideen ist.

Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Unternehmerverbänden

Die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Unternehmerverbänden ist für linke KommunalpolitikerInnen ebenso notwendig wie (oftmals) schwierig. Notwendig, da ein aufeinander abgestimmtes Agieren und die Vernetzung sowohl mit den einzelnen Unternehmen als auch mit ihren Verbänden notwendige Voraussetzungen für die Schaffung und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sind (siehe oben). Schwierig, da die Gefahr einer zu großen Nähe besteht, die politisch unangenehme Folgen haben kann. Bei den insgesamt übersichtlichen Instrumenten einer aktiven Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene kann – wie oben beschrieben – eine direkte Einflussnahme auf wirtschaftliche Entwicklung nur mit den Unternehmen erfolgen. Der Kommune und ihren gewählten VertreterInnen kommt dabei meist «lediglich» eine Mittlerrolle zu. Ohne gegenseitiges Vertrauen zwischen KommunalvertreterInnen und lokaler beziehungsweise regionaler Wirt-

schaft ist dies nicht möglich. Natürlich vertreten die Verbände, in denen die Unternehmen vor Ort organisiert sind, auch eine politische Agenda, die der der Partei DIE LINKE. in aller Regel völlig entgegensteht. Die Gefahr, sich im ständigen, vertrauensvollen Austausch einen Teil der Argumentation dieser Verbände zu eigen zu machen, ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Zudem wird mitunter von einigen Funktionären der Verbände ein Kontakt zu VertreterInnen der Linkspartei und kommunalen Linksfraktionen als unerwünscht betrachtet.

Insgesamt wird in Mecklenburg-Vorpommern die Kooperation mit Unternehmen auf kommunalpolitischer Ebene wesentlich stärker betont, als dies in den Wirtschaftskonzeptionen der Partei DIE LINKE. auf übergeordneten Ebenen der Fall ist. So heißt es in den Kommunalpolitischen Leitlinien des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern: «DIE LINKE macht sich besonders stark für die sozial benachteiligten Einwohnerinnen und Einwohner [], aber auch [für] Selbstständige sowie Unternehmerinnen und Unternehmer in kleinen und mittleren Firmen, die jenseits von Konzerninteressen ihren Lebensunterhalt hart erarbeiten.»³ Natürlich ergibt sich diese Erkenntnis auch aus der kleinteiligen Unternehmensstruktur Ostdeutschlands und speziell Mecklenburg-Vorpommerns. Es handelt sich aber um mehr als um eine Gegenüberstellung von kleinen und mittleren Unternehmen einerseits und Konzernen andererseits oder um eine allgemeine Absichtserklärung. Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der lokalen und regionalen Wirtschaft findet bereits statt. Die Absicht, die lokale und regionale Wirtschaft zu stärken, wird immer wieder hervorgehoben: «Wir wollen bestehende Unternehmen stärken und neue für unser Land gewinnen.»⁴ Dabei wird natürlich vor allem positiv Bezug genommen auf Unternehmen, die sich durch einen sozial und ökologisch nachhaltigen Ansatz auszeichnen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Vernetzung und Zusammenarbeit linker KommunalpolitikerInnen mit Unternehmerverbänden auf lokaler und regionaler Ebene kein widernatürliches Bündnis ist. Für hauptamtlich Tätige ist sie ohnehin notwendig und für ehrenamtliche linke KommunalpolitikerInnen als Voraussetzung für eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik unerlässlich. Ob und in welchem Umfang Vernetzung und Kommunikation möglich sind, hängt dabei natürlich entscheidend von den jeweiligen involvierten Akteuren ab. Nicht zuletzt sollte auch erwähnt werden, dass eine intensive Zusammenarbeit mit Verbänden der regionalen Wirtschaft im Rahmen einer intensiven kommunalen Wirtschaftspolitik auch einen Beitrag dazu leisten kann, die Wirtschaftskompetenz der Partei DIE LINKE. zu stärken.

Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung

Einso deutlich mit linker Kommunalpolitik verbunden ist natürlich auch der Anspruch, die Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand erledigen zu lassen. Zudem kann vor allem über kommunale Unternehmen unmittelbar Einfluss auf die Kommunalwirtschaft genommen werden. In diesem Zusammenhang ist erfreulicherweise seit einigen Jahren deutschlandweit ein Trend zur Rekommunalisierung zu beobachten. Aus diesen Gründen verdient dieser Aspekt eine gesonderte Würdigung. Grundkonsens unter linken kommunalen VerantwortungsträgerInnen ist, dass die Kommunen über alle Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge eigenverantwortlich entscheiden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen sollen. Eine weitere Liberalisierung in diesem Bereich wird abgelehnt und die Rücknahme der bereits erfolgten gefordert. Diese Haltung ergibt sich auch aus den negativen Erfahrungen, die hier zum Beispiel mit Privatisierungen gemacht wurden. In der Regel führten diese zu höheren

Preisen beziehungsweise Gebühren für die Bevölkerung, zu schlechterem Service, der Entstehung von Angebotsmonopolen, weniger demokratischer Kontrolle, prekären Arbeitsverhältnissen sowie geringeren Einnahmen der kommunalen Haushalte. Die Privatisierung kommunaler Betriebe ist nach allgemeiner Übereinstimmung nicht mit einer linken kommunalen Wirtschaftspolitik zu vereinbaren.

Besonders kritisch wird im Nachhinein zum Beispiel das sogenannte Cross-Border-Leasing, das heißt die Vergabe von Konzessionen für Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge an ausländische Großunternehmen und Konzerne, gesehen. Das Ziel der kommunalen Daseinsvorsorge ist stets, öffentliche Güter für alle BürgerInnen zugänglich zu machen. Dazu heißt es in den Kommunalpolitischen Leitlinien der Partei: «Wir definieren Daseinsvorsorge als Grundversorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen.»⁵ Der Fokus liegt für die linke kommunale Wirtschaftspolitik im Bereich der Daseinsvorsorge eindeutig auf den kommunalen Unternehmen. Dabei wird ein umfangreicher Aufgabenkatalog der kommunalen Daseinsvorsorge definiert. Dazu zählen die Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswirtschaft, öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie Telekommunikation. Das heißt nach wie vor nicht, dass alle diese Bereiche zwingend von Unternehmen abgedeckt werden müssen, die zu 100 Prozent im Besitz einer oder mehrerer Kommunen beziehungsweise eines Kreises sind. Der entscheidende Punkt für diese Be-

reiche ist, dass die Versorgungssicherheit der Bevölkerung Vorrang vor Wettbewerbs- und Gewinnüberlegungen hat.

Die Bundestagsfraktion sieht die Rekommunalisierung auch als Möglichkeit zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die zwar Verfassungsrang hat, aber durch die teils äußerst desolate kommunale Haushaltslage stark gefährdet ist. Hier heißt es, die wirtschaftliche Betätigung der Kommune müsse rechtlich gesichert und gestärkt werden. «Sie ist zentraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung und damit zugleich des demokratischen und sozialen Rechtsstaats.»⁶ Ein regelmäßig vorgetragenes Argument für eine direkte wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in der kommunalen Daseinsvorsorge ist der Umstand, dass an kommunale Unternehmen keine Profiterwartung gerichtet sei. Sie müssten in der Regel nur aufwandsdeckend arbeiten. Die Erfahrung zeigt allerdings auch, dass Gewinne und Überschüsse der kommunalen Unternehmen oft für die Sanierung kommunaler Haushalte verwendet werden. Die Unterstützung der öffentlichen Haushalte durch öffentliche Betriebe, die mit Gewinnen arbeiten, ist natürlich nicht per se abzulehnen und einer Ausschüttung an private GesellschafterInnen im Bereich der Daseinsvorsorge definitiv vorzuziehen. Dennoch kann das auch dazu führen, dass die kommunalen VertreterInnen – auch der Linken – in den zuständigen Gremien darauf drängen, Gewinne an die Kommune abzuführen, die als Investition in den Unternehmen benötigt würden, um etwa den Service zu verbessern oder dauerhaft auf dem notwendigen Niveau zu erhalten.

Der Fokus liegt für die linke kommunale Wirtschaftspolitik im Bereich der Daseinsvorsorge eindeutig auf den kommunalen Unternehmen. Das heißt aber nicht, dass diese Unternehmen zwingend zu 100 Prozent im Besitz einer Kommune beziehungsweise eines Kreises sein müssen.

Kommunale Wirtschaftstätigkeit über Betriebe der öffentlichen Hand erfordert allerdings mehr als eine Entscheidung zur Erledigung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch öffentliche anstelle von privaten Unternehmen. Auch über die Rechtsformen der kommunalen Unternehmen ist zu entscheiden. Mit Blick auf konkrete Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten für die gewählten KommunalvertreterInnen kommt diesem Punkt entscheidende Bedeutung zu. Allerdings gibt es in diesem Bereich keine eindeutige Position unter linken KommunalpolitikerInnen. Zu unterscheidende Rechtsformen kommunaler Betriebe sind Fachbereiche, Regie- und Eigenbetriebe sowie privatrechtliche Unternehmensformen, die sich vollständig oder überwiegend im Eigentum der Kommune befinden. Hierzu heißt es in den Kommunalpolitischen Leitlinien: «Für uns haben der kommunale Eigenbetrieb und die Anstalt öffentlichen Rechts Vorrang vor anderen Rechtsformen, da sie den Einfluss der Kommunalvertretungen auf das Unternehmen sichern», und weiter: «Anderen Rechtsformen wird DIE LINKE nur dann zustimmen, wenn in den Gesellschaftsverträgen der kommunale Einfluss gesichert ist.»⁷ Teilweise werden auch die öffentliche Kontrolle kommunaler Betriebe durch öffentliche Rechenschaftspflicht und direkte Bürgerkontrolle gefordert. Von Bedeutung kann die Rechtsform eines kommunalen Unternehmens auch bei der Auftragsvergabe sein. Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes sind Aufträge nicht ausschreibungspflichtig, wenn sie komplett durch Unternehmen oder Betriebe erbracht werden, die sich vollständig im Besitz der öffentlichen Hand befinden. Eine Pflicht zur Ausschreibung besteht bei der Beteiligung privaten Kapitals. Die frühere kommunalpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Katrin Kunert, kritisierte in der 17. Wahlperiode in einer Rede im Plenum die Zunahme der privatrechtlichen For-

men kommunaler Betriebe mit dem Verweis auf die mangelnde Möglichkeit zur Kontrolle und Einflussnahme durch die Kommunen. Sie verwies darauf, dass auch kommunale VertreterInnen in Gremien kommunaler Unternehmen in privater Rechtsform der Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Gleichzeitig sei aber eine effektive Kontrolle ohne Transparenz und Informationen faktisch nicht möglich. Außerdem wird darauf verwiesen, dass bei einer möglichen Beteiligung privaten Kapitals fast immer ein Interessenkonflikt zwischen öffentlichem Zweck und maximalem Überschuss entstehe.⁸ Der Punkt der Rechtsform wird dabei von linken kommunalen Akteuren durchaus unterschiedlich bewertet. Während in den Kommunalpolitischen Leitlinien der LINKEN in Nordrhein-Westfalen der Standpunkt vertreten wird, die Rechtsform öffentlicher Unternehmen sei «zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer Mitbestimmung»,⁹ lehnt DIE LINKE. Baden-Württemberg Umwandlungen in private Rechtsformen als Vorstufe zu Privatisierungen und wegen mangelnder Kontrollmöglichkeiten ab.¹⁰

Wichtig ist es hierbei zu betonen, dass es nicht Ziel linker kommunaler Wirtschaftspolitik ist, durch die Erledigung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch Unternehmen in kommunalem Eigentum in Konkurrenz zu kleinen und mittleren Unternehmen zu treten. Die Praxis zeigt, dass privatisierte Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in aller Regel durch große überregionale Unternehmen und Konzerne übernommen werden. Für die regionalen Unternehmen sind also keine Verdrängungseffekte zu befürchten. Zudem sind kommunale Betriebe auch der lokalen Wirtschaft stärker verpflichtet als überregionale Unternehmen und Konzerne. Bei kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Rahmen der Erledigung ihrer Aufgaben Aufträge an Unternehmen der Region ergehen,

wesentlich größer. Damit tragen sie auch im privatwirtschaftlichen Bereich zur Sicherung von Beschäftigung bei.

In der praktischen Umsetzung darf sich linke Wirtschaftspolitik bei Rekommunalisierungsprojekten nicht in einer Veränderung der Eigentumsstruktur bei den betroffenen Unternehmen erschöpfen. Es geht nicht um ideologiegetriebene Auseinandersetzungen mit kommunalpolitischen Akteuren anderer politischer Orientierung. Mit einer Rekommunalisierung und mit kommunaler Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand werden zunächst nicht unmittelbar das Ziel eines Umbaus der Wirtschaftsordnung verfolgt. Es geht darum, Demokratie ebenso wie kommunale Selbstverwaltung zu stärken und Bürger- und Beschäftigteninteressen gerecht zu werden. Wichtig ist ein wahrnehmbarer Effekt in der Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Gelungen ist dies unter anderem in Brandenburg im Landkreis Uckermark. Die Müllversorgung – als klassischer Bereich der Daseinsvorsorge – war dort privatisiert worden. Ein überregionales Entsorgungsunternehmen konnte mit der Erfüllung dieser kommunalen Aufgabe zweistellige Renditen erzielen. Nach der erfolgreichen Rekommunalisierung konnten zum einen für die MitarbeiterInnen des sich nun in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmens Tariflöhne eingeführt und zum anderen die durch die BürgerInnen zu zahlenden Gebühren um 6,5 Prozent gesenkt werden. Erfolgreiche Rekommunalisierungsprojekte dieser Art sind ein Gewinn

Rekommunalisierung ist nur dann sinnvoll, wenn sie den Interessen der BürgerInnen und der Beschäftigten der Unternehmen dient – also mit Tarifbezahlung, gutem Service und niedrigen Gebühren einhergeht.

für die Kommunen, verstärken die Akzeptanz der wirtschaftlichen Betätigung durch die öffentliche Hand unter den BürgerInnen und erhöhen die Anerkennung der LINKEN als wirtschaftskompetente Partei.

Die Bedeutung kommunaler Betriebe und der Rekommunalisierung für eine linke kommunale Wirtschaftspolitik ist offensichtlich. Eine Möglichkeit zur direkten und unmittelbaren Einflussnahme auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Kommune ergibt sich nur über Betriebe, die im Eigentum der Kommune sind. Den Rechtsformen der Unternehmen kommt eine wichtige Bedeutung zu. Grundsätzlich sind Rechtsformen vorzuziehen, die ein Höchstmaß an demokratischer Kontrolle und an Einfluss durch die gewählten KommunalvertreterInnen ermöglichen. Dennoch ist eine private Rechtsform mit vollständiger oder teilweiser Beteiligung der Kommune einer rein privaten Eigentumsform im Bereich der Daseinsvorsorge vorzuziehen. Wie dargestellt, ist die kommunale Daseinsvorsorge ein Feld, in dem nach Ansicht der Linken eine wirtschaftliche Betätigung der Kommune unbedingt geboten ist. Zugleich zeigen die praktischen Erfahrungen, dass es um mehr als einen Wechsel oder eine Beibehaltung der Eigentumsstruktur geht. Rekommunalisierung oder die Verhinderung von Privatisierungen sind nur dann sinnvoll, wenn sie den Interessen der BürgerInnen und der Beschäftigten der kommunalen Unternehmen dienen – also mit Tarifbezahlung, gutem Service und niedrigen Gebühren einhergehen. Nicht zuletzt ist die Kommune auch das politische Betätigungsfeld, wo Auswirkungen politischer Entscheidungen oft am schnellsten und unmittelbar für die BürgerInnen sicht- und spürbar werden. Daher ergibt sich über eine direkte wirtschaftliche Tätigkeit der Kommune hier auch die Möglichkeit, grundlegende ideologische Vorbehalte gegen ein wirtschaftliches Engagement der öffentlichen Hand zu entkräften.

Der «Rasende Roland» auf Rügen als Beispiel für wirtschaftliche Betätigung durch die Kommunen und erfolgreiche Rekommunalisierung

Während meiner Tätigkeit als Landrätin auf Rügen spielte das Thema «wirtschaftliche Betätigung der Kommune» mehrfach eine Rolle. Beispielsweise wurde durch Teile des Kreistages über einen Verkauf des Rügener Personennahverkehrs nachgedacht, um Haushaltslöcher zu stopfen, was jedoch mit der Mehrheit des Kreistages und guten Argumenten (direkte Einflussnahme auf die Form der Daseinsvorsorge) verhindert werden konnte. Ein gutes Ergebnis von gemeinsamem Handeln von Kreistag und Verwaltung war die Rekommunalisierung der Rügenschon Kleinbahn im Jahr 2009. Die Deutsche Bahn hatte die Verantwortung für dieses technische Kleinod, das auch Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs ist, 1995 an den Landkreis übertragen. Der Landkreis übertrug jedoch den gesamten Fuhrpark umgehend an einen privaten Investor, mit der Auflage, den Verkehr weiterhin zu sichern und die Gewinne in den Ausbau der Infrastruktur (Schienen, Bahnhöfe etc.) zu stecken. Der Kreis blieb weiterhin formal der Eigentümer. Die Praxis in den ersten Jahren folgte diesen Vorgaben, später jedoch entzog der Investor dem Unternehmen die Gewinne. Der Ausbau der Gleisanlagen stagnierte mit dem Ergebnis, dass der Fahrbetrieb erst zeitweilig, später gänzlich eingestellt wurde. Aufgrund des fehlenden Nachweises der Leistungsfähigkeit kündigte der Landkreis den Vertrag und trat in Verhandlungen mit dem Unternehmer zum Rückerwerb von Lokomotiven und Waggons sowie weiteren technischen Notwendigkeiten ein. Mit Hilfe des Landes Mecklenburg-Vorpommern kam es nach mühseligen Verhandlungen zu diesem Rückkauf. Heute betreibt die Pressnitzer Eisenbahn, die eine entsprechende Aus-

schreibung gewonnen hat, den «Rasenden Roland» unter klaren vertraglichen Bedingungen, die vom Kreis kontrolliert werden. Bei Problemen würde ein anderer Betreiber beauftragt, alle Anlagen und Fahrzeuge verblieben im Eigentum des Landkreises. Damit wurde ein einzigartiges technisches Denkmal, das gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs ist, dauerhaft gesichert. Zur Freude von Einheimischen und Gästen der Insel Rügen fährt das Bähnchen und fährt und fährt ...

Bedeutung einer linken Wirtschaftspolitik auf Landesebene für die Kommunen

Natürlich sind die Bemühungen und Möglichkeiten für linke kommunale wirtschaftspolitische Ansätze begrenzt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen, für die überwiegend die Bundesländer verantwortlich sind. Aus diesem Umstand ergibt sich die Bedeutung der Wirtschaftspolitik der linken Landtagsfraktionen für die wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen und die Handlungsmöglichkeiten der kommunalpolitischen Akteure. Besonders günstig sind die Voraussetzungen dort, wo DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist oder diese selbst anführt. Eine Möglichkeit, von der Landesebene aus Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung zu nehmen, sind der Aufbau und die gezielte Förderung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, so geschehen zwischen 1998 und 2006, als die PDS an der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt war. Das Ziel liegt in der direkten Einflussnahme auf die eigenen Lebensbedingungen. Daraus ergeben sich natürlich auch positive Rückwirkungen auf die Kommunen. Im Allgemeinen ist eine enge Verbindung und Abstimmung der Wirtschaftspolitik der linken Landtagsfraktionen und der kommunalpolitischen Akteure geboten. In der Regel ist dies schon dadurch ge-

geben, dass viele Landtagsabgeordnete der LINKEN auch kommunalpolitisch aktiv sind. Im schlimmsten Fall (der allerdings eher unwahrscheinlich ist) steht die Politik einer Landesregierung unter linker Beteiligung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen entgegen beziehungsweise schränkt diese ein. Die allgemeine Zielrichtung muss natürlich darin bestehen, auf Landesebene alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Kommunen größtmöglichen Handlungsspielraum bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung und bei Vorhaben der Rekommunalisierung von privatisierten Dienstleistungen oder Infrastrukturen einzuräumen.

Linke kommunale Wirtschaftspolitik als Alleinstellungsmerkmal der Partei DIE LINKE.

Wirtschaftspolitisches Engagement auf kommunaler Ebene bietet der Partei DIE LINKE die Möglichkeit, jenseits der üblichen Rhetorik einen für die BürgerInnen klar erkennbaren Unterschied zu machen und sich damit gegenüber den anderen politischen Mitbewerbern und Konkurrenten zu profilieren. Tatsächlich wird von keiner anderen politischen Kraft dem Öffentlichen ein so deutlicher Vorzug vor Privatinitiative und privater Trägerschaft in verschiedenen Bereichen des Wirtschaftslebens eingeräumt. Dies spiegelt sich sowohl in diversen kommunalpolitischen Leitlinien als auch im konkreten Handeln der Akteure vor Ort im Bereich der Daseinsvorsorge wider. Erfolgreiche Rekommunalisierungsprojekte und der Erhalt öffentlicher kommunaler Unternehmen können erheblich dazu beitragen, die Akzeptanz der Partei sowie die ihr zugeschriebene wirtschaftliche Kompetenz zu erhöhen. Öffentliches Eigentum allein ist dabei kein Garant für eine Entwicklung im Sinne der BürgerInnen und Beschäftigten. Werden etwa kommunale Unternehmen zur Sanierung der

Kommunalhaushalte genutzt, kann das dazu führen, dass notwendige Investitionen in die Unternehmen unterbleiben und sich Service und Gebühren zum Nachteil der BürgerInnen entwickeln.

Linke kommunale Wirtschaftspolitik bewegt sich permanent in einem Spannungsfeld zwischen begrenzten Möglichkeiten und in der Regel überschaubaren Maßnahmen in der Praxis und den Vorstellungen, wie etwa wünschenswerte Entwicklungen der öffentlichen Betriebe in der Kommunalwirtschaft aussehen könnten. Die von der Partei DIE LINKE vertretenen und in den diversen kommunalpolitischen Leitlinien formulierten Positionen werden überwiegend nicht von den anderen relevanten politischen Kräften geteilt. Gerade in der Kommune ist ein erfolgreiches Agieren allerdings besonders auf Kompromisse angewiesen. Nichtsdestotrotz zeigen die praktischen Erfahrungen, dass wichtige Verbesserungen für BürgerInnen, Unternehmen und Beschäftigte in den Kommunen mit linken wirtschaftspolitischen Konzepten erreicht werden können. Auf diesem Feld können – trotz aller Hindernisse – linke Vorstellungen von Wirtschaft und Beschäftigung mit unmittelbaren Auswirkungen eher umgesetzt und gestaltet werden als auf anderen Ebenen.

1 Vgl. die Kommunalpolitischen Leitlinien der LINKEN Sachsen, unter: www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/A.1.Kommunalpolitische_Leitlinien.pdf. 2 Vgl. die Kommunalpolitische Leitlinien der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, unter: www.originalsozial.de/fileadmin/lv/Dokumente/LPT10-2008/Leitlinien.pdf. 3 Ebd. 4 Ebd. 5 Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE, unter: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/bielefelder-parteitag-2015/beschlusse-und-resolutionen/kommunalpolitische-leitlinien/. 6 DIE LINKE im Deutschen Bundestag: Themen / Kommunalpolitik, unter: www.linksfraktion.de/themen/kommunalpolitik/. 7 Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE. 8 Kunert, Katrin: Kommunale Unternehmen brauchen Transparenz und demokratische Kontrolle, 29.11.2012, unter: www.linksfraktion.de/reden/kommunale-unternehmen-brauchen-transparenz-demokratische-kontrolle/. 9 Kommunalpolitische Leitlinien der LINKEN in Nordrhein-Westfalen, unter: www.dielinke-nrw.de/index.php?id=15180. 10 Kommunalpolitische Eckpunkte der LINKEN in Baden-Württemberg, unter: www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/landesdokumente/dok-kommunalpolitische-eckpunkte.pdf.

Gerd Beck

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DAS WIRKEN KLEINER UND MITTLERER UNTERNEHMEN

Mit 99,7 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Betriebe stellen kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) die Mehrzahl aller Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland. In ihnen sind 65,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt und werden etwa 83 Prozent aller Lehrlinge ausgebildet. Sie bilden damit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Diese Kleinteiligkeit wird allgemein als ein wesentlicher Faktor für die Robustheit der deutschen Wirtschaft angesehen. Laut Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums gab es 2014 rund 309.000 Existenzgründungen im Vollerwerb sowie 251.000 Nebenerwerbsgründungen.¹ Mehr als jede zehnte Gründung erfolgte durch die Übernahme, die Erbfolge, den Kauf oder die Pacht eines Unternehmens. Trotzdem finden 43 Prozent der Seniorchefs in der BRD keinen Nachfolger. 23 Prozent der GründerInnen kommen mit einer Neuheit auf den Markt. Zu der oft in den Medien gepriesenen Gründerwelle gehört aber auch, dass es 2014 etwa 348.000 Liquidationen und Geschäftsaufgaben aus den unterschiedlichsten Gründen gab. Die Selbstständigenquote liegt bei rund 11 Prozent – das heißt, einer von zehn Erwerbstätigen ist selbstständig. Der Länderbericht Deutschland 2014 des Global Entrepreneurship Monitors (GEM) stellt fest, dass viele Rahmenbedingungen für GründerInnen in Deutschland ausgesprochen gut sind.² Als besondere Stärken werden benannt:

- eine gute physische Infrastruktur,
- öffentliche Förderprogramme,
- Schutz von geistigem Eigentum (z. B. über Patente),
- Wertschätzung neuer Produkte und Dienstleistungen,
- das Vorhandensein von Beratern und Zulieferern für Unternehmen.

Zu den wichtigsten Herausforderungen zählen: die Verbesserung der schulischen Gründungsausbildung, die Verankerung von Wirtschaftskompetenz und Entrepreneurship im Schulunterricht, die Anpassung gesellschaftlicher Werte und Normen im Sinne der Entwicklung einer positiven Unternehmerkultur, die Stärkung des Arbeitskräfteangebots für neue und wachsende Unternehmen, der Bürokratieabbau und die Schaffung von besseren Bedingungen für die Finanzierung insbesondere durch die Verfügungstellung von Wagniskapital. Das *Steuerberater-Magazin* zitiert Prof. Jens Blumenberg mit den Worten: «Niemand kommt nach Deutschland, um Steuern zu sparen. Unternehmen aus dem Ausland investieren in Deutschland, weil hier gut ausgebildete Leute zur Verfügung stehen, weil die Verwaltung gut funktioniert, weil wir Rechtssicherheit haben und die Infrastruktur im internationalen Vergleich solide ist.» Trotz dieser soliden Ausgangslage ist die Gründungsneigung jedoch seit Jahren rückläufig. Besonders die kleineren Betriebe und

Besonders die kleineren Betriebe und unter ihnen ganz besonders die sogenannten Solo-Selbstständigen fühlen sich in der Politik und Gesetzgebung unterrepräsentiert und mit ihren spezifischen Problemen allein gelassen.

unter ihnen ganz besonders die sogenannten Solo-Selbstständigen fühlen sich in der Politik und Gesetzgebung unterrepräsentiert und mit ihren spezifischen Problemen allein gelassen. Sie haben keine Lobby. Ein wesentliches Vorurteil gegenüber der LINKEN ist, dass sie nichts von Wirtschaft verstehen würde. Dabei hat sie im Erfurter Programm von 2011 ein klares Bekenntnis zu kleinen und mittelständischen Unternehmen abgegeben.³ Leider wird dies in der gelebten politischen Praxis nicht hinreichend deutlich. Das liegt hauptsächlich daran, dass Linke viel zu wenig zwischen den Konzernen und Finanzoligarchen auf der einen Seite und den KMU auf der anderen Seite differenzieren. Viel zu oft gewinnt man aus den Aussagen von linken PolitikerInnen den Eindruck, als ob alle Unternehmen und UnternehmerInnen schlecht seien, in Geld schwimmen, lügen und betrügen würden, und die Rettung der Gesellschaft allein damit gelingen könnte, wenn man diese «Schädlinge» nur kräftig gegen zur Kasse bitten würde.

Es ist wichtig, dass DIE LINKE ganz deutlich differenziert zwischen den aktiv tätigen UnternehmerInnen und den Finanzoligarchen, Couponabschneidern und Konzernbossen. So brauchen Kleinunternehmen zum Beispiel endlich konkrete Hilfen, um den Mindestlohn wirklich zahlen zu können.

Sicherlich ist es richtig, dass man beim Blick auf die Finanzkrise zwingend auch auf das Steuersystem schauen muss, denn es geht bei alledem nicht zuletzt um Verteilungsfragen, und die werden richtigerweise über das Steuersystem geregelt. Leider haben wir in der BRD eine Steuerpolitik, die den Mittelstand extrem belastet. Auf der anderen Seite werden Unternehmensgewinne der Großkonzerne sowie große Kapitaleinkommen in ebenfalls extremer Weise geschont. Richti-

gerweise betont DIE LINKE, dass es eigentlich genau umgekehrt sein müsste. Denn die wachsende Ungleichheit der Einkommen ist ein wesentlicher Teil der Krise. Wenn sich das Kapital am oberen Ende ballt, führt das dazu, dass immer mehr Geld in hochspekulative Geschäfte fließt. Gebraucht wird also zuerst ein Stopp der Umverteilung von der Mitte nach oben und nach unten. Die Mittelschicht betrügt sich selbst, wenn sie sich als ökonomische Oberschicht ansieht. Das macht sie zum Instrument der wirklichen wirtschaftlichen Oberschicht.

Eine vorrangige Aufgabe des Steuersystems wäre es, für eine wirkliche Entlastung des Mittelstands zu sorgen. Davon sollten nicht nur die FacharbeiterInnen profitieren, sondern auch der Arzt oder die Steuerberaterin, die bei Weitem nicht zu den wirklichen TopverdienerInnen gehören, auch wenn das viele meinen. Aktiv haftende und tätige UnternehmerInnen aus dem KMU-Sektor wären massiv zu entlasten. Ebenso müsste der sogenannte Mit-

telstandsbauch tatsächlich abgebaut und die kalte Progression wirksam abgestellt werden. Einige PolitikerInnen des linken Spektrums wollen allerdings schon alle, die nach einem mühsamen Arbeitsleben 300.000 oder 400.000 Euro auf der hohen Kante haben,

als Reiche behandeln. Dabei sind das die Stützen der Gesellschaft: Sie haben etwas geleistet und waren sparsam. Auch wer eine oder zwei Millionen Euro besitzt, ist eigentlich kein reicher Mensch – er oder sie kann gerade mal eigenverantwortlich leben. Damit wird man zum souveränen, weniger erpressbaren Bürger. Auf der anderen Seite stellt sich das bürgerliche Lager gegenüber den Machtstrukturen und wirklichen Mechanismen der Finanzoligarchie – siehe zum TTIP und CETA – blind.

Leute wie einst Ackermann von der Deutschen Bank oder andere Konzernbosse sind nichts anderes als gut bezahlte Spitzenbeamte im Dienst des Finanzkapitals. Sie sind und waren selbst alle nie Unternehmer. Und diese Leute ziehen die Politik – und damit uns BürgerInnen – über den Tisch. DIE LINKE setzt dagegen die Forderung, große Vermögen in der Substanz zu besteuern. Zu nennen sind hier die populistischen Schlagworte Millionärssteuer und Vermögensteuer. Eine Vermögensteuer ist nicht grundsätzlich abzulehnen – aber nur mit einem hohen Freibetrag von zwei oder sogar drei Millionen Euro und darüber dann mit einer ordentlichen Progression. Für persönlich haftende UnternehmerInnen müsste man sogar eine regelrechte Steuersubvention einführen und auch die Erben von KMU entlasten, wenn sie selbst den Betrieb weiterführen. Die KMU tragen nämlich ein enormes Risiko. Das braucht die Gesellschaft, das müssen wir belohnen, das darf nicht bestraft werden. Aber genau das machen wir in Deutschland – nicht nur über das Steuersystem, sondern mit noch einer ganzen Reihe anderer Vorschriften. Die KMU werden auch mit Bürokratismus plattgemacht. Es wird nicht honoriert, dass ein KMU in seinem Betrieb Haftung und damit Verantwortung übernimmt.

Was für Schlussfolgerungen ergeben sich nun für DIE LINKE?

Es ist wichtig, dass DIE LINKE in ihren Aussagen ganz deutlich differenziert zwischen den aktiv tätigen UnternehmerInnen und den Finanzoligarchen, Couponabschneidern und Konzernbossen. Dazu einige Beispiele: Im Umgang mit dem gesetzlichen einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn darf man nicht dabei stehenbleiben, alle paar Monate hinsichtlich der Lohnhöhe eine «neue Sau» durchs Dorf zu treiben und immer mehr und schärfere Kontrollen zu fordern. Man muss begreifen, dass es drei bis fünf Jahre dauert, bis sich ein Mindestlohn in tatsächliche Kaufkraft

umsetzt. Für diese Zeit brauchen Kleinunternehmen zum Beispiel im Einzelhandel – die keine dicken Rücklagen haben wie die Konzerne – endlich konkrete Hilfen, um den Mindestlohn wirklich zahlen zu können. Diese Kleinunternehmen verfügen auch nicht über Heerscharen von Bürokräften, die die ganzen teils widersprüchlichen Dokumentationspflichten umsetzen können. Diesen Unternehmen reicht und hilft es nicht, wenn DIE LINKE bei der Benennung von Hilfen im Ungefähren bleibt und sich Erleichterungen bei den bürokratischen Pflichten verschließt. Gleichzeitig zum Mindestlohn muss DIE LINKE auch für einen Höchstlohn eintreten. Die Lohnspreizung in einem Unternehmen sollte nicht höher als der Faktor 20 sein. Das heißt, der höchste Lohn im Unternehmen darf nicht höher sein als das Zwanzigfache des niedrigsten Lohnes. Alles, was darüber liegt, darf nicht mehr als Betriebsausgabe gewinnmindernd abzugsfähig sein. Eine entsprechende Regelung könnte DIE LINKE per Antrag schon zum nächsten Jahressteuergesetz fordern.

Über die Finanztransaktionssteuer wird viel geredet. Die EU-Kommission hat bereits im Jahr 2011 einen Entwurf für eine entsprechende EU-Richtlinie vorgelegt. Praktisch getan hat sich jedoch nichts. Es sei daran erinnert, dass es in der BRD noch zu Beginn der 1990er Jahre eine Börsenumsatzsteuer gab. Warum wird dieses Gesetz nicht wieder in Kraft gesetzt – eventuell gemeinsam mit Frankreich und Österreich? An den Börsen werden viele Geschäfte gemacht, die für die Ökonomie in der BRD letztlich schädlich sind. Es wäre kein Schaden, das «wegzubeuern».

Es wurde schon die Vermögensteuer erwähnt. Es reicht jedoch nicht, nur die Forderung nach deren Wiedereinführung zu propagieren. Das ist nur plumper Populismus. Die BefürworterInnen der Vermögensteuer müssen den Menschen – insbesondere dem Mittelstand – deutlich sagen, wie sie sich die Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer vorstellen.

Das müssen sie ganz konkret mit Beispielen tun. Die Menschen müssen wissen, was soll Vermögen sein und was ein Gegenstand des täglichen Bedarfs, wie soll zum Beispiel der Wert einer Immobilie ermittelt werden? Außerdem müssen die BefürworterInnen der Vermögensteuer endlich konkret sagen, wie das Erhebungsverfahren gestaltet werden soll und was die Steuererhebung kosten wird. Denn das Fatalste wäre, wenn sich am Ende herausstellt, dass die Steuererhebung selbst in praxi mehr Geld kostet, als überhaupt eingenommen wird. Eine Steuer, nur um auf Neidkomplexe eines Teils der Bevölkerung zu reagieren, wäre unnützlich und gefährlich.

Ähnlich verhält es sich mit der Erbschaftsteuer, die sich besonders auch auf die Unternehmensnachfolge auswirkt. Jeweils circa ein Fünftel der SeniorunternehmerInnen und der JuniorunternehmerInnen ist von der Belastung durch die Erbschaftsteuer und die zusätzliche Unsicherheit über die künftige gesetzliche Regelung betroffen. Im Extremfall steht durch die zusätzliche Belastung die Unternehmensnachfolge und mit ihr der Fortbestand eines Betriebs auf dem Spiel. Dabei ist für UnternehmerInnen in der Mehrzahl der Fälle die Nachfolge in der Familie die erste Wahl. Das A und O einer KMU-freundlichen Erbschaftsteuer ist eine marktgerechte Bewertung des Unternehmens. Nötig sind klare, einfache und dadurch praxisgerechte Regeln, um die Erbschaftsteuer für die KMU planbar zu machen. Dabei muss aus linker Sicht der Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen besonders berücksichtigt werden – man könnte darüber nachdenken, hier mit Subventionen Anreize zu setzen.

Einige drängende Probleme ergeben sich zum Beispiel auch im Bereich der sozialen Absicherung von Klein- und MittelunternehmerInnen und ihren Familien. OWUS hat dazu mit der Initiative zur sozialen Sicherung Selbstständiger eine Diskussionsgrundlage auf den Tisch gelegt. Es wäre wichtig, hier nicht nur an den einzelnen Komponenten herumzudoktern, sondern Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie Steuern als Teile eines Ganzen zu begreifen und dazu die entsprechenden FachpolitikerInnen an einen Tisch zu bringen. Die bisher bestehenden Regelungen und Verfahren sind teils intransparent, kompliziert, nicht aufeinander abgestimmt und insbesondere für KleinstunternehmerInnen nicht finanzierbar und daher inakzeptabel. Ähnlich verhält es sich mit der vor einiger Zeit von der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales betriebenen Kampagne gegen die etwa 125.000 KleinstunternehmerInnen, die Hilfen zum Lebensunterhalt – also Hartz-IV-Leistungen – benötigen.⁴ Sie werden mit pseudowissenschaftlichen Studien⁵ zu Schädlingen an der Volkswirtschaft erklärt, während es in Ordnung scheint, dass etwa 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen als «AufstockerInnen» von ihrem Niedriglohn – auch unter Geltung des Mindestlohnes – nicht leben können. Hier ist die Linksfraktion im Bundestag gefordert, gegenzuhalten und zum Beispiel mit entsprechenden Anfragen Aufklärung zu verlangen.

Angesichts des aktuellen Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden wird deutlich, dass die typisch deutsche Verwaltungsbürokratie an ih-

Hauptziel des Wirtschaftens darf letztlich nicht mehr der höchstmögliche Finanzgewinn sein, sondern muss der höchstmögliche Beitrag der Unternehmen zum Gemeinwohl sein. Das heißt, dass die heutigen Finanzbilanzen zu Nebenbilanzen würden und die Gemeinwohlabilanz würde zur Hauptbilanz.

re Grenzen stößt. So ist es aus Sicht der KMU dringend erforderlich, Hemmnisse bei der Arbeitsaufnahme von Asylsuchenden abzubauen. Es werden Verfahren benötigt, mit denen schnell die berufsfachlichen Qualifikationen der Asylsuchenden verifiziert werden können. Ebenso bedarf es Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation. Hier sind die verantwortlichen Stellen der staatlichen Verwaltung wie die Kultusministerien oder die Bundesagentur für Arbeit ebenso gefordert wie die Kammern der Wirtschaft. Ein Muster dafür könnte die Integration der ostdeutschen SteuerberaterInnen Anfang der 1990er Jahre nach dem damaligen § 40a des Steuerberatungsgesetzes sein. Die Verwaltungen müssen sich schließlich darauf einstellen, dass künftig mehr Menschen den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit wagen, die traditionell ein anderes Verhältnis von BürgerInnen und Verwaltung, von Arbeit und Leben gewohnt sind, als wir Deutschen. Die Aufgabe der Integration dieser UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund in das deutsche Wirtschafts- und Rechtssystem kann nicht allein von den wirtschafts-, steuer- und rechtsberatenden Berufen gestemmt werden.

Schließlich brauchen wir ein generelles Umdenken in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Wir brauchen den Wandel weg von der unbedingten Konkurrenz hin zu mehr Kooperation. Hauptziel des Wirtschaftens darf letztlich nicht mehr der höchstmögliche Finanzgewinn sein, sondern muss der höchstmögliche Beitrag der Unternehmung zum Gemeinwohl sein. Das heißt, dass die heutigen Finanzbi-

lanzen zu Nebenbilanzen würden und die Gemeinwohnbilanz würde zur Hauptbilanz, nach der sich zum Beispiel auch der Zugang zu Subventionen ausrichten würde. Mit dem Wechsel zur Gemeinwohl-Ökonomie besteht die Möglichkeit, auf dem Boden des Grundgesetzes den sozialökologischen Wandel im breiten gesellschaftlichen Konsens umzusetzen. Der Weg dahin wird lang und steinig sein. Es wäre zu wünschen, dass dabei von den PolitikerInnen öfter als bisher der Sachverstand der tätigen UnternehmerInnen – besonders auch der der Klein- und KleinstunternehmerInnen – mit einbezogen wird, damit man gemeinsam handelt – aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.

Unter Verwendung eines Interviews mit Prof. Max Otte, veröffentlicht in: Steuerberater Magazin (StBMag) 7–8/2012, S. 18ff. und NWB 30/2012, S. 2512.

1 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Unternehmensgründungen und Gründergeist in Deutschland, Berlin 2015. **2** Ebd., S. 9 und GEM-Länderbericht Deutschland 2014. **3** Vgl. www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/. **4** Vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hartz-iv-fuer-selbstaendige-arm-gerechnet-1.1108053. **5** Bereits 2011 hieß es in einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn: «Durch das Außerkraftsetzen eines betriebswirtschaftlich gebotenen Marktaustritts wird der Strukturwandel gebremst. Wegen des Substitutionseffekts und der möglichen Schaffung von Marktaustrittsbarrieren ist eine dauerhafte bzw. langfristige Unterstützung von Selbstständigen in der Grundsicherung volkswirtschaftlich nicht wünschenswert. Vor allem in Branchen, in denen die meisten Selbstständigen ohne Inanspruchnahme von Hilfeleistungen auskommen, muss darauf geachtet werden, dass es dort zu keinem oben beschriebenen Preiswettbewerb auf Kosten der Allgemeinheit kommt.» May-Strobl, Eva u. a.: Selbstständige in der Grundsicherung, Working Paper des IfM Bonn 2/11, Bonn 2011, S. 37f., unter: www.iab.de/389/section.aspx/Publikation/k111201r21.

Robert Gadegast

EINE SOZIALCHARTA FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Betrachten wir die heutigen hoch industrialisierten Länder in Europa, so stellen wir fest, dass überall die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Polarisierung der Gesellschaften in Arm und Reich und zunehmender Entdemokratisierung im Raum stehen. Der US-amerikanische Milliardär Warren Buffett charakterisierte die gegenwärtige Weltlage in einem Interview mit der *New York Times* sinngemäß so: Wir haben Krieg, einen Krieg zwischen Arm und Reich, den wir, die Reichen, begonnen haben und den wir dabei sind zu gewinnen.¹ Deutlicher kann man das ganze Dilemma der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, auch in Deutschland, nicht ausdrücken. Wer dabei auf der Strecke bleiben soll, ist klar formuliert und seit Jahren auch in unserem Land erkennbar. Begonnen in den USA und England in den 1970er Jahren mit einer systematischen Abkehr von einer bis dahin mit dem Kapital einvernehmlichen Sozialpolitik, auch bedingt durch die damalige Systemauseinandersetzung, wurden nun die Stellschrauben angezogen und alles auf die Erhöhung der Profitraten ausgerichtet. Deutschland zog nach und schuf mit der «Agenda 2010» ein Monster, welches den Sozialabbau in unserem Land, mit einem immer stärker wachsenden Niedriglohnssektor, ermöglichte. Strategische Veränderungen in der Rentenpolitik ließen nicht lange auf sich warten, die langfristig gesehen auf eine zu-

nehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung im Alter hinauslaufen.

Damit haben sich auch spürbare Veränderungen in Bezug auf die erwerbstätige Bevölkerung ergeben. Laut Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (2013) hat sich die Anzahl der Solo-Selbstständigen im Zeitraum 2000 bis 2011 um 40 Prozent erhöht, von 1,8 auf etwa 2,5 Millionen. Der Anteil der Solo-Selbstständigen an allen Selbstständigen betrug 2011 knapp über 57 Prozent. Der Zuwachs hatte seine Ursache auch in bestimmten Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Selbstständigkeit, darunter die Einführung der «Ich-AG», oder von Überbrückungsgeldern für Arbeitslose bei Eintritt in die Selbstständigkeit. Mit verstärktem Outsourcing, insbesondere durch die großen Unternehmen und Konzerne, wurde diese Entwicklung forciert. Ein weiteres Anwachsen der Zahl der Scheinselbstständigen war die Folge. Bereiche wie das Bildungs- und Gesundheitswesen verzeichneten überdurchschnittliche Wachstumsraten bei der Solo-Selbstständigkeit, dies gilt insbesondere für DozentInnen und Pflegekräfte. Gleiches trifft für bestimmte Bereiche des Handwerks zu, die nach der Abschaffung des Meisterzwangs einen Zuwachs an Solo-Selbstständigen vermeldeten. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Anzahl der Solo-Selbstständigen nicht weiter wächst, können wir davon ausge-

gehen, dass diese Entwicklung in den kommenden Jahren die Arbeitswelt weiter verändern wird, wie zum Beispiel der Anstieg der Dienstleistungsangebote von «Arbeitskraftunternehmern» im Internet oder das Auftreten solcher Firmen wie Uber im Taxigewerbe verdeutlichen.

Die gesetzliche Sozialversicherung wurde durch Bismarck vor über 100 Jahren für Fabrikarbeiter begründet. Könnte sie heute auch eine Vorsorgemöglichkeit für Selbstständige darstellen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Befasst man sich näher mit der Einkommensentwicklung bei den Solo-Selbstständigen, so stellt man fest: Etwa 30 Prozent, das sind 800.000 Personen, verdienten 2011 im Durchschnitt netto 8,33 Euro die Stunde, sie hatten damit ein monatliches Nettoeinkommen, das unter 1.100 Euro lag. Etwa 270.000 von ihnen hatten nicht mal mehr als 500 Euro im Monat zu ihrer Verfügung. Frauen sind von diesem Problem der Einkommensarmut deutlich stärker betroffen als Männer. In der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zur Einkommenssituation von KleinunternehmerInnen vom April 2014 wird festgestellt: 2009 (aktuellere Angaben lagen dem Senat nicht vor) gab es in Berlin um die 160.000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 17.500 Euro. Dazu kommen etwa 60.000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 17.500 und 50.000 Euro. Als sogenannte Aufstocker unter den Selbstständigen waren in Berlin 2013 23.000 Personen gemeldet.² Das zeigt ein überdurchschnittliches Anwachsen der Zahl der selbstständig Tätigen in Berlin, die zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen, an: von 3.980 im Jahr 2005 auf 19.406 im Jahr 2010 und schließlich auf 23.000 im Jahr 2013. 32 Prozent der betreffenden Personen gaben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.100 Euro an. In Brandenburg ist die Zahl derjenigen Selbstständigen, die mit Hartz IV aufstocken, zunächst auch deutlich gestiegen. Betrug sie 2005 noch 2.672, so lag sie im Jahr 2010 bereits bei 6.825, sie fiel dann allerdings in den folgenden Jahren und betrug 2014 noch 5.371.

Seit Jahren wird insbesondere unter KleinunternehmerInnen die Frage der sozialen Absicherung bei Krankheit und Insolvenz diskutiert sowie Möglichkeiten einer besser Altersvorsorge. Dies betrifft sowohl Gewerbetreibende als auch FreiberuflerInnen, EinzelunternehmerInnen und MitunternehmerInnen, die sogenannten Solo-Selbstständigen und

UnternehmerInnen mit MitarbeiterInnen sowie Gesellschafter-GeschäftsführerInnen von GmbH, die sozialrechtlich als Selbstständige eingestuft werden. Neben den in den Sozialgesetzbüchern (SGB) enthaltenen Möglichkeiten zur Pflicht- oder freiwilligen Versicherung gibt es auch eine Reihe von Optionen der Absicherung, die von der privaten Versicherungswirtschaft angeboten werden. Möglichkeiten der eigenen Vorsorge gibt es mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung genügend – das Problem für viele KleinunternehmerInnen ist jedoch, dass sie sich diese Vorsorgeaufwendungen schlichtweg nicht leisten können.

Die gesetzliche Sozialversicherung wurde durch Bismarck vor über 100 Jahren für Fabrikarbeiter begründet. Könnte sie heute auch eine Vorsorgemöglichkeit für Selbstständige darstellen und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Grundthese unserer Auffassungen ist, dass es auch für Selbstständige einen Platz in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Sozialversicherung geben muss. Das SGB I formuliert in § 4: «Jeder hat im Rahmen dieses Gesetzbuchs ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung.» Da der Arbeitgeberanteil der solidarischen, weitestgehend (noch) paritätisch finanzierten Sozialversicherung für Unternehmer entfällt, müssen diese die Beiträge aus eigener wirtschaftlicher Kraft erbringen. Bezogen auf den Gewinn als Einkommen wären dies bei den aktuellen Beitragssätzen 40,35 Prozent (ohne Umlagen) für die Kranken- und Pflegeversicherung, die Arbeitslosen- sowie die Rentenversicherung, um gesetzlich vorgesehene Leistungen zu erhalten. Dazu kommen dann noch Aufwendungen für die Unfallversicherung, eine zusätzliche private Rentenversicherung als notwendige zweite Säule der Altersvorsorge (bei der seit Jahren schwachen Verzinsung wird aus der zweiten Säule nicht mal mehr ein Strohalm) und – da die Absicherung von nicht mehr im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung enthaltenen Leistungen empfohlen

wird – eine zusätzliche private Pflegeversicherung. Da kann schnell eine Belastung entstehen von 50 Prozent und mehr, bezogen auf den Gewinn. Kein Wunder, dass viele KleinunternehmerInnen sich für eine preiswertere ausschließlich private Versicherungslösung entscheiden, die dann im Alter zur Falle werden kann, weil eine chronische Unterversicherung droht. Zahlreiche KleinunternehmerInnen, die inzwischen ebenfalls als prekär Beschäftigte bezeichnet werden, und deren Familien müssen also auf eine ausreichende soziale Absicherung und Vorsorge verzichten. Damit sind soziale Probleme und Altersarmut vorprogrammiert.

Der Einwand, warum macht sich jemand selbstständig, wenn er davon nicht leben kann, zeugt von Unkenntnis der Situation der aus sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen freigesetzten «selbstständig» Erwerbstätigen, der Scheinselbstständigen, der Sub-UnternehmerInnen und derjenigen, für die Selbstständigkeit der einzige Ausweg aus der Langzeitarbeitslosigkeit war. Die in den verschiedenen Bundesministerien, bei der Rentenversicherung und in wissenschaftlichen Instituten vorliegenden Erkenntnisse über die soziale Lage der Solo-Selbstständigen und KleinunternehmerInnen erlauben derzeit noch keinen umfassenden Einblick in die tatsächliche Einkommenssituation dieser wachsenden «Unternehmergruppe». Mikrozensusberechnungen und Haushaltsumfragen als die bestimmenden Datensammlungen reichen nicht aus.

Die Warnungen vieler wissenschaftlicher Studien vor einer zunehmenden Altersarmut, nicht nur von Selbstständigen, haben die Politik bisher nicht veranlasst, entsprechend zu reagieren.

Fazit:

1. Die sich in den letzten Jahren rasant vollzogenen Veränderungen in unserer Arbeitswelt erfordern auch grundsätzlich neue Herangehensweisen an die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Rahmen der EU. Allerdings zeigen die dafür verantwortlichen Hauptakteure, nämlich die Politik, Krankenkassen und Verbände, wenig Interesse an substanziiell neuen Lösungsansätzen. Somit ist auch derzeit von Regierungsstellen kein Vorstoß in Richtung einer langfristigen Lösung für dieses Problem durch entsprechende Gesetzesinitiativen zu erwarten. Das Problem wurde zwar inzwischen partiell von der Politik erkannt, die Vorschläge zur Behebung sind jedoch bislang ungenügend oder realitätsfern. Der Sozialbeirat der Bundesregierung stellte in seinem Gutachten vom Dezember 2009 fest, dass zwei bis drei Millionen Selbstständige ohne obligatorische Altersversorgung sind und schlug eine Pflichtversicherung für alle UnternehmerInnen in der gesetzlichen Rentenversicherung vor (der Beitrag liegt derzeit bei 19,9 Prozent des Einkommens). Noch brisanter stellte der Sozialbeirat in seinem Bericht 2010 die soziale Lage Selbstständiger, insbesondere die große Lücke bei der Altersabsicherung, dar.³ Die Trennung von ArbeitnehmerInnen und Gewerbetreibenden in den sozialen Sicherungssystemen wird hier grundlegend infrage gestellt, bleibt aber ohne Konsequenzen. Dennoch mehren sich die Stimmen aus der Politik, die Veränderungen einfordern. So hat die Bundestagsfraktion der Linkspartei in einem Beschluss vom Januar 2013 unter der Überschrift «Sozialstaat für Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler – Grundsätze» auf die problematische Situation hingewiesen und notwendige Veränderungen vorgeschlagen.⁴ Auch der im Dezember 2015

stattgefundene Parteitag der CDU hat in seinem Beschluss «Arbeit der Zukunft-Zukunft der Arbeit» unter dem Absatz «Neue Verantwortung im Sozialrecht 4.0» festgestellt, dass die «soziale Sicherung vor großen Herausforderungen» steht und will «einen sozialen Rahmen, der auch für die neuen Beschäftigungsformen der digitalen Arbeit funktioniert». Weiter heißt es dort: «Die Kopplung der sozialen Absicherung an abhängige Beschäftigung stößt auch dann an ihre Grenzen, wenn der Anteil der Selbstständigen ohne eigene Beschäftigte an den Erwerbstätigen immer weiter steigt. Nicht nur abhängig Beschäftigte sind schutzbedürftig, sondern vielfach auch Selbstständige ohne eigene Beschäftigte (Solo-Selbstständige). Deshalb muss gerade für diese Personengruppe eine soziale Absicherung entwickelt werden.» Auch die SPD hat sich mit ihrer «Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen» (AGS) dem Thema der sozialen Absicherung der kleinen Unternehmer und Selbstständigen gestellt. Im November 2015 fand in der AGS Nordrhein-Westfalen eine Debatte unter dem Motto «Heute: Selbstständig – Morgen: Arm» statt, in der danach gefragt wurde, wie einkommensbezogene und bezahlbare Mindestbeiträge zu den Sozialversicherungen und faire Wettbewerbsbedingungen für Solo-Selbstständige aussehen und durchgesetzt werden können.

2. Die Warnungen vieler wissenschaftlicher Studien vor einer zunehmenden Altersarmut, nicht nur von Selbstständigen, haben die Politik bisher nicht veranlasst, entsprechend zu reagieren. Bereits 2015 waren über 500.000 Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen, und die Zahl wird weiter steigen. Da die Lebenshaltungskosten ebenfalls ständig wachsen, ob nun Strompreise, Fahrtkosten oder Mieten, bleibt für ein menschenwürdiges Dasein immer weniger übrig. Es wäre an der

Zeit, über generelle Veränderungen in der Subventionspolitik nachzudenken. Der Staat muss sich wieder konsequent seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge seiner BürgerInnen stellen. Eine spürbare Kostenentlastung in Bereichen Energie (Heizung/Strom), Fahrtkosten und Mieten und bei der Nutzung kultureller öffentlicher Einrichtungen sind meines Erachtens unabdingbar für eine verbesserte Lebenssituation vieler älterer Menschen sowie ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen mit prekärem Einkommen.

3. Die verschiedenen Lösungsansätze, auch die von OWUS entwickelten, müssen noch weiter debattiert und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit konkretisiert werden, vor allem sollten sie einen breiteren gesellschaftlichen Rahmen finden, um das politische Gewicht zu erhöhen. Interessant wäre auch, die Positionen insbesondere der IHK und HWK zu diesen Fragen zu erfahren, da diese ja bekanntermaßen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten (sollten), sind doch die betroffenen UnternehmerInnen Mitglied kraft Gesetz. Gleiches gilt für die Rolle der Gewerkschaften in diesem Findungsprozess. Auch sie sind gefordert, mit Nachdruck diesen Erneuerungsprozess voranzutreiben. Für die Krankenversicherung werden unterschiedliche Modelle von der Kopfpauschale bis zur Bürgerversicherung diskutiert. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat 2010 diesbezüglich bereits zwei Anträge beziehungsweise Gesetzesinitiativen in den Bundestag eingebracht.⁵ Alle diese Initiativen sind lobenswert, behalten jedoch nur Veränderungsvorschläge für einzelne Punkte. Das generelle Problem der Finanzierbarkeit einer ausreichenden Vorsorge bleibt häufig unberücksichtigt. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, über die Landesgrenzen hinaus nach Beispielen zu suchen, die zeigen, wie man Selbstständige in das Sozialsystem integrieren kann.

So hat die belgische Regierung bereits 1967 eine «Sozialsatzung für Selbstständige» beschlossen, welche eine beitragsfinanzierte Absicherung in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Invalidität, Familienunterstützung, Altersvorsorge und bei Konkurs beinhaltet.

4. OWUS als Unternehmerverband, der insbesondere die Interessen von KleinunternehmerInnen und Solo-Selbstständigen vertritt, stellt sich dieser Problematik und hat bereits eigene Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbstständigen unterbreitet. Die Initiative dazu ging 2010 vom OWUS-Unternehmertreff in Markkleeberg aus. Im Mittelpunkt steht dabei eine verbesserte Einbeziehung der UnternehmerInnen in das gesetzliche System der Sozialversicherung, private Vorsorgelösungen sind nur als Ergänzung gedacht. Mit einer Petition an den Deutschen Bundestag wurde der Versuch unternommen, mehr Aufmerksamkeit auf dieses Problem zu lenken. Dabei geht es unter anderem darum, die starre Mindestbeitragsbemessung in der Kranken- und Pflegeversicherung zu beseitigen und durch eine einkommensbezogene Beitragsberechnung und Versicherungsgestaltung analog der von abhängig Beschäftigten zu ersetzen. Es geht um eine zeitidentische Beitragsbemessung und

auf Grundlage eines zu definierenden Unternehmerlohns um die hälftige Zuordnung der Sozialausgaben zu den Betriebsausgaben. Federführend wandte sich OWUS Sachsen an die Geschäftsführungen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, allerdings bisher ohne Reaktion.

Eine informelle Zusammenarbeit gibt es nur mit dem Bereich Solo-Selbstständige bei Verdi. Im September 2015 startete der damals noch stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Deutschen Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch, eine Initiative und forderte ein Mindesthonorar für Solo-Selbstständige. Ein wichtiger Diskussionsbeitrag, aber ob er etwas bewirkt? Die Debatte hat auf jeden Fall an Fahrt gewonnen. Damit haben sich die Chancen, gemeinsam mit der LINKEN und anderen gesellschaftlichen Kräften Wege zur Verbesserung der sozialen Situation vieler Selbstständiger zu finden, erweitert. Eine Sozialcharta für Selbstständige ist dringend gefragt.

1 Vgl. New York Times vom 26.11.2006, unter: www.nytimes.com/2006/11/26/business/yourmoney/26every.html?_r=0. **2** Abgeordnetenhauses von Berlin, Drucksache 17/13549 vom 15.4.2014, unter: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/T/17/SchrAnfr/s17-13549.pdf>. **3** Vgl. das Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2011 im Deutschen Bundestag, BT-Drucksache 17/7770, S. 80. **4** Vgl. www.linksfraktion.de/positionspapiere/sozialstaat-selbststaendige-freiberuflerinnen-freiberufler-grundsatzel/. **5** Antrag «Gesetzliche Krankenversicherung für Solo-Selbstständige bezahlbar gestalten», BT-Drucksache 17/7770, und «Entwurf eines Gesetzes zur Entfristung der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung», BT-Drucksache 17/1141.

Rolf Sukowski

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE – EINE ALTERNATIVE ZUM BESTEHENDEN WIRTSCHAFTSSYSTEM

Die für die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wichtigsten Rechtsnormen enthält das Grundgesetz. Nach der durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geprägten Rechtsauffassung ist das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral. Der Verfassungsgeber hat sich nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Juli 1954 ist «die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung [...] zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann».¹

Dem Gesetzgeber und der Gesellschaft ist vom Grundgesetz somit die Freiheit gelassen, die ihnen jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern dabei die allgemeinen rechtlichen Bindungen durch das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte, eingehalten werden. Wenn VertreterInnen der Zivilgesellschaft, darunter auch UnternehmerInnen, über alternative Wirtschaftsmodelle der Zukunft nachdenken, dann entspricht dies der vom Bundesverfassungsgericht geprägten Rechtsauffassung. Die Bewegung für eine solidarische Ökonomie ist eine dieser möglichen Alternativen. Solidarische Ökonomie lebt von der Vielfalt der Ideen und Projekte. Sie kann deshalb auch nur ganz schwer definiert werden, «denn es gibt keine legitimierte Instanz, die das Recht oder die Macht hätte, dies allgemeinverbindlich festzulegen».² Die OrganisatorInnen

des Anfang September 2015 in Berlin mit über 1.000 TeilnehmerInnen stattgefundenen SOLIKON-Kongresses zur Solidarischen Ökonomie und Transformation versuchten es jedoch in ihrem Programmheft: Sie sei ein Wegweiser «in eine Zukunft, in der Kooperation Konkurrenz, Gemeinwohl Gewinnstreben ablöst und das Prinzip der Solidarität eine Selbstverständlichkeit im Denken und Handeln ist».³ Das ist ein hehres Ziel, das mit einer gehörigen Portion Idealismus eingeht. Auf dem SOLIKON-Kongress wurde sicherlich richtigerweise festgestellt, dass Transformation Pioniere, Visionäre und den Protest auf der Straße benötigt, um politische Rahmenbedingungen zu verändern. Der Ausstieg aus der Atomkraft begann mit den Protesten im Wendland. Solidarische Ökonomie ist jedoch nicht gleich solidarische Ökonomie. Es erinnert ein wenig an das chinesische Motto: «Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern.» Es gibt Projekte innerhalb der solidarischen Ökonomie, die untereinander solidarisch sind, aber dieses Solidarische nicht in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Veränderungen einbringen. Die Frage ist also, handelt es sich um eine solidarische Ökonomie innerhalb der bestehenden Herrschaftsstrukturen oder um eine solidarische Ökonomie in Auseinandersetzung mit diesen Strukturen?

Als eine dieser miteinander wetteifernden Schulen kann sicherlich die Bewegung zur Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) betrachtet werden. Und ich würde behaupten, es ist eine Schule, die sich mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft auseinandersetzt

und sie auch infrage stellt. In der Auseinandersetzung um Konkurrenz oder Kooperation, Gewinnstreben oder Gemeinwohlstreben – also letztendlich Wirtschaft als Verbrechen an der Menschheit oder Wirtschaft zum Wohle der Menschheit – werden die herrschenden Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise sehr kritisch hinterfragt. Noch unentschieden ist in der Diskussion die Frage, ob es eine Gemeinwohl-Ökonomie auch ohne Wettbewerb geben kann. Kann es eine solidarische Marktwirtschaft geben? Was und welche Prinzipien passen zu welcher Wirtschaftsform?

Es ist noch viel gesellschaftliche Aufklärungsarbeit erforderlich: Deshalb muss das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie von unten entwickelt und verbreitet werden. Und dazu wollen wir als Unternehmerverband unseren Beitrag leisten - innerhalb unseres Verbandes, aber auch in der Öffentlichkeit.

Die Bewegung zur Gemeinwohl-Ökonomie wurde im Oktober 2010 in Wien ins Leben gerufen und war zweieinhalb Jahre später bereits in vielen Ländern Europas, aber auch Lateinamerikas präsent. Angeregt durch ein 2009 erschienen Buch des österreichischen Publizisten und Attac-Aktivisten Christian Felber mit dem Titel «Kooperation statt Konkurrenz – 10 Schritte aus der Krise» wurde zunächst in Österreich unter UnternehmerInnen darüber diskutiert, wie dieses theoretische Konzept praktisch gelebt werden könnte. Dies war die Geburtsstunde der Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie, die heute in über 20 Staaten vor allem Europas und Lateinamerikas präsent ist. Die Bewegung soll eine Alternative zu kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft sein. Ist sie tatsächlich der seit Langem gesuchte «Dritte Weg»? Felber wird in der *Financial Times* mit

den Worten zitiert: «Die Ziele der Gemeinwohl-Ökonomie sind radikal: Sie will eine umfassende Überarbeitung unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems erreichen.»⁴

Die InitiatorInnen bestätigten in Gesprächen immer wieder, dass sie von der Resonanz quasi überrollt worden sind. Die Reaktionen aus der Gesellschaft zeigen, dass das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie einen Nerv bei vielen BürgerInnen, darunter auch zahlreichen UnternehmerInnen, getroffen zu haben scheint. Die Homepage der Bewegung wies Ende des Jahres 2015 über 8.700 offizielle UnterstützerInnen in vielen Ländern aus, darunter über 1.900 Unternehmen. Auch der «Offene Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen – OWUS-Dachverband e.V.» sowie die Mitgliedsunternehmen A&P Steuerberatungsgesellschaft Potsdam sowie tuk international GmbH gehören seit Jahren mit dazu.⁵

Bei einem Treffen mit Christian Felber im Herbst 2011 wurde unsere Aufmerksamkeit auf dieses Konzept gelenkt. Es entspricht als Vision dem 1994 beschlossenen Leitmotiv von OWUS: «Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung». Inzwischen hat sich OWUS intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Anlässlich von Unternehmerreisen gab es 2013 Kontakt mit VertreterInnen der Gemeinwohl-Ökonomie in Salzburg und 2014 in Barcelona. Höhepunkt war die im Oktober 2014 anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung von OWUS gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte KMU-Konferenz «Erste Erfahrungen und Perspektiven der Gemeinwohl-Ökonomie in kleinen und mittleren Unternehmen». Woraus resultiert diese länderübergreifende Faszination für das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie? Ein «Weiter so wie bisher»

wollen viele Menschen nicht. Die Bertelsmann-Stiftung will im Juli 2010 mit einer Studie in Erfahrung gebracht haben, dass 88 Prozent der Bevölkerung in Deutschland und 90 Prozent der Bevölkerung in Österreich sich ein anderes Wirtschaftsmodell wünschen.⁶ Was diese Umfrage wert war, zeigten die folgenden Bundestagswahlen: Die VertreterInnen des derzeitigen Wirtschaftssystems gewannen, mit Ausnahme der FDP, eindeutig. Der Bertelsmanns-Stiftung kann man mit Sicherheit eine gewisse Nähe zum neoliberalen Staat und der ihn tragenden Großunternehmen sowie repräsentierenden PolitikerInnen unterstellen. Hatte sie also in Erfahrung gebracht, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung eine Transformation der Wirtschaft in Richtung einer Gemeinwohl-Ökonomie vorstellt? So sehr sich einige ProtagonistInnen der Gemeinwohl-Ökonomie dies vielleicht wünschen würden, Zweifel sind angebracht. Es ist zu vermuten, dass in Deutschland noch einige Jahre vergehen werden, bis an Grundvorstellungen der solidarischen Ökonomie oder der Gemeinwohl-Ökonomie angelehnte Konzepte Einzug in die Wahlprogramme der besonders wirtschaftsfreundlichen Parteien finden werden. Bei den LINKEN und auch bei Bündnis 90/Die Grünen, eventuell auch bei den Piraten wird es vielleicht etwas schneller gehen, aber wie gesagt: nur vielleicht.

OWUS hat im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 die politischen Parteien gefragt: «Können Sie sich vorstellen, neben der Finanzbilanz von den Unternehmen auch verbindlich die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu fordern? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die nachweislich gemeinwohlorientiert wirtschaften, bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen besonders berücksichtigt werden?» DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen haben geantwortet, sie wollten Ansätze einer solidarischen Ökonomie fördern. Die CDU/CSU will die Unternehmen nicht mit neuen Bürokratiekos-

ten durch Gemeinwohlbilanzen belasten. Die FDP stellte konsequenterweise fest, dass die gesellschaftliche Funktion der Unternehmen in der Wirtschaft darin bestünde, nachhaltig Gewinn zu erwirtschaften. Die Piratenpartei bekannte sich vorbehaltlos zu einer fairen, gemeinwohlorientierten Wirtschaftspolitik. Bei den VerfasserInnen der Antwort der SPD hatten wir eher den Eindruck, die Frage sei nicht verstanden worden.⁷

Diese Antworten haben uns gezeigt, dass noch viel gesellschaftliche Aufklärungsarbeit erforderlich ist. Deshalb muss dieses Konzept von unten entwickelt und verbreitet werden. Und dazu wollen wir als Unternehmerverband unseren Beitrag leisten – innerhalb unseres Verbandes, aber auch in der Öffentlichkeit, wie im Oktober 2014 gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf unserer gemeinsamen KMU-Konferenz.

Was ist nun der Inhalt dieses Konzeptes der Gemeinwohl-Ökonomie und was haben Unternehmen davon? Die AktivistInnen der Gemeinwohl-Ökonomie weisen in ihren Ausführungen immer wieder auf einige gesellschaftspolitische Widersprüche hin, die es zu lösen gilt.

1. Es gibt zum einen den Verfassungsgrundsatz, der eine auf das Gemeinwohl orientierte Wirtschaft fordert. Der Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes besagt: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.»⁸ In der Verfassung des Freistaates Bayern steht unter anderem in Artikel 151: «(1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.»⁹ In Artikel 24 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen finden wir den Satz: «Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen.»¹⁰ Und so kann man noch in vie-

len weiteren Verfassungen von Staaten und Bundesländern auf ähnliche Formulierungen stoßen. So hat die Brandenburger Landesverfassung in Art. 41 die bereits erwähnte Sozialbindung des Eigentums aus dem Grundgesetz übernommen. Und ganz nebenbei sei noch aus einer anderen Verfassung zitiert: « (1) Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen; sie muß allen ein menschenwürdiges Dasein sichern. (2) Die Wirtschaft hat dem Wohl des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfes zu dienen; sie hat jedermann einen seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern.»¹¹ So stand es in Artikel 19 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949. Bis 1968 hatte diese Verfassung Bestand, dann wurde sie durch eine politisch stark beeinflusste Verfassung abgelöst, die zugunsten politischer Allgemeinplätze diese Grundsätze so explizit nicht mehr enthielt. Diesen Verfassungsgrundsätzen steht jedoch die Realität gegenüber: Geld ist nicht Mittel zum Zweck, sondern die Mehrung von Geld ist zum Zweck wirtschaftlicher Tätigkeit geworden. Das ist nicht unbedingt eine Erkenntnis der Gegenwart. Schon für Aristoteles stand der Begriff der Oikonomia für die natürliche Erwerbskunst. Diese Oikonomia, als Hausverwaltungskunst übersetzt, soll der Bedürfnisbefriedigung der Menschen durch die Beschaffung und Bewahrung der Güter, die für das Haus und den Staat nützlich und notwendig sind, dienen. Dieses Wort Oikonomia wurde zum Bestandteil der Alltagssprache vieler Völker. Aristoteles kannte auch eine widernatürliche Erwerbskunst. Er nannte sie Chrematistik, diesen Begriff haben die Völker wohlweislich nicht in ihren Sprachschatz übernommen. Manchmal scheint das Volk doch weiser zu sein als seine «Repräsentanten». Diese widernatürliche Er-

werbskunst ist durch das Streben nach Kapitalakkumulation geprägt: Tausch nicht zur Bedürfnisbefriedigung, sondern zum Anhäufen von Reichtum. Und genau das predigt der herrschende Teil der Wirtschaftsakteure im Moment (siehe die oben erwähnte Antwort der FDP auf die OWUS-Wahlprüfsteine). Die Auffassung des geistigen Vaters des Neoliberalismus, Milton Friedman, dass die soziale Verantwortung der Wirtschaft darin besteht, den Profit zu erhöhen, spiegelt genau dies wider.¹² Das ist nicht unsere Auffassung von sozialer Verantwortung. Und genau gegen diese neoliberalen Auffassungen steht auch die Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie. Sie fordert nicht mehr und nicht weniger als die Umsetzung von Verfassungsgrundsätzen in die wirtschaftliche Realität. Und ist damit verfassungskonform, wie auch andere Schulen innerhalb der solidarischen Ökonomie.¹³

2. Ein weiterer Widerspruch ist der zwischen Marktwerten und Beziehungswerten. Die real existierende Wirtschaftsordnung ist auf Gewinnstreben und Konkurrenz abgestellt. Gewinnmaximierung wird als Triebfeder jeder wirtschaftlichen Entwicklung postuliert, Konkurrenz – vornehm auch als Wettbewerb bezeichnet – wird als das entscheidende Instrument der Marktwirtschaft (und ihr Fehlen zugleich als einer der größten Makel der Planwirtschaft) hervorgehoben. Dies widerspricht aber eigentlich den ursprünglichen zwischenmenschlichen Beziehungen. Wirtschaftschancen sollten durch ökonomische Beziehungswerte vermitteln werden. Die Unternehmen und alle Menschen sollen ihr Wissen und ihre Beziehungen wirtschaftlich einsetzen, damit diese Chancen durch Kooperationen und Partnerschaften entstehen. Die Wirtschaft sollte dem Wohle der Menschen dienen und nicht umgekehrt. Oder wie es Aristoteles vor über

2000 Jahren sagte: Die Ökonomie muss der Bedürfnisbefriedigung dienen, nicht dem Anhäufen von Reichtum. Das einseitige Gewinnstreben sollte deshalb durch Gemeinwohlstreben ersetzt werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie fordert also, dass ein verfassungskonformer Zustand hergestellt und ein verfassungswidriger beseitigt wird. Nicht der Ellbogen, sondern der Kopf muss auch in der Wirtschaft wieder zum wichtigsten Körperteil werden. Auch viele Psychologen und Motivationstheoretiker haben festgestellt, dass Motivation durch Wettbewerb und Druck von außen nicht so stark wirken wie eine innere Motivation. Die besten Leistungen kommen nicht durch Konkurrenz zustande, sondern durch innere Überzeugung und gemeinsame Kooperation. Und was kann die Biologie noch dazu beitragen? Auf einem Wirtschaftskongress im August 2013 in Berlin gab es dazu eine verblüffende Antwort: Alle Lebewesen sind durch Zellteilung entstanden. Durch einen wundersamen Mechanismus der Natur entsteht aus der Eizelle ein Lebewesen. Die Entwicklungsbiologen sind dabei, das Geheimnis dieser Entwicklung zu lüften: Es ist die Zellkommunikation. Die direkte Kommunikation zwischen den Zellen, die Kommunikation zwischen benachbarten Zellen und die Kommunikation von zentralen Organen zu den Zellen des Körpers bewirken und steuern die Entwicklung von Lebewesen. Die Natur setzt also auf Kommunikation und damit auf Kooperation, nicht auf Konkurrenz. Und das sollte bei der angeblichen «Krone der Schöpfung» nicht möglich sein? Elisabeth Voss fordert deshalb, dass sich der Homo Oeconomicus zum Homo Cooperativus entwickeln muss.¹⁴

3. Zum Erreichen eines jeden Zieles bedarf es Instrumenten für die Erfolgsmessung. Gegenwärtig sind dies Finanzbilanzen, die unter anderem eine Gewinnausschüttungs-

und eine Steuerbemessungsfunktion haben. Denn sie zeigen an, was an Gewinnen an die Eigentümer ausgeschüttet werden kann beziehungsweise von welchem Teil des Ergebnisses sich der Fiskus die Steuern holen kann. Auf volkswirtschaftlicher Ebene ist das Bruttoinlandsprodukt der Erfolgsmesser. Beide geben jedoch keine Auskunft darüber, welchen Beitrag das Unternehmen oder die Volkswirtschaft zum Gemeinwohl geleistet hat. Supergewinne oder Superprofite können auch durch ausgesprochen gemeinwohlschädigendes Verhalten entstanden sein. Zockerbanken, Rüstungsbetriebe und von der Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern besonders profitierende Unternehmen zeigen dies. Um das Bruttoinlandsprodukt besser darzustellen, beziehen einige Staaten den Drogenhandel, die Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft in die Berechnung mit ein. Soziales und ökologisches Verhalten wird dagegen als Wettbewerbsnachteil verstanden. Das hat etwas Perverses an sich: Das rücksichtslose Unternehmen genießt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem sozial engagierten. Kein Wunder also, dass viele kleine Unternehmen und alternative Wirtschaftsformen es manchmal so schwer haben in diesem Wirtschaftssystem. Im Vordergrund muss also der Nutzen für die Gesellschaft, nicht der Gewinn für die GesellschafterInnen stehen – Gebrauchswert eines Gutes vor dem Tauschwert dieses Gutes.

4. Es klingt vielleicht etwas kurios, aber in Bhutan werden jedes Jahr 6.000 Haushalten 133 Fragen zum persönlichen Wohlbefinden vorgelegt. Diese Lebensqualitätsfaktoren ergeben zusammengefasst das Bruttonationalglück. Allerdings ist Vorsicht geboten: Man sollte Bhutan deshalb nicht gleich zum Musterland des Glücks erklären. ArbeitsmigrantInnen aus den Nachbarstaaten werden ausgesprochen «un-

glücklich» behandelt. Im Unternehmen kann eine Gemeinwohlbilanz das Erreichen eines ähnlichen Zieles widerspiegeln. Sie soll nicht die Finanzbilanz ersetzen, denn zur Steuerbemessung und zum Aufdecken von Wirtschaftlichkeit und Rentabilität wird sie auch weiterhin gebraucht. Finanzergebnis ist ja nicht von vornherein schlecht – die Frage ist nur, wie er entsteht und wofür er verwendet wird. Die Finanzbilanz kann aber ihre dominierende Rolle verlieren. Gemeinwohlbilanzen können wie Wissens- und Umweltbilanzen die nichtfinanziellen Seiten wirtschaftlicher Tätigkeit wesentlich besser abbilden als ein Lagebericht nach dem Handelsgesetzbuch. Eine «integrierte Berichterstattung» wäre ein möglicher Schritt in diese Richtung. Nach den Vorstellungen des Internationalen Rates für Integrierte Berichterstattung (2010 gegründet u. a. auf Initiative von Prinz Charles) sollen künftig in einen zusammenfassenden Bericht auch Informationen zu ökologischen und sozialen Aspekten (Nachhaltigkeitsberichterstattung) einfließen.¹⁵ Die EU ist inzwischen auf diesen Zug aufgesprungen und bereitet eine entsprechende Richtlinie vor. Das ist natürlich noch keine Gemeinwohlbilanz, aber die Richtung stimmt, und es zeigt, dass eine Gemeinwohlbilanz nicht das Ergebnis alternativer Spinnereien ist. In einem Beitrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde von drei Schweizer Autoren die Frage erörtert, was eine Organisation wertvoll für die Gesellschaft macht. Die Antwort: Ihr *public value*, dokumentiert durch eine *public value scorecard*.¹⁶

Die Gesellschaft sollte also perspektivisch die Bestrebungen der Unternehmen honorieren, die einen großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Dies können rechtliche Vorteile sein, zum Beispiel in steuerlicher Hinsicht. Bei einem Besuch in Salzburg haben wir 2013 erfahren, dass die dortige Landesregierung in dieser Richtung bereits etwas plant: Das Land

Salzburg soll Gemeinwohl-Musterregion werden. Die Koalitionsvereinbarung zwischen der ÖVP, den Grünen sowie Team Stronach enthält im Abschnitt «Unternehmensentwicklung» den Punkt «Schaffung eines Modells zur Förderung der Gemeinwohlökonomie für Betriebe».¹⁷

Öffentliche Vergabegesetze könnten künftig wie Mindestlohn und Umweltkriterien auch Gemeinwohlkriterien enthalten. Dem Staat mit seinen Gebietskörperschaften kommt als Nachfrager dabei durchaus eine Vorbildfunktion zu. Der Aufschrei der Wirtschaftsliberalen über diese sogenannten sachfremden Anforderungen würde nicht lange auf sich warten lassen. Sie haben sich auch schon bei der Einbeziehung von Tariftreue und Umweltstandards beklagt. Als Hinweis auf den Produkten könnte die Gemeinwohlorientierung eines Unternehmens auch für die VerbraucherInnen nützlich sein. Die sogenannte Konsumentensouveränität – der Verbraucher entscheidet, was produziert wird – gehört ja auch mit zu den theoretischen Grundpfeilern oder besser gesagt den Mythen der Marktwirtschaft. Also nutzen wir sie im Interesse des Gemeinwohls. Die Landesregierungen, in denen die LINKE mitregiert und damit direkten Einfluss auf die Gesetzgebung hat, könnten dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Und wenn Bündnis90/Die Grünen dies ausgehend von ihren Nachhaltigkeitskonzepten unterstützen würden, gäbe es dafür schon ein beachtliches politisches Potenzial in Deutschland.

Die Gemeinwohlbilanzen wurden in einem offenen demokratischen Prozess zwischen allen Beteiligten entwickelt, insbesondere auch in Wechselwirkung mit den über 250 Unternehmen, die inzwischen bilanziert sind (in Berlin-Brandenburg sind es um die 30, darunter fünf Mitgliedsunternehmen von OWUS). Inzwischen gibt es diese Matrix bereits als Version 4.1,¹⁸ 2016 wird 5.0 in einer weiteren Diversifizierung möglicher Bilanzierer – Unternehmen, Ein-Personen-Unternehmen, Verei-

ne usw. – erwartet. Auch für Kommunen, beispielsweise in Norditalien (Vinschgau), gibt es inzwischen diese Bilanzen. Nach den Aussagen der ProtagonistInnen soll die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz folgenden Nutzen bieten:

- «Pionierrolle»: Die Bilanz-Unternehmen wirken aktiv an der Realisierung eines alternativen Wirtschaftssystems mit.
- Sinnstiftung: Die Auseinandersetzung mit der Gemeinwohl-Ökonomie kann einer Organisation helfen, den eigenen Sinn und Daseinszweck wiederzufinden: Was ist der Zweck des Unternehmens und wie trage ich damit zum Gemeinwohl bei?
- Organisationsentwicklung: Der ethische 360-Grad-Blick schafft Bewusstsein, was ein Unternehmen konkret tut und wie es in allen Bereichen ein höheres Maß an Verantwortung und Werttreue leben kann.
- Status-quo-Erhebung und -Kontrolle: Mit dem Gemeinwohl-Bericht wird der aktuelle «ethische Status quo» dokumentiert. Durch eine Peer-Evaluierung oder ein externes Audit erhält das Unternehmen eine kritische Außensicht.
- Transparenz gegenüber allen Berührungsguppen: Eine Gemeinwohl-Bilanz bietet umfassende Einblicke in ein Unternehmen und kann helfen, neue KundInnen/MitarbeiterInnen zu gewinnen.
- Netzwerk und Synergien: Mit der Erstellung erhält das Unternehmen Zugang zu einem Netzwerk «Gleichgewillter» und kann mit diesen umfassend kooperieren, vom Know-how-teilen über Kredite bis zur eigenen Währung.¹⁹ Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass Unternehmen auch ohne Bilanz gemein-

wohlorientiert arbeiten. Eine hohe Qualität in Produktion und Dienstleistung ist auch nicht an ein Zertifikat gebunden. Allerdings fördert der Bilanzierungsprozess Überlegungen zu konkreten Bewertungskriterien, die es ohne diesen Prozess wahrscheinlich in diesem Umfang so nicht gegeben hätte. So ist zumindest die Aussage derjenigen Unternehmen, die die Bilanzierung erfolgreich abgeschlossen haben. Die Matrix der Gemeinwohl-Bilanz enthält entsprechend den bereits oben erwähnten Verfassungsgrundsätzen fünf Kernaussagen, unterteilt in 17 Indikatoren mit Subindikatoren (siehe hierzu ausführlich den Anhang). Wie hält es das Unternehmen mit

- der Menschenwürde,
- der Solidarität,
- der ökologischen Nachhaltigkeit,
- der sozialen Gerechtigkeit und
- der Mitbestimmung und Transparenz?

Also wie hält es das Unternehmen mit diesen zentralen Verfassungswerten, womit wir wieder beim Ausgangspunkt Verfassungsgrundsatz und -realität wären. Und es gibt 17 Negativ-Kriterien, die zu einem deutlichen Punktabzug führen, wie zum Beispiel Verletzungen der Kernarbeitsrechtsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie Herstellung und Vertrieb von Produkten, die Menschenwürde und Umwelt massiv schädigen. Es können maximal 1.000 Punkte vergeben werden, gute Unternehmen erreichen zurzeit um die 500 Punkte. In einem Bericht zur Bilanz sind die einzelnen Aussagen zu erläutern, vergleichbar dem Anhang beziehungsweise Lagebericht einer Finanzbilanz. Wie verläuft der Prozess der Bilanzierung? Die Gemeinwohl-Bilanz wird in der

Öffentliche Vergabegesetze könnten künftig wie Mindestlohn und Umweltkriterien auch Gemeinwohlkriterien enthalten. Dem Staat kommt als Nachfrager dabei durchaus eine Vorbildfunktion zu. Landesregierungen, in denen DIE LINKE mitregiert, könnten dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

ersten Stufe von Unternehmen und Vereinen selbst erstellt und dient als internes Bewertungsinstrument. BeraterInnen der jeweiligen regionalen Gemeinwohl-Vereine unterstützen sie dabei. In einer zweiten Stufe können diese Unternehmen in die Öffentlichkeit gehen und sich mit anderen Pionierunternehmen für eine Peer-Evaluierung zusammenschließen. Gemeinsam erfolgt eine gegenseitige Bewertung. Spätestens an dieser Stelle ist es mit der möglichen Selbstüberschätzung vorbei. Liegt die Gemeinwohl-Bilanz vor, kann für die dritte Stufe ein externes Audit bei den Gemeinwohl-Vereinen beantragt werden. Was bringt bereits heute einem Unternehmen das Erstellen einer Gemeinwohl-Bilanz? Marketingvorteile – kommt auf die jeweilige Kundengruppe an; Steuervorteile und Vorteile bei öffentlichen Aufträgen – mitnichten, Arbeits- und eventuell finanzieller Aufwand für das Erstellen und Auditieren der Bilanz – ja, mit Sicherheit. Also cui bono: Wem nützt es? Sie nutzt in erster Linie vor allem dem Unternehmen und seinen MitarbeiterInnen in ideeller Hinsicht, weniger in materieller. Und wie das bei Pionieren oft der Fall ist, nutzt es perspektivisch der Gesellschaft. Der Vollständigkeit halber seien noch einige weitere Aspekte des Konzepts der Gemeinwohl-Ökonomie kurz aufgeführt:

– «Demokratische Allmenden» sollen die dritte Eigentumskategorie bilden neben der großen Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und eines kleinen Anteils von Großunternehmen in gemischtem Eigentum. «Demokratische Allmenden» sind Grundversorgungsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich und anderen Feldern der «Daseinsvorsorge». Es sind keine Staatsbetriebe oder Kommunalunternehmen, wie wir sie heute kennen (z. B. die Deutsche Bahn), ihre Vergesellschaftung soll unter demokratischer Kontrolle über Mitbestimmungsrechte für die Bevölkerung stehen.²⁰

– Eine wichtige «demokratische Allmende» ist die «demokratische Bank». Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle «demokratischen Allmenden» vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostengünstige Kredite, ökosoziale Risikokredite sowie kostenlose Girokonten. Inzwischen wird in Österreich die Gründung einer solchen Bank (Gemeinwohl-Bank) aktiv vorbereitet.²¹

– Visionär soll das Gemeinwohl in einem breiten demokratischen Prozess von unten vordefiniert und später an einen direkt gewählten Wirtschaftskonvent übergeben werden. Perspektivisch wäre die Verankerung per Volksabstimmung in der Verfassung denkbar. Neben dem demokratischen Wirtschafts- oder Gemeinwohlkonvent können weitere Konvente für die Vertiefung der Demokratie einberufen werden: Bildungskonvent, Medienkonvent, Daseinsvorsorgekonvent. Hier könnten Erfahrungen der «Runden Tische» in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern aus der Übergangszeit 1989/90 von besonderem Interesse sein.

Eine interessante Fragestellung wurde in einer Veranstaltung von Felber aufgerufen: Gab es in der DDR-Wirtschaft eine Gemeinwohlorientierung? Er verneinte das, es sei ein Scheingemeinwohl gewesen. Dies bedarf sicherlich noch einer tieferen Untersuchung. Anlässlich des Pressefestes des *Neuen Deutschland* im Juni 2014 fand dazu eine öffentliche Diskussion mit ehemaligen DDR-Wirtschaftsfunktionären statt. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich von Interesse, die Rolle des Volkseigentums und auch des genossenschaftlichen Eigentums in der DDR noch einmal genauer zu beleuchten. Mit auf Grundlage von Betriebskollektivverträgen aus Gewinnen gespeisten Kultur- und Sozialfonds, mit Betriebskindergärten, Ferienlagern, Betriebssportvereinen und auch der Kasse der gegenseitigen Hilfe

braucht sich das Gemeinwohl à la DDR mit Sicherheit nicht verstecken. Selbst die manchmal formelle Plan-Diskussion in den Brigaden könnte vielleicht eine Facette zur Wirtschaftsdemokratie beisteuern. Auch die Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien oder die ökonomischen Ansätze von Ota Šik Mitte der 1960er Jahre in der Tschechoslowakei (z. B. Mitarbeitergesellschaften, neutralisiertes Kapital) würden gegebenenfalls Erkenntnisse für den Prozess der Gemeinwohl-Ökonomie bringen.

Einen weiteren Aspekt der Gemeinwohlorientierung bilden die Kommunen. Wie bereits oben erwähnt, haben erste Gemeinden in Österreich und Italien (Provinz Bozen in Südtirol) eine Gemeinwohlbilanz aufgestellt.²² Im Vinschgau haben sie sich bereits zu einer Gemeinwohlregion zusammengeschlossen. Es geht ihnen dabei insbesondere solche Fragen wie

- Aufbau eines ethischen Beschaffungswesens,
- Finanzmanagement der Kommunen,
- Arbeitsplatzgestaltung und Gleichstellung,
- Gestaltung der Beziehungen zu den Bürgern sowie
- ökologische Gestaltung der eigenen Dienstleistungen.

In Deutschland ist dieser Prozess bisher eher unterentwickelt. Teilweise kämpfen die Kommunen noch mit der Umstellung von der Kameralistik auf Doppik. Die Kommunen könnten jedoch eine Vorreiterrolle übernehmen. Auf der einen Seite haben sie in ihrem Umfeld eine gewisse Nachfragemacht, die sie nutzen können, um auf Unternehmen einzuwirken. Auf der anderen Seite gibt es in und bei ihnen auch Kommunalbetriebe, die eigentlich per se gemeinwohlorientiert sein sollten.

Mit ihren Kultur- und Sozialfonds, mit Betriebskindergärten, Ferienlagern, Betriebssportvereinen und auch der Kasse der gegenseitigen Hilfe braucht sich das Gemeinwohl à la DDR mit Sicherheit nicht verstecken. Interessant wären zum Beispiel auch die Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien.

In Zeiten chronisch knapper Haushalte ist es sicherlich schwierig, bei Beschaffungen die richtige Wahl zwischen dem wirtschaftlich günstigsten (z. B. hinsichtlich Nachhaltigkeit, Umweltbelastung, Lebenszykluskosten usw.) und dem preisgünstigsten Angebot zu treffen. Dass das Billigste nicht immer das Beste ist, weiß eigentlich jeder, selbst die oft zitierte «schwäbische Hausfrau». Aber wenn ein Kämmerer in seine leere Kasse schaut, kann beziehungsweise muss er anscheinend manchmal diese Erkenntnis hintanstellen. In Berlin-Treptow-Köpenick haben sich jetzt AktivistInnen dieses Themas angenommen und gemeinsam mit dem GWÖ-Verein Berlin-Brandenburg eine Arbeitsgruppe gegründet, an deren Treffen der Unternehmerverband OWUS ebenfalls teilnimmt. Ziel ist unter anderem, den KommunalpolitikerInnen die Idee einer am Gemeinwohl orientierten Ökonomie und Kommune näher zu bringen.

Fazit: Transformation erscheint möglich, aber die Diskussion darüber muss aus dem «Elfenbeinturm» hinaus in die Praxis geführt werden. Und welcher Bereich der Gesellschaft ist dafür prädestinierter als die Wirtschaft, das Fundament jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung? Auch andere gesellschaftliche Bereiche können und müssen ihren Beitrag leisten, aber die Bedürfnisse der Menschen sind zunächst materieller Art, und die können weitestgehend nur Unternehmen befriedigen.

Anhang

Indikatoren (Werte) und Sub-Indikatoren (Berührungsgruppen) für die Gemeinwohl-Bilanz – Matrix 4.1. (in Klammern die maximal erreichbaren Punkte)	
1. Menschenwürde	
A1 Ethisches Beschaffungsmanagement	(90)
B1 Ethisches Finanzmanagement	(30)
C1 Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung	(90)
D1 Ethische Kundenbeziehung	(50)
E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	(90)
2. Solidarität	
C2 Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit	(50)
D2 Solidarität mit Mitunternehmern	(70)
E2 Beitrag zum Gemeinwesen	(40)
3. Ökologische Nachhaltigkeit	
C3 Förderung ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen	(30)
D3 Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen	(90)
E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	(70)
4. Soziale Gerechtigkeit	
C4 Gerechte Verteilung des Einkommens	(60)
D4 Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen	(30)
E4 Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung	(60)
5. Demokratische Mitbestimmung und Transparenz	
C5 Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz	(90)
D5 Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards	(30)
E5 Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung	(30)

Negativ-Kriterien für die Gemeinwohl-Bilanz – Matrix 4.1 (in Klammern die maximal erreichbaren Punkte)	
1. Keine Verletzung der ILO-Arbeitsrechtenormen/Menschenrechte	(-200)
2. Keine menschenunwürdigen Produkte	(-200)
3. Keine Beschaffung von bzw. Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen	(-150)
4. Keine feindliche Übernahme	(-200)
5. Keine Sperrpatente	(-100)
6. Keine Dumpingpreise	(-200)
7. Keine illegitimen Umweltbelastungen	(-200)
8. Keine Verstöße gegen Umweltauflagen	(-200)
9. Keine geplante Obsoleszenz	(-100)
10. Kein arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens	(-200)
11. Kein Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung trotz Gewinn	(-150)
12. Keine Umgehung der Steuerpflicht	(-200)
13. Keine unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitende Gesellschafter	(-200)
14. Offenlegung aller Beteiligungen und Tochterunternehmen	(-100)
15. Keine Verhinderung eines Betriebsrates	(-150)
16. Offenlegung aller Finanzflüsse an Lobbyisten und Lobby-Organisationen / Eintragung ins Lobbyregister der EU	(-200)
17. Keine exzessive Einkommensspreizung	(-100)

1 Vgl. <http://opinioiuris.de/entscheidung/818>. 2 Elisabeth Voss in: Wegweiser Solidarische Ökonomie, erschienen in den Materialien der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (SPAK), Neu-Ulm, August 2015, S. 16. 3 SOLIKON-Programmheft 2015, S. 2. 4 Vgl. www.ft.com/intl/cms/s/20b4fe80-6b19-11e4-be68-00144feabdc0,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2F20b4fe80-6b19-11e4-be68-00144feabdc0.html%3Fsiteedition%3Dintl%3Fsiteedition=intl&_i_referer=#axzz3JX-biM2QN. 5 Vgl. www.ecogood.org/. 6 «Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis: Rund neun von zehn Österreichern (90%) und Deutschen (88%) schließen sich der Aussage an, dass wir als Folge der Wirtschafts- und Verschuldungskrise eine neue Wirtschaftsordnung brauchen, bei der der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt wird» (www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/umfrage-buerger-wollen-kein-wachstum-um-jeden-preis/). 7 Vgl. zum genauen Wortlaut der Antworten www.owus.de. 8 Vgl. www.gesetze-im-internet.de/gg/art_14.html. 9 Vgl. www.verfassungen.de/de/by/bayern46-index.htm. 10 Vgl. www.verfassungen.de/de/nrw/nrw50-index.htm. 11 Vgl. www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html. 12 Zitiert unter anderem von der Konrad-Adenauer-Stiftung (vgl. www.kas.de/wf/de/71.10174/). 13 Zu weiteren historische Quellen vgl. unter

anderem das kanonisches Zinsverbot: «Wer auf Zins Geld leiht und Zuschlag nimmt, sollte der am Leben bleiben? Er wird nicht am Leben bleiben! [...] Er muss sterben. Sein Blut komme über ihn!» Diese Frage wird im Neuen Testament (Ezechiel 18.13) genauso gestellt, vgl. dazu auch die Antwort dazu in Matthäus 6.24: «Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon». Vgl. auch Thomas von Aquin (1225–1274) mit seinen Ausführungen zu den Maßstäben für einen gerechten Preis (iustum pretium). Der iustum pretium sollte den Maßstab für den Tausch von Wertgleichem liefern. Ein gerechter Preis besteht in «Labor et expensae [Arbeit und Auslagen für Rohstoffe]». 14 Elisabeth Voss in: Wegweiser Solidarische Ökonomie, S. 25. 15 DER BETRIEB, Heft 14, 5.4.2013, S. 714 ff. 16 Meynhardt, Timo u. a.: Die Firma muss der Gesellschaft nutzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.2014, S. 18. 17 Vgl. www.salzburg.gv.at/arbeitsuebereinkommen2013.pdf. 18 Vgl. <http://balance.ecogood.org/>. 19 Vgl. «Kurzinformationen zur Erstellung eines GWÖ-Berichts», unter: www.ecogood.org/gemeinwohl-bilanz/gw-bilanz-erstellung/gemeinwohl-bericht. 20 Vgl. Elisabeth Voss, a. a. O. S. 33; erinnert sei auch an den Ursprung des Wortes privat – private im Lateinischen heißt unter anderem berauben, Privatisierung ist also ein Raubzug am Eigentum. 21 Vgl. www.mitgruenden.at/stand. 22 Vgl. z. B. www.economia-del-bene-comune.it/de/aktuelles/news-ablage-artikel/entwicklung-der-gemeinwohl-bilanz-fuer-gemeinden-und-regionen.

Robert Gadegast

INTERVIEW MIT DEM VERSTORBENEN GROSSINDUSTRIELLEN HENRY FORD

Fiktives Interview mit dem längst verstorbenen US-amerikanischen Großindustriellen Henry Ford, das Antworten auf Fragen nach dem Zusammenhang von Kriegen, globalen Finanzkrisen und lohnpolitischen Aspekten gibt, basierend auf seinem Buch «Mein Leben und Werk».

Rober Gadegast (R.G.): Herr Ford, an vielen Orten der Welt herrscht Krieg und der bringt Elend, Vertreibung und Flucht hervor. Wir haben nur diese eine Erde, die doch allen ein lebenswertes Leben ermöglichen könnte. Was sagen Sie dazu?

Henry Ford (H.F.): «Eine unvoreingenommene Untersuchung des letzten Krieges [gemeint ist der Erste Weltkrieg], der vorhergehenden Ereignisse und seiner Folgen ergibt den unantastbaren Beweis, daß es in der Welt eine gewaltige Gruppe von Machthabern gibt, die es vorziehen, im Dunkeln zu bleiben, die weder Ämter noch äußere Machtinsignien erstreben, die auch keiner bestimmten Nation angehören, sondern international sind, – Machthaber, die sich der Regierungen, der weitreichenden Geschäftsorganisationen, der Presseagenturen, sämtlicher Hilfsmittel der Volkspychologie bedienen, um die Welt in Panik zu versetzen und die Macht, die sie ausüben, noch zu erhöhen. [...]

In allen Ländern hat es Männer gegeben, die sich über den Ausbruch des Weltkrieges freuten und sein Ende bedauerten. Hunderte von amerikanischen Vermögen datieren aus dem amerikanischen Bürgerkriege, ebenso wie Tausende von neuen Vermögen aus dem Weltkrieg stammen. Niemand kann leugnen, daß Kriege ein gutes Geschäft für diejenigen bedeuten, die diese Art von Geld lieben. Krie-

ge sind eine Orgie von Geld nicht minder als eine Orgie von Blut. Wir würden uns auch nicht so leicht in Kriege hineinreißen lassen, bedächten wir, was eine Nation in Wahrheit groß macht [...] Ein Land wird groß, wenn durch die behutsame und kluge Entwicklung seiner Hilfsquellen und die Tüchtigkeit seines Volkes das Vermögen unter möglichst weite Kreise und in gerechter Weise verteilt wird.»¹

«Je eher wir auf die Basis unserer natürlichen Begabungen zurückkehren und das System des ›hol dir, was es zu holen gibt‹ allseits fallen lassen, desto früher werden wir der internationalen Selbstachtung – und des internationalen Friedens sicher sein. Der Versuch, den Welt-handel an sich zu reißen, kann zum Kriege, niemals aber zum Wohlstand führen. Eines Tages wird selbst die internationale Finanz dies einsehen.»²

«Folgendes ist als Voraussetzung anzuerkennen: Die Erde produziert oder ist imstande, genug zu produzieren, um jedem einen anständigen Lebensunterhalt zu gewähren, nicht nur was Nahrung, sondern auch was alle übrigen Lebensnotwendigkeiten anbetrifft. Denn die große Produzentin von allem ist die Erde. Es ist möglich, Arbeitskräfte, Produktion, Verteilung und Löhne so zu organisieren, daß alle Beteiligten ihren durch ein exaktes Verfahren bestimmten, gerechten Anteil erhalten. Unbeschadet der Schwächen unserer menschlichen Natur ist es möglich, unser Wirtschaftssystem so einzurichten, daß der Egoismus, wenn auch nicht aus der Welt geschafft, doch der Mittel beraubt wird, Ungerechtigkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsleben entstehen zu lassen.»³

R.G.: Herr Ford, die Entwicklung des Niedriglohnsektors, Leiharbeit und Werkverträge haben in Deutschland ein enormes Ausmaß an-

genommen. Halten Sie diese Entwicklung für zukunftsfruchtig, zumal die Konzernspitzen immer wieder die angebliche Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Löhne ins Spiel bringen?

H.F.: Warum [...] das viele Gerede über die ‚Verbilligung der Arbeitskraft‘, über den Vorteil, den ein Sinken der Löhne bringen würde – wäre das nicht gleichbedeutend mit einem Herabdrücken der Kaufkraft und einem Sinken des inneren Marktes? Welchen Nutzen hat die Industrie, wenn sie so ungeschickt geleitet wird, daß sie nicht allen Beteiligten eine menschenwürdige Existenz zu schaffen vermag? Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage – die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Lebens- und Lohnstandard ist maßgebend für den Wohlstand der Bevölkerung des Landes [...] Das Herabdrücken ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen.»⁴

R.G.: Herr Ford, die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland wurde jahrelang kontrovers diskutiert, dennoch wurde er endlich eingeführt. Großaktionäre wollen nicht auf ihre Dividenden verzichten, andererseits werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Halten Sie den Anspruch auf einen Mindestlohn für gerechtfertigt?

H.F.: «Löhne zu reduzieren ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird. Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschaffen, ich würde ohne zu zögern die Dividenden abschaffen. Vorausgesetzt, daß eine führende Stellung Verantwortlichkeiten in sich schließt, so gehört es auch zu den Pflichten ihres Inhabers, dafür zu sorgen, daß das ihm unterstellte Personal die Möglichkeit erhält, sich eine ausreichende Existenz zu gründen [...] Es ist ein großer Unterschied, ob Riesengewinne dazu verwendet werden, ein

Rieseneinzelvermögen zu begründen, oder als eine gesündere Basis, um bessere Arbeitsverhältnisse, höhere Löhne und größere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.»⁵

R.G.: Aber die Produktivitätssteigerung in den Unternehmen führt letztlich zur Gewinnerhöhung, erreicht durch den Fleiß der Arbeitnehmer. Dennoch haben sie am wenigsten davon. Gewinner sind die Aktionäre oder?

H.F.: «Die Gewinne gehören drei Parteien: erstens dem Unternehmen, um es stabil, fortschrittlich und gesund zu erhalten; zweitens den Arbeitern, deren Hilfe die Gewinne geschaffen haben; drittens bis zu einem gewissen Grade auch der Allgemeinheit. Wer, an allen vernünftigen Maßen gemessen, übermäßige Gewinne erzielt, sollte der erste sein, die Preise zu reduzieren. Leider ist das nie der Fall. Die Betreffenden schieben im Gegenteil ihre sämtlichen Extraspesen immer weiter, bis die ganze Last auf den Konsumenten fällt. Ihre ganze Geschäftsphilosophie besteht aus dem Wahlspruch: ‚Erraffe, was du erraffen kannst.‘ Das sind die Spekulanten, die Ausbeuter, die untauglichen Elemente, der ständige Krebschaden für das gerechte Unternehmertum.»⁶

R.G.: Das schmälert die Dividenden der Aktionäre enorm.

H.F.: «Ich betrachte jeden, einen gewissen niedrigen Prozentsatz übersteigenden Gewinn als mehr dem Geschäft als dem Aktionär gehörig. Aktionäre dürfen meiner Ansicht nach nur Leute sein, die selbst im Geschäft tätig sind und das Geschäft als Instrument der Dienstleistung und nicht als eine Gelddeckmaschine betrachten.»⁷

R.G.: Sie schreiben in ihrem Buch selbst, ich zitiere: «Muss daher nicht die Tatsache, daß die Beherrscher des Kredits, die Bankiers, in letzter Zeit diese ungeheuerere Macht in den Vorständen der großen Industrie erworben haben, als ein Symptom dafür gelten, dass etwas an unserem Finanzsystem faul ist?»⁸

H.F.: «Die Bankiers verdanken es keineswegs ihrem industriellen Scharfsinn, daß sie in die

Leitung der Industrie hineingekommen sind. Sie sind vielmehr durch das System selbst fast ohne Willen dort hineingeraten. Ich möchte daher für meine Person behaupten, dass das Finanzsystem, mit dem wir arbeiten, keineswegs das Beste ist. Ich habe nichts gegen die Bankiers an sich. Wir können im Gegenteil kluge, finanztechnisch geübte Leute nicht entbehren. Die Welt kann ohne die Hilfe der Banken nicht auskommen. Wir brauchen das Geld, und wir brauchen den Kredit. Sonst ließe sich ein Austausch der Produktionsergebnisse nicht durchführen. Wir brauchen auch das Kapital; sonst gäbe es keine Produktion. Ob wir aber unser Bank- und Kreditwesen auf die richtige Grundlage gestellt haben, ist eine zweite Frage.»⁹

R.G.: Heißt das, wir brauchen eine grundsätzliche Veränderung des gegenwärtigen Bankensystems?

H.F.: «Eigentlich ist es gut, daß die Menschen der Nation unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.»¹⁰

«Kein Finanzsystem kann als gut bezeichnet werden, das eine besondere Klasse von Produzenten besonders begünstigt [...] Birgt das heutige fehlerhafte System für den Bankmann wirklich größere Vorteile als das bei einem gesunderen System der Fall wäre, und schätzt der Betreffende die wenigen Jahre persönlichen Profits höher als die Ehre, das Leben der Welt bereichern zu können, indem er ein besseres System erreichen hilft, dann gibt es allerdings keinen Weg, um den Widerstreit der Interessen zu vermeiden. Dennoch ist es nicht mehr als billig, die Finanzinteressenten darauf hinzuweisen, dass der Kampf, wenn sie ihn um des Profits willen für den Bestand ihres Systems führen, heute bereits für sie verloren ist.»¹¹

«Mein Haupteinwand gegen unser heutiges Geldsystem ist, daß es häufig so gehandhabt wird, als wäre es um seiner selbst willen da. So hemmt es vielfach die Produktion, anstatt sie zu fördern.»¹²

R.G.: Die Regierungen scheuen sich dennoch vor strafferen Reglements gegenüber den Banken.

H.F.: «Aber was hat die Finanz zu befürchten? Die Welt wird deshalb nicht untergehen. Es wird natürlich einige Umwälzungen geben. Die Banken werden nicht länger die Herren der Industrie sein, sondern ihre Diener. Die Geschäfte werden das Geld und nicht das Geld die Geschäfte kontrollieren. Das ruinöse Zinswesen wird wesentlich eingeschränkt werden. Das Bankfach wird nicht länger mit Risiko verbunden, sondern ein großer öffentlicher Dienstzweig sein. Statt in der Leitung die teuersten und an Dividenden die höchstbezahlenden Unternehmen der Welt zu sein, werden sie weniger kostspielig werden und die aus ihren Operationen erzeugten Gewinne der Allgemeinheit, in deren Dienst sie stehen, zufließen lassen.»¹³ «Soll unsere Reform von oben beginnen, so muss sie mit sozialem Weitblick, aufrichtigem, warmem Altruismus und einer Hingabe durchgeführt werden, die mit selbstsüchtiger Klugheit nicht gemein hat. Der Reichtum der Welt ist weder mit Geld identisch, noch wird er durch Geld würdig repräsentiert.»¹⁴

R.G.: Geld beziehungsweise Kredite von den Banken werden aber nun von den Unternehmen benötigt. Gerade kleine Unternehmen sind oft von der Kreditierung durch Banken abhängig.

H.F.: «Das oberste Ziel der Industrie ist die Produktion. Der richtige Ort, um ein industrielles Unternehmen zu finanzieren, ist die Fabrik, nicht die Bank [...] Das Kapital muss aus der Fabrik und nicht aus der Bank fließen.»¹⁵

«Und hier liegt die Gefahr, die eine Verbindung mit Bankleuten für das Unternehmertum bedeutet. Bankleute denken nur in Geldformeln. Eine Fabrik ist für sie ein Institut, nicht um Waren, sondern um Geld zu produzieren. Sie richten ihr Augenmerk auf Geld, statt auf die Produktion. Die Bankleute spielen in der Industrie eine viel zu große Rolle [...] Es gehört weniger dazu, durch Geldmanipulation als durch

produktive Arbeit ein Vermögen zu erwerben. Dennoch beherrscht der Bankier durch seine Beherrschung des Kredits im Allgemeinen praktisch den Unternehmer.»¹⁶

R.G.: Immer wieder werden von Gewerkschaften und linken Parteien die Widersprüche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorgehoben, manche nennen das Verhältnis sogar antagonistisch. Wie ist ihre Betrachtungsweise dazu?

H.F.: «Nehmen wir zuerst die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit. Es ist nicht Sitte, den Angestellten als einen Partner zu bezeichnen, und doch ist er nichts anderes. Jeder Geschäftsmann, der die Leitung seines Geschäftes allein nicht bewältigen kann, nimmt sich einen Gesellschafter, mit dem er sich in die Geschäftsführung teilt. Warum soll der Produzent, der seine Produktion auch nicht allein mit seinen zwei Händen bewältigen kann, denen, die er heranholt, um ihm in der Produktion zu helfen, den Titel «Gesellschafter» verweigern? Jedes Geschäft, das mehr als einen Menschen zu seiner Führung bedarf, ist eine Art Gesellschaftsverhältnis. Er mag zwar Alleinbesitzer der Arbeitsmittel und der alleinige Geschäftsführer sein, aber [...] niemand ist unabhängig, der von der Hilfe anderer abhängt. Das Verhältnis ist stets reziprok [...]; daher ist es sinnlos von dem einen oder dem anderen zu behaupten, daß er der allein Unentbehrlichere sei. Es ist kompletter Unsinn, wenn Kapital und Arbeit sich als getrennte Parteien betrachten – sie sind Gesellschafter. Es müsste der Ehrgeiz eines jeden Arbeitgebers sein, höhere Löhne zu zahlen als seine sämtlichen Konkurrenten, und das Streben des Arbeitnehmers, diesen Ehrgeiz praktisch zu ermöglichen.»¹⁷

«Wo jedoch geschickte Geschäftsführung und ehrliche Arbeit Gesellschafter sind, ist es der Arbeiter, der die hohen Löhne möglich macht. Er zahlt seine Kraft und sein Können ein, und wenn er die Einlage ehrlich einzahlt

hat er Anspruch auf ehrliche Entlohnung. Er hat sie sich nicht nur verdient, er hat sogar viel dazu beigetragen, sie zu schaffen.»¹⁸

»Löhne und Gehälter sind also eigentlich weiter nichts als ein bestimmter, im Voraus bezahlter Gewinnanteil; häufig stellt sich jedoch bei Jahresschluß heraus, dass ein größerer Gewinn ausbezahlt werden kann. Und dann müsste er ausbezahlt werden! Wer an einem Geschäfte mitarbeitet, hat einen Anspruch auf einen Teil des Gewinnes, sei es in Form eines anständigen Lohnes oder Gehaltes oder einer Extravergütung [...] Alles ist nur eine Frage der Gewinnverteilung unter Gesellschaftern.»¹⁹

R.G.: Eine letzte Frage Herr Ford: Brauchen die Unternehmen einen Ehrencodex?

H.F.: «Das Geschäft des Lebens ist leicht oder schwer, je nach dem Geschick oder Mangel an Geschick, der bei Produktion und Verteilung waltet. Man glaubte bisher, daß die Geschäfte da seien, um Gewinne abzuwerfen. Das ist ein Irrtum. Die Geschäfte sind da, um zu dienen. Der Kaufmannsstand ist ein Beruf, dessen Ethik zu verletzen jeden deklassieren müsste. Der Kaufmannsstand bedarf des Korpsgeistes. Der berufliche Korpsgeist strebt nach beruflicher Integrität, nicht aus Zwang, sondern aus Stolz. Das Geschäftsleben wird eines Tages von allem Makel gereinigt dastehen. Seine Mängel, die größtenteils Mängel der ethischen Verfassung sind, hindern seine Entwicklung und lassen es von Zeit zu Zeit erkranken. Eines Tages wird es eine allgemeine anerkannte Geschäftsethik geben und an jenem Tage wird man erkennen, daß der Kaufmannsstand der älteste und nützlichste aller Stände ist.»²⁰

R.G.: Herr Ford, ich danke für das «Gespräch».

¹ Ford, Henry: Mein Leben und Werk, Leipzig 1923, S. 282f. ² Ebd., S. 286. ³ Ebd., S. 315f. ⁴ Ebd., S. 135. ⁵ Ebd., S. 191f. ⁶ Ebd., S. 191ff. ⁷ Ebd., S. 189. ⁸ Ebd., S. 207. ⁹ Ebd. ¹⁰ Vgl. <http://holger-niederhausen.de/index.php?id=806>. ¹¹ Ford: Mein Leben und Werk, S. 208ff. ¹² Ebd., S. 15. ¹³ Ebd., S. 211ff. ¹⁴ Ebd., S. 213ff. ¹⁵ Ebd., S. 183f. ¹⁶ Ebd., S. 206f. ¹⁷ Ebd., S. 136f. ¹⁸ Ebd., S. 139. ¹⁹ Ebd., S. 141f. ²⁰ Ebd., S. 316.

ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

Gerd Beck: Steuerberater und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des OWUS-Dachverbands e.V. und Vorsitzender des Vorstands von OWUS Thüringen e.V.

Felix Ehrenberg: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Kerstin Kassner.

Dr. Dagmar Enkelmann: Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Robert Gadegast: stellvertretender Vorsitzender des Vorstands von OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Kerstin Kassner: Mitglied des Deutschen Bundestags, Fraktion DIE LINKE, und stellvertretende Vorsitzende des Vorstands des OWUS-Dachverbands e.V.

Dr. Rolf Sukowski: Vorsitzender des Vorstands des OWUS-Dachverbands e.V. sowie des Vorstands von OWUS Berlin-Brandenburg e.V.; Inhaber der Unternehmensberatung & Training Berlin, ein Ein-Personen-Unternehmen, das im November 2015 die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz mit Evaluierung in Angriff genommen hat.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 15

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Februar 2016

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«In dieser Hinsicht ist OWUS ein Lobbyverband, jedoch nicht zur Durchsetzung von Partikularinteressen einzelner Branchen oder vorrangig spezifischer Unternehmensinteressen, sondern vor allem zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Vorstellungen. OWUS ist ein politischer Unternehmerverband, und dies soll auch so bleiben.»

ROLF SUKOWSKI